Nr. 34. 31. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wo ist der Würger?

In der Nacht vom 11. zum 12. November 1908 fanden auf der Zeche Radbod durch eine furchtbare Grubenkatastrophe 343 Bergleute ihren Tod. Da endlich raffte sich die preußische Regierung zur Einbringung jener Berggesetznovelle auf, die am 24. Mai des nächsten Jahres vom Dreiklassenparlament in dritter Lesung nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen wurde. Endlich sollte der ungeheuerliche Zustand, daß Preußen mit tödlichen Unfällen im Steinkohlenbergbau weitaus an der Spitze der wichtigsten Bergbau treibenden Länder marschierte, beseitigt werden.

Leider nur blieb der Erfolg dieses Gesetzes, mit dem der damalige preußische Handelsminister Delbrück um die Seele der Bergarbeiter ringen wollte, völlig aus. Fast Jahr für Jahr erzwangen neue ähnliche Grubenkatastrophen neue Interpellationen, bis jetzt gleich zu Beginn des neuen Kalenderjahres das Unglück auf der Zeche Achenbach bei der am Dienstag verhandelten Interpellation abermals die Frage aufrollte: Gibt es denn wirklich kein Mittel, um dem schwarzen Tod, der in unseren Bergrevieren als grausiger Würger umgeht, wenigstens soviel Opfer zu entreißen, daß die Todesziffer der preußischen Gruben nicht mehr alle anderen Länder hinter sich läßt?

Wer die Grubenherren durch den Mund der Abgeordneten Althoff und Schrader und auch den derzeitigen preußischen Handelsminister Sydow hörte, mußte freilich glauben, daß es sich bei der ungeheuren Todesernte unter den preußischen Bergarbeitern um ein tückisches, schier unabwendbares Fatum handle. Schloß doch der Minister mit der Betonung der „großen objektiven Gefahren des Bergbaues", die aller bergpolizeilichen Vorschriften spotteten, sprach er doch von „Elementarereignissen", die alle menschliche Weisheit zu Schanden machten. Und sagten doch die nationalliberalen Bergherren immer wieder das Sprüchlein her, daß alle Grubenkatastrophen niemals zu vermeiden seien. Aber die Verteidiger des Grubenkapitals wurden noch deutlicher: Der Herr Minister selbst machte das System der Sicherheitsmänner mitverantwortlich. Diese verstünden zu wenig von den technischen Verhältnissen des Bergbetriebes und entzögen sich obendrein manchmal ihrer Pflicht, indem sie im Interesse ihrer Mitarbeiter von der Anzeige absähen. Also Elementarereignisse und die Unkenntnis und Pflichtwidrigkeit der Sicherheitsmänner sind danach die Hauptschuldigen für die entsetzliche Stetigkeit der Todesziffer im preußischen Bergbau!

Diese oberflächlichen Redensarten stießen freilich im Hause bei den wirklichen Kennern der Verhältnisse auf geharnischten Widerspruch. Mit überwältigender Sachkunde und einer Fülle des schlagendsten Tatsachenmaterials widerlegte in eindrucksvollster Rede Genosse Hue die schiefe Darstellung der Berginteressenten und ihres Sekundanten auf der Ministerbank. Er zeichnete mit markigen Strichen das wahre Bild der preußischen Grubenzustände, in denen trotz der Masse der bergpolizeilichen Vorschriften, auf die sich Herr Sydow so viel zugute getan, im Vergleich zu anderen Ländern für die Sicherheit der Grubensklaven nichts Ersprießliches geleistet werden kann, weil die Selbstherrlichkeit und der Terror der Bergherren sich über die wichtigsten Vorschriften einfach hinwegsetzt und durch Einschüchterung und Schikanierung der Sicherheitsmänner deren Tätigkeit rücksichtslos vereitelt. Das behauptete Hue nicht nur, sondern das wies er durch zahllose Beispiele nach. Vergebens suchten die Herren von der nationalliberalen Partei die unerbittlichen Feststellungen Hues durch Zwischenrufe zu entkräften — sie erlitten jedesmal eine blutige Abfuhr, und als die sofort zu Zeugen aufgerufenen Vertreter des christlichen Bergarbeiterverbandes die schweren Anklagen unseres Genossen jedesmal bestätigen mußten, da verstummte schließlich kleinlaut die Opposition der Grubenvertreter.

Aber auch das, was der Interpellant Imbusch sowohl, wie die nach Hue sprechenden Abgeordneten Brust und Korfanty vorbrachten, vermochte nur die Darstellung des sozialdemokratischen Fraktionsredners zu erhärten. Die rücksichtslose Jagd nach Kohlen, die Ueberarbeit und die Drangsalierung der Sicherheitsmänner, so erklärten auch sie, trügen einen guten Teil der Schuld an den nicht abreißenden Grubenkatastrophen. Gegenüber solch gehäuften Anklagen verging begreiflicherweise dem zweiten nationalliberalen Redner, Dr. Cremer-Hagen, die Lust, die hoffnungslose Verteidigung des Grubenkapitals zu führen. Er überließ die undankbare Aufgabe dem freikonservativen Abgeordneten Schrader und ließ sich auf der Rednerliste soweit zurückstellen, daß ihm nachher die konservativ-nationalliberale Mehrheit durch den üblichen Schlußantrag die Wohltat des Wortabschneidens erweisen konnte. Das hielt freilich diesen Herrn Abgeordneten nicht ab, in persönlicher Bemerkung sein Bedauern über den Schlußantrag auszusprechen, dem seine eigenen Fraktionskollegen zur Annahme verholfen hatten!

Da auch der fortschrittliche Redner, Abgeordneter Traub, in die Kritik der schonungslosen Selbstherrlichkeit der Grubenbarone eingestimmt und die kategorische Forderung erhoben hatte, daß endlich zur Wahrung der nationalen Ehre dem Grundsatz Geltung verschafft werde: „in erster Linie die Menschen, in zweiter erst das Gold," könnte man wähnen, daß der Gedanke der Humanität und der Arbeiterfreundlichkeit selbst im Geldsackparlament einen entscheidenden Triumph über das selbstsüchtige Profitinteresse des Grubenkapitals davongetragen habe und daß die große Armee der Bergarbeiter endlich hoffnungsvolleren Zeiten entgegengehe. Leider liegen die Dinge ganz anders. Denn wer die früheren Interpellationen aus gleich tragischer Ursache und namentlich auch die Verhandlungen über die Berggesetznovelle vom Jahre 1909 im Dreiklassenparlament miterlebt hat, weiß, daß fast all die heutigen Anklagen und Tatsachen schon damals ebenso nachdrücklich vorgetragen wurden. Der Hinweis auf die vergleichsweise ungeheuerliche Todesziffer, auf die Gefahren der schwersten Art heraufbeschwörende Antreiberei zur Arbeit, auf das mörderische Akkordsystem, auf den Terror der Grubenbarone, alles das hörte man schon damals. Und was war der Erfolg? Daß die beiden konservativen Parteien in trotzigem Scharfmacherbund mit den Nationalliberalen aus dem Arbeiterschutzgesetz die berüchtigte „weiße Salbe" machten, über die — auch das kam damals schon zur Sprache — die Bergherren in ihrer geheimen Zusammenkunft im Palasthotel schon vorher ihre zynischen Glossen gerissen hatten. Und daß das Zentrum, einschließlich der christlichen Bergarbeiterführer, diese arglistige Gesetzesfabrikation mitmachte und sich nicht genug entrüsten konnte über die „maßlose" Kritik und die warnenden Prophezeiungen der Sozialdemokratie. Daß die Bergarbeiter statt unabhängiger und mit wirklichem Einfluß ausgestatteter Arbeiterkontrolleure die famosen Sicherheitsmänner bekommen haben, war nicht zuletzt Schuld der Herren Imbusch und Brust, die damals die alten Forderungen ihres eigenen Verbandes preisgegeben hatten.

Was nützt es da, wenn jetzt dieselben Herren Klagelieder anstimmen, über den Terror der Zechengewaltigen jammern und an das Wohlwollen der Grubenherren und der Regierung appellieren! Den herrschenden Gewalten imponieren schöne Worte verteufelt wenig. Sie wollen Taten sehen. Und die Taten der christlichen Bergarbeiterführer bei der Berggesetznovelle und dem letzten Bergarbeiterstreik sind wahrhaftig nicht dazu angetan, Respekt vor dem ernsten Willen des Zentrums und seiner „Arbeitervertreter" einzuflößen. Der Appell an die Humanität prallt wirkungslos an den Nutznießern des Grubenkapitals ab, und auf wessen Seite sich im Widerstreit zwischen Kapitalisten- und Arbeiterinteressen die Regierung stellt, das haben ja die Auslassungen des Handelsministers über die Sicherheitsmänner und seine höhnische Ablehnung der Grubenkontrolleure am Dienstag wieder sattsam bewiesen.

Wir fürchten deshalb, daß diese Interpellation leider lange nicht die letzte gewesen ist und daß es noch ganz anderer Selbstbesinnung der Grubensklaven auf ihre Kraft und ihre proletarische Solidarität bedarf, um dem Würger Tod das grausame Szepter zu entringen!

Um das Koalitionsrecht.

In Württemberg wurde in den letzten Wochen in einer Reihe von Versammlungen der Kampf für Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechts fortgesetzt. In Schwenningen, dem Mittelpunkt der Schwarzwälder Uhrenindustrie, in Stuttgart, in Ulm, Reutlingen, Eßlingen, Cannstatt, Feuerbach, Biberach und vielen kleineren Orten wiesen die Versammlungen starke Beteiligung auf. In allen Versammlungen gelangten Resolutionen zur Annahme, in denen neben schärfstem Protest gegen die Pläne, die die Verteidiger der Militärdiktatur und die Feinde jeder selbständigen Regung der Arbeiter verfolgen, die Erweiterung des Koalitionsrechts durch Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung und Schaffung strafgesetzlicher Bestimmungen gegen den mit schwarzen Listen, Reversen usw. verübten Rechtsraub verlangt wird.

Eine Verschärfung des Kampfes um das Koalitionsrecht wird in Württemberg eintreten durch den am 2. Februar eröffneten Arbeitsnachweis des Vorstandes württembergischer Metallindustriellen. Die bewährten kommunalen Arbeitsämter, die unter der Kontrolle paritätischer Kommissionen stehen, sollen für die gesamte Metallindustrie ausgeschaltet werden. Kein Arbeiter soll in der Metallindustrie mehr eingestellt werden, der nicht beim Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes um Arbeit gebeten und die hier vor sich gehende Musterung erfolgreich bestanden hat. So wollen es die Herren Scharfmacher, denen nach dem für die Arbeiter ungünstigen Ausgang bei der großen Stuttgarter Firma Bosch der Kamm ordentlich geschwollen ist. Da Bosch selbst bis vor wenigen Monaten keinem Unternehmerverband angehörte, mußten die Heißsporne des Verbandes der Metallindustriellen bis dahin ihren Tatendrang ein wenig zügeln. Nachdem aber nunmehr auch Bosch dem Verband angehört, geht dieser aufs Ganze.

Nochmals Gelbe und Bordelle.

Nach dem Bericht der „Deutschen Fleischergesellen-Zeitung", dem Organ der Gelben, Nr. 3 vom 1. Februar ist Rolle einstimmig wieder zum Vorsitzenden der Magdeburger Fleischergesellen-Brüderschaft gewählt worden. Die Magdeburger Brüderschaft gehört dem gelben Bund an und ist im Bezirk Sachsen und Anhalt der größte Verein. Die Versuche des Vorstandes des Deutschen Fleischergesellenbundes und dessen Vorsitzenden Brednow, den Rolle von sich abzuschütteln, sind also eitel Spiegelfechterei.

Rolle mag den Konservativen zur Ehrung für ihren „Arbeitswilligenschutzantrag" ein Kaiserbild überreichen — oder gibt's kein solches mehr in der Nr. 48 Knochenhauerufer in Magdeburg?

Zuweitgehendes Koalitionsrecht.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" — Nr. 5 —, das Sprachrohr der M.-Gladbacher Gewerkschaftsstrategen, beschäftigt sich mit den Anträgen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Koalitionsrecht und findet sie teilweise zuweitgehend! Schau, schau. Das ist schon das Vorspiel zum christlichen Umfall und Verrat. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die natürlich genau dasselbe Interesse am Koalitionsrecht haben wie die freien Gewerkschaften, werden gut tun, ihren Tribunen auf die Finger zu passen. Man denke nur: zu weitgehend ist den ultramontanen Drahtziehern die selbstverständliche Forderung auf Ausdehnung der § 152 Absatz 1 der Gewerbeordnung auf alle Angestellten und Arbeiter. Wollen die Abgeordneten Giesberts und Genossen den Landarbeitern, Dienstboten und den Angestellten in Staatsbetrieben nach wie vor das Koalitionsrecht vorenthalten? So sorgt man dafür, daß die Junker weiter erbärmliche Löhne zahlen können und den Industriearbeitern gewerkschaftliche Erfolge durch die vom Lande hereinkommenden, an niedrige Löhne gewöhnten Arbeiter erschwert werden.

Fast noch bemerkenswerter für die „Koalitionsfreundlichkeit" der Zentrumsabgeordneten ist der Widerspruch gegen folgende Forderungen:

„Es ist im Gesetz ausdrücklich auszusprechen, daß jede Abrede und jedes Rechtsgeschäft als gegen die guten Sitten verstoßend, nichtig sind, wonach der Dienstverpflichtete gewissen, politische oder soziale Interessen vertretenden Vereinen nicht beitreten darf oder aus ihnen auszutreten hat."

„Es ist mit Strafe zu bedrohen, wer die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter hindert oder zu hindern sucht."

Das ist wirklich stark. Also die Bestimmung, die sich gegen den Terrorismus der Unternehmer und ihrer Trabanten richtet, findet die „Westdeutsche Arbeiterzeitung" — zuweitgehend. Dadurch bekunden die Herren, daß sie als Mitglieder des Zentrums nicht nur kein freies Koalitionsrecht wollen, sondern sogar für Straffreiheit des Koalitionszwanges und des Raubes staatsbürgerlicher Rechte sich erwärmen. Und diese Herrschaften zetern seit Jahr und Tag über sozialdemokratischen Terrorismus! Zum Kuckuck noch mal: wenn man an die Schauergeschichten über Vergewaltigung christlicher Arbeiter glaubt, warum sorgt man nicht für gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Koalitionsfreiheit? Die Erklärung liegt nahe. Die Arbeitgeber im Zentrum, die kapitalistisch Interessierten in dieser „Volkspartei", wollen sich das Recht auf Terrorismus, auf den Zwang zugunsten ihnen angenehmer Vereine, auf Bekämpfung nicht gern gesehener Organisationen nicht nehmen lassen. Das erklärt die verdächtige Haltung der christlichen Gewerkschaftsführer als M. d. R. Sie stellen die gewerkschaftlichen, die Arbeiterinteressen hinter die Klasseninteressen der im Zentrum dominierenden ausbeuterischen Gruppen zurück.

Der Zweck der Uebung.

Mit dem Ausnahmegesetz, das die Konservativen gegen die Koalitionen der Arbeiterschaft fordern, hoffen sie nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen Bewegung des Proletariats einen schweren Schlag zu versetzen und auf diese Weise die Gefahr, die ihnen von dem stärksten und entschlossensten Gegner ihrer Machtansprüche droht, einigermaßen zu verringern. So natürlich dieser Wunsch ist, so bietet er aber doch noch keine ausreichende Erklärung für den großen Eifer, den die Rechte auf dem Gebiete des Schutzes der Arbeitswilligen in der letzten Zeit entwickelt hat. Ihre Begeisterung für ein gesetzliches Eingreifen, das zunächst in einem Verbot des Streikpostenstehens gipfeln soll, muß noch andere Gründe haben.

Zum Teil wurzeln sie in Erwägungen, die sich aus den Verhältnissen der landwirtschaftlichen Arbeiter ergeben. Nicht als ob die Großgrundbesitzer die Ehre, die Freiheit und die Sicherheit der Landproletarier durch Streikende bedroht sähen: das kommt gar nicht in Frage, zumal den landwirtschaftlichen Arbeitern das Koalitionsrecht in der Hauptsache fehlt. Aber den Agrariern ist jede Einschränkung der Rechte und der Freiheiten der Industriearbeiter schon deshalb willkommen, weil sie sie der Angst, sie könnten zu Zugeständnissen an ihre eigenen Arbeiter genötigt werden, enthebt und gleichzeitig in ihnen die Hoffnung aufkeimen läßt, daß der Anreiz zur Landflucht verringert werde.

Völlig jedoch lassen sich die konservativen Manöver nur begreifen, wenn man ihre ganze politische Situation mit in Rücksicht zieht. Ihre Vorstöße gegen das Koalitionsrecht sind zum guten Teil nur Mittel zu dem Zweck, die allge-

meine Stellung der Partei zu verbessern und haben daher ungefähr die gleiche Bedeutung wie die patriotischen Bemühungen zugunsten der Monarchie, des Heeres und der kaiserlichen Kommandogewalt. Seit der Niederlage von 1912 haben die Führer der Konservativen das dringende Bedürfnis, die Basis, auf der sie stehen, zu erweitern und Bevölkerungsschichten zu sich herüberzuziehen, an die sie als ausgesprochene Agrarpartei nicht hatten herankommen können. Hand in Hand damit ging von Anfang an die Absicht, bald mit Lockungen, bald mit Drohungen den Nationalliberalismus wieder vollständig für die Sache der Staatserhaltenden zu gewinnen und sie aus der sogenannten Umklammerung durch die Linke zu lösen. Beiden Bestrebungen winkte Erfolg, wenn es gelang, eine auch den Besitzenden im nichtagrarischen Lager willkommene Parole zu finden, mit anderen Worten, wenn die Gefolgschaft Heydebrands den Eindruck zu erwecken vermochte, daß sie von nun ab nicht mehr ausschließlich die Politik des Großgrundbesitzes, sondern ähnlich wie die englischen Tories die Polik aller wohlhabenden Leute machen wolle.

Zu den wohlhabenden Leuten aber gehören vor allen Dingen die großen Industriellen, und für sie wird daher der Köder des Schutzes der Arbeitswilligen ausgeworfen. Da die Konservativen von den Wählerstimmen der Industriearbeiter nur in sehr geringem Maße abhängig sind, können sie bei ihren Angriffen gegen die Koalitionsfreiheit sehr weit gehen. Sie dürfen es, ohne starke Nackenschläge befürchten zu müssen, wagen, ein klares Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter zu fordern und sich so den Herren vom großen Schlot als die rücksichtslosen Verfechter ihrer Wünsche empfehlen. Damit haben sie dann die Nationalliberalen ausgestochen, denn die sind im Hinblick auf die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft nicht in der Lage, für das klare gesetzliche Verbot des Streikpostenstehens einzutreten und können andererseits die Konservativen auch nicht durch die Forderung eines gesetzlichen Einschreitens gegen den Terrorismus auf allen Gebieten übertrumpfen, wenn sie nicht eine Grube graben wollen, in die unter Umständen auch das Unternehmertum einmal hineinfallen würde. Aber die Sorge, es könnten die industriellen Kühe von ihrer Weide weggetrieben werden, hindert die Nationalliberalen natürlich daran, sich der Aktion vollständig zu entziehen. Sie versuchen es mit dem, was der konservative Abgeordnete v. Gräfe in seiner Rede zum Etat des Innern spöttisch das Herumkriechen mit Polizeiverordnungen um das Streikpostenstehen nannte, und geraten auch damit in jenen scharfen Gegensatz zu der Arbeiterbewegung, der sie den konservativen „Sammlungswünschen" geneigter macht.

Der Rechten liegt im Grunde gar nichts daran, daß ihr Antrag auf Erlaß eines Sondergesetzes zum Arbeitswilligenschutz im Reichstag eine Mehrheit findet. Es ist ihr im Gegenteil ganz lieb, wenn sie isoliert bleibt, denn diese Tatsache bietet ihr die Möglichkeit zu Verdächtigungen der anderen bürgerlichen Parteien, und schließlich kann sie doch alle die Versuche, die gemacht werden, das Ziel einer Beschränkung der Koalitionsfreiheit, sei es auf dem Wege über die Polizeiverordnungen, sei es bei Gelegenheit der allgemeinen Reform des Strafrechts, zu erreichen, als einen Erfolg ihrer Agitation buchen. Viel wichtiger ist ihr, daß sie mit Hilfe der Sympathien, die sie sich in den Kreisen des Zentralverbandes deutscher Industrieller erwirbt, den Nationalliberalen etwa noch vorhandene Neigungen zu einer liberalen Politik vollständig austreibt und sie an den Wagen der konservativen Interessen kettet. Schon um ihre direkte Ablehnung eines Ausnahmegesetzes gegen die Streikenden in Vergessenheit zu bringen, werden die Bassermann und Schiffer alles tun, um in anderer Beziehung ihre nationale Gutgesinntheit in das hellste Licht zu rücken.

Darauf aber rechnen die Agrarier für die bevorstehenden Kämpfe um den Zolltarif und die Handelsverträge. Es ist, wie es so oft schon war: Sie sammeln die bürgerlichen Parteien, um den Umsturz und die Demokratie abzuwehren, und wenn sie alle beieinander sind, dann benutzen sie das geduldige Philisterpack, um sich ihre Privilegien erhalten zu helfen. Die Monarchie ist eine schöne Sache, aber der Roggenzoll von 5 M. und der Weizenzoll von 5,50 M. sind eine noch schönere. So lebhaft die Konservativen auch von dem Wunsche beseelt sind, die Organisationen der Arbeiter zu zerschmettern, so würden sie sich für die Streikbrecher die Finger wahrscheinlich nicht schmutzig machen, wenn diese ehrenwerten Mitbürger ihnen nicht gleichzeitig dazu verhelfen sollten, eine Mehrheit zustande zu bringen, die bereit ist, den lückenlosen Zolltarif auch gegen die Angriffe Oesterreich-Ungarns und Rußlands mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

* * *

Der sächsische Landtag über das Koalitionsrecht.

Dresden, 3. Februar. (Telegraphischer Bericht.)

Im sächsischen Landtage wurde heute die Debatte über den Streikbrecherschutz und über die wegen Ausübung des Koalitionsrechts eingebrachten Interpellationen und Anträge fortgesetzt.

Genosse Winkler kennzeichnete zunächst den Terrorismus der Scharfmacher durch einige Beispiele. Es wies dann nach, daß die Terrorismusgeschichten, die die bürgerlichen Redner und die Regierungsvertreter in der letzten Debatte vorgebracht hatten, Dichtungen waren. Der konservative Bürgermeister Dr. Schanz läßt eine meisterhafte Rede vom Stapel. Er will das Streikpostenstehen nicht nur aus verkehrspolizeilichen Gesichtspunkten verboten wissen, er hält es auch für unerträglich, daß Arbeiter bei Streiks überhaupt müßig auf der Straße stehen dürfen und durch ihre Unterhaltung bei dem „besseren" Publikum Belästigungen verursachen. Zur Verwirklichung der Schanzschen Forderungen wäre nicht nur ein Verbot des Streikpostenstehens, sondern noch dazu einige Ausnahmegesetze erforderlich. Natürlich eifert er auch für eine beschleunigte Streikjustiz, die schnelle Urteilsfällung soll abschreckend wirken. Der Redner dankt dem Justizminister für seinen auf schnelle Aburteilung der Streikbrecher abzielenden Erlaß. Der Nationalliberale Dr. Zösel führt einen Eiertanz um den Streikbrecherschutz aus und kennzeichnet sodann den von den agrar-konservativen Bündlern ausgeübten Boykott, durch den man es bei einer Ersatzwahl schon soweit gebracht habe, daß selbst den Nationalliberalen in zahlreichen Dörfern die Säle abgetrieben seien. Genosse Krause geißelte die behördlichen Maßnahmen gegen streikende Arbeiter und legt dar, daß nicht ein Gesetz für Streikbrecher, sondern ein solches für das Koalitionsrecht nötig sei. Durch eine größere Anzahl von Beispielen illustriert er die Treibereien der Unternehmer, insbesondere der sächsischen Bergwerksbesitzer gegen die organisierten Arbeiter. Die sächsischen Bergherren hätten hundertfach Erpressung verübt, um die Arbeiter aus ihrer Organisation zu zwingen. Es sei auch vorgekommen, daß Unternehmer von ihren Arbeitern forderten, ihre Söhne aus den dem Bergwerk gehörenden Wohnungen zu weisen, wenn sie nicht mehr bei dem Unternehmer arbeiten wollten. Nach belanglosen Ausführungen einiger konservativer und nationalliberaler Redner wurde die Debatte fortgesetzt und dauert noch fort. Doch steht schon jetzt fest, daß die eingebrachten Anträge, einschließlich des sozialdemokratischen, der Schutz des Koalitionsrechts fordert, der gesetzgebenden Deputation überwiesen werden.

Eine Erklärung des Kardinals Kopp.

Um nichts ist der hohe Klerus besorgter, als um die Aufrechterhaltung seiner Autorität. Eher entschuldigt er eine Anzweiflung alter Kirchendogmen, als die Anzweiflung seiner kirchlichen Autorität. Es ist deshalb begreiflich, daß sowohl der römischen Kurie als dem deutschen Episkopat der sich immer mehr zuspitzende Streit zwischen dem Fürstbischof von Breslau und dem Bischof von Paderborn höchst unangenehm war, und beide nichts sehnlicher wünschten, als diesen Streit wenigstens vor der breiten Oeffentlichkeit begraben zu sehen. Diesem dringenden Verlangen ist es zuzuschreiben, daß Kardinal Kopp — wohl schwerlich frei aus eigenem Antrieb — vor einigen Tagen dem Bischof Dr. Schulte eine sogenannte „Verständigung" angeboten und ihm heute eine Art Ehrenerklärung ausgestellt hat, die nach dem Paderborner „Westfäl. Volksblatt" folgenden Wortlaut hat:

„Bei einer Vergleichung der Akten des Herrn Bischofs von Paderborn mit den meinigen hat sich ergeben, daß ich der mir nur zur Kenntnisnahme am 20. November 1912 eingesandten Interpretation am 21. 11. 1912 freiwillig beigepflichtet habe und daß ich aus freier Entschließung sie am 22. 11. dem Bischof von Paderborn gegenüber als eine solche bezeichnete, von der die Gewerkschaftsführer in Essen erklären konnten, sie wüßten sich in bezug auf sie in Uebereinstimmung mit den Bischöfen. Bei dieser Sachlage erkenne ich nachträglich, daß mein Brief an den Herrn Bischof von Paderborn vom 1. 12. 1912 nicht jene Bedeutung haben könnte, die ihm in meinem Briefe an Herrn Grafen von Oppersdorf beigelegt worden ist. Es hätte einer Zurücknahme meiner Entschließung vom 22. November vor dem Episkopat als solchem bedurft. Ich kann versichern, daß ich mit meinem Briefe an den Grafen von Oppersdorf den Herrn Bischof von Paderborn in keiner Weise habe verletzen noch in irgendwelche Ungelegenheiten bringen wollen.

Kardinal Kopp."

Diese Erklärung wird sicherlich in den nächsten Tagen in den Zentrumsblättern Kölner Richtung und vor allem in den christlichen Gewerkschaftsblättern lauten Jubel entfesseln. Die „Köln. Volksztg." selbst hält sich freilich, wie uns aus Köln gemeldet wird, in ihren Aeußerungen über die Koppsche Erklärung ziemlich zurück und lobt sogar die „freimütige Objektivität des Herrn Kardinals Kopp". Um so gewaltiger aber wird unzweifelhaft die kleine klerikale Lokalpresse Rheinland-Westfalens in das Siegeshorn stoßen.

In Wirklichkeit liegt dazu jedoch gar kein Anlaß vor; denn die Erklärung Kopps besagt nur, daß er sich in bezug auf die gegen den Bischof von Paderborn erhobene Anschuldigung geirrt hat und Herr Dr. Schulte in keiner Weise verletzen wollte. Keineswegs aber erklärt der Kardinal Kopp, daß er seinen sachlichen Standpunkt in der Gewerkschaftsfrage aufgegeben hat — oder auch nur, daß er die Interpretation der päpstlichen Gewerkschaftsenzyklika durch Bischof Schulte als völlig korrekt und bindend für sich anerkenne. Der Streit um die Gewerkschaftsfrage ist also durch die Koppsche Erklärung in keiner Weise erledigt. Diese Frage steht noch genau da, wo sie vor der Koppschen Erklärung stand, und deshalb wird auch der Kampf zwischen der Kölner und der Berlin-Breslauer Richtung seinen Fortgang nehmen — wenn auch zunächst wohl mehr hinter den Kulissen.

Politische Uebersicht.

Seefischerei und Reblauskrankheit.

Der Reichstag begann am Dienstag in der zweiten Lesung des Haushaltsplanes mit den sogenannten allgemeinen Fonds, nämlich regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben für eine lange Reihe verschiedenartiger, meist wirklich nutzbringender Zwecke.

Eine besonders ausgedehnte Aussprache fand bei der Ausgabe zur Förderung der Seefischerei statt. Hierfür stehen im Haushaltsplan eine halbe Million Mark. Der Betrag genügt bei weitem nicht. Deshalb hatte der Reichstag bereits im vorigen Jahre einen höheren Betrag verlangt. Die Nationalliberalen haben jetzt wiederum eine Erklärung vorgeschlagen, die bis zur dritten Lesung des Haushaltsplanes eine Erhöhung des Betrages mit Rücksicht auf die Unwetterschäden an der Ostseeküste des Reiches forderte.

Genosse Noske, der als erster Redner über die Forderung sprach, erklärte, daß die Sozialdemokratie die Fischerei gerne in jeder Beziehung unterstützen werde, wenn sie sich auch auf Zölle gegen die Einfuhr von Fischen unter keinen Umständen einläßt, weil diese Maßnahme nur schädlich für die große Masse des arbeitenden Volkes ist. Außerdem wies aber unser Redner auf die unerträglichen Verhältnisse der bei der Hochseefischerei beschäftigten Arbeiter hin.

Auf diese Seite der Frage gingen die Redner der bürgerlichen Parteien nicht ein. Die Herren Schwabach und v. Richthofen von den Nationalliberalen, v. Böhlendorff-Kölpin von den Konservativen sowie Dr. Struve von der Fortschrittlichen Volkspartei begnügten sich damit, die dringende Notwendigkeit einer viel weitergehenden Förderung der Seefischerei darzulegen.

Bezeichnend war die Antwort des Regierungsvertreters, des Direktors im Reichsamt des Innern v. Jonquières. Selbstverständlich versicherte der gute Herr, daß die Reichsverwaltung das bekannte warme Herz für die Seefischerei habe. Ja, er erkannte ausdrücklich an, daß eine größere Unterstützung wünschenswert ist. Aber — jammerte er dann — woher das Geld nehmen? Wann das Reich auch nur 100 000 M. mehr für die Förderung der Seefischerei werde aufwenden können, lasse sich noch nicht übersehen. Dazu paßte sehr gut, daß sich der Herr dann bemühte, die schlechten Arbeitsverhältnisse als — unvermeidlich hinzustellen.

Genosse Noske wandte sich mit berechtigter Entschiedenheit dagegen, daß die Reichsverwaltung zwar leichten Herzens mit Forderungen von vielen Hunderten von Millionen Mark für den Militarismus an den Reichstag kommt, bei nutzbringenden Ausgaben aber nicht einmal lumpige 100 000 M. mehr als bisher zur Verfügung hat. Ebenso konnte Genosse Noske feststellen, daß die Ausführungen des Regierungsvertreters nur bestätigten, wie notwendig Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse sind.

Genosse Körsten trug ebenfalls berechtigte Beschwerden der Fischer vor. Der Fortschrittler Fegter regte die Förderung des Absatzes von Fischen an. Darauf wurde die Erklärung einstimmig angenommen. —

Für Maßregeln gegen die Reblauskrankheit sind 1000 M. gefordert. Genosse Peirotes schilderte eingehend, wie schwer Elsaß-Lothringen unter den Schäden infolge der Reblauskrankeiten zu leiden hat. Daher forderte unser Redner, daß für Elsaß-Lothringen die Anpflanzung der Amerikarebe allgemein freigegeben werde, da diese Rebe gegen die Reblauskrankheit widerstandsfähiger ist. Herr v. Jonquières gab zu, daß hier in der Tat in Elsaß-Lothringen große Schwierigkeiten bestehen. Abhilfe soll auch unbedingt geschaffen werden. Bis jetzt aber ist die Reichsverwaltung mit ihren Erwägungen noch immer nicht fertig. Darauf wiederholte der unvermeidliche Elsässer Dr. Haegy in endloser Breite die vom Genossen Peirotes bereits vorgetragenen Beschwerden.

Die besonderen Wünsche ihrer Wahlkreise in dieser Frage besprachen noch die Abgeordneten Becker-Hessen und Paasche.

Morgen kommt die Handhabung des Vereinsgesetzes zur Verhandlung.

Der Wahlkampf in Köln-Land.

Aus Köln wird uns geschrieben:

Obwohl die Nachwahl im Wahlkreise Köln-Land erst auf den 17. Februar festgesetzt worden ist, wird schon seit mehreren Wochen vom Zentrum und der Sozialdemokratie ein heißer Wahlkampf geführt. Das Zentrum hat angekündigt, in dem ausgedehnten Wahlkreise nicht weniger als 170 Versammlungen abzuhalten, und 70 hat es in der Tat schon hinter sich. Die Sozialdemokratie hat es bisher auf 30 gebracht. Sie ist in der Versammlungsagitation gehindert, weil die Klerikalen ihr in zahlreichen Orten die Lokale abtreiben. In zahlreichen Landorten finden daher selbst bei strenger Kälte die Versammlungen unter freiem Himmel statt.

Es ist kaum glaublich, auf welchem Tiefstand die Zentrumsagitation in diesem Wahlkreise steht. Der „Millionär Bebel" ist die Wahlparole des Zentrums. Daneben spielen auch die weiße Weste und die Lackstiefel des Genossen Südekum eine große Rolle. Kühn wird behauptet, daß Herr Giesberts im kleinen Finger mehr Verstand hat, als alle Sozialdemokraten in ihren sämtlichen Schädeln. Ein persönliches Regiment gebe es in Deutschland nicht mehr, weil Bebel das Zeitliche gesegnet habe. Da die Erwähnung des Umfalls des Zentrums in der Zabernaffäre den Zentrumsstrategen nicht paßt, hat der Pfarrer Kastert in Kalk, der eigentliche Führer der Zentrumspartei im Wahlkreise und Protektor des bisherigen Abgeordneten Kuckhoff, öffentlich proklamiert: „Wer heute noch von Zabern spricht, der verdient, bestraft zu werden."

Selbstverständlich wird die „Religionsfeindschaft" der Sozialdemokratie wieder ins Treffen geführt. Wie es aber mit der „Religion" der Zentrumspartei bestellt ist, dafür liefert folgende Tatsache einen urkundlichen Beweis: Am Sonntag, den 1. Februar, verteilten zwei Genossen in Köln-Nippes in der Nähe einer Kirche, aber keineswegs vor dieser, Flugblätter. Als sie auf den Befehl einiger Kirchenbesucher auf ihr gesetzliches Recht nicht verzichteten, wurden sie von den Zentrumsanhängern umringt und laut dem eigenen Bericht der Zentrumszeitung „Rheinischer Merkur" (Nr. 26) schwer mißhandelt:

„Jetzt war die Geduld der Kirchenbesucher zu Ende. Sie veranlaßten den Genossen, unter Verabreichung einiger Ohrfeigen den Kirchplatz zu verlassen, und da er sich zur Wehr setzte, wurde er ziemlich unsanft unter Gelächter der Umstehenden vom Kirchplatz abgeschoben. Der Genosse flüchtete in ein Geschäftshaus, das er durch eine Hintertür verließ, und so entkam er, ohne daß er seinen Zweck erfüllt hatte."

Drei katholische Geistliche sahen den wüsten Ausschreitungen ihrer Pfarrkinder lachend zu.

Ein sonderbarer Herr ist der bisherige Abgeordnete und jetzige Kandidat Oberlehrer Kuckhoff. Er sagt freimütig in allen Versammlungen, daß er über Zabern und den Kölner Polizeiprozeß nicht sprechen könne, da ihm dies seine amtliche Stellung als Oberlehrer verbiete.

Unserem Reichstagskandidaten, dem Genossen Sollmann, kommen die Ergebnisse des Kölner Polizeiprozesses sehr zu statten. Seine Versammlungen sind auch von politisch Gleichgültigen und von Bürgerlichen stark besucht.

Polizeikampf gegen den Kirchenaustritt.

In Eßlingen a. N. (Württemberg) wurde eine Versammlung mit dem Thema „Der Massenstreik gegen die Staatskirche" verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund eines Flugblattes, das zum Besuch der Versammlung einlud und wurde damit begründet, daß in dem Flugblatt von der Kirche gesagt sei, sie benutze im Interesse der kapitalistischen Gesellschaft die Religion nur, um die Arbeiterschaft in Unwissenheit und Knechtseligkeit zu erhalten, und sie suche der herrschenden Gesellschaft in jeder Beziehung die Bahn zur Ausbeutung und Unterdrückung des werktätigen Volkes freizumachen. Wenn schon die Einladung zu dieser Versammlung eine öffentliche Beschimpfung der christlichen Kirche enthalte, so sei mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß auch in der Versammlung selbst diese bereits eingeleitete Verfehlung fortgesetzt werde.

Wirksamer kann die Polizei wohl kaum die Richtigkeit der von ihr getadelten Aeußerungen des Flugblattes beweisen, als durch dieses ebenso ungesetzliche wie törichte Verbot, das obendrein vom Oberamt auf eingelegte Beschwerde hin bestätigt wurde.

Die badische Regierung und der Großblock.

In der gestrigen Sitzung der badischen Zweiten Kammer führte der Minister des Innern von und zu Bodman aus, daß er die Großblockpolitik bedauere, weil er glaube, daß man durch diese Politik nur zwei Parteien bekommen werde: das Zentrum und die Sozialdemokratie. Er verkenne nicht die Gefahr, die in einem weiteren Anwachsen des Zentrums liegen könne; er halte aber den Weg, den der Großblock gehe, nicht für den richtigen und allein möglichen. Er verwahre sich dagegen, mit dem Großblock arbeiten zu wollen, er arbeite mit allen Parteien.

Auf das Ersuchen des Zentrumsabgeordneten Kopf, der zu wissen wünschte, inwiefern das starke Anschwellen des Zentrums eine Gefahr bedeuten könnte, da das Zentrum immer einen freiheitlichen Standpunkt eingenommen habe und keine Sonderrechte verlange, erklärte der Minister, darin eine Gefahr zu erblicken, daß das Zentrum es seinen Wählern zu einer Gewissenspflicht mache, daß die Katholiken Zentrumsabgeordnete wählen müßten. Eine Zurückhaltung der Geistlichen sei notwendig.

Karlsruhe, 3. Februar. In der heutigen Vormittagssitzung der Zweiten Kammer kam der Minister des Innern, Freiherr von und zu Bodman nochmals auf seine Stellung zu den einzelnen Parteien

zu sprechen, wobei er betonte, daß die nationalliberale Partei eine gewisse Abhängigkeit von der Sozialdemokratie zeige. Es habe ihm ferngelegen, die staatsbürgerlichen Rechte des Zentrums beschneiden zu wollen. Konfessionelle Absonderungen bedauere er, überall wo solche stattfinden. Er glaube aber, daß sich hierin das Zentrum sehr von den anderen Parteien unterscheide. Der Minister versicherte, ein entschiedener Gegner der politischen Ziele der Sozialdemokratie zu sein, deren Gefährlichkeit hauptsächlich darin bestehe, daß sie das Volk zu radikalisieren versuche, wenn er auch anerkenne, daß die Sozialdemokratie schon jetzt positive Arbeit geleistet habe.

Die Statthalterfrage.

Die „Köln. Ztg." meldet offiziös: Die Auswahl eines Nachfolgers für den Grafen v. Wedel auf dem Statthalterposten in Elsaß-Lothringen ist bisher nicht erfolgt. Die in verschiedenen Formen der Presse zugetragene Vermutung, daß nach einigen Monaten Graf v. Wedel von dem Reichskanzler, Herrn v. Bethmann Hollweg, abgelöst werden solle, wird hier auf Erkundigung als irrig bezeichnet. Auch die Meldungen über die Wahl eines preußischen Prinzen oder überhaupt eines prinzlichen Statthalters werden für nicht zutreffend erklärt.

In der elsässischen Zweiten Kammer beantragte Genosse Emmel, als ersten Punkt auf die Tagesordnung die Entgegennahme der Regierungserklärungen zu setzen, um zu ermöglichen, daß das Haus in eine Besprechung darüber eintreten könne. Dem widersprach der Präsident und die Redner der bürgerlichen Parteien stellten sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß sich eine Aussprache über den neuen Kurs dadurch ermöglichen ließe, daß man auf die Tagesordnung der übernächsten Sitzung die zweite Lesung des Etats des Statthalters stelle. Hierüber soll am nächsten Dienstag Beschluß gefaßt werden.

Aus dem Lager der bürgerlichen Parteien Sachsens

rumort es gegenwärtig wieder. Die vor kurzem von uns avisierte Wahlverbrüderung der Nationalliberalen und Fortschrittler für die im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen ist inzwischen zustande gekommen. Praktisch wird sie schon bei der Nachwahl in der Lausitz am 26. Februar. Dort stellen die verbündeten Liberalen der Sozialdemokratie, die das Mandat bisher besaß, einen gemeinschaftlichen Kandidaten gegenüber. Nebenbei gesagt, einen ganz rechtsstehenden Nationalliberalen! Das ist bezeichnend für den Fortschritt, der gerade in der Lausitz noch einigen Anhang hat und sich bisher dort sehr radikal gebärdete.

Den Konservativen ist das sogenannte liberale Kartell gar nicht recht, da zu Beginn des Landtags eine konservativ-nationalliberale Verbrüderung in Aussicht zu stehen schien, wobei natürlich die Konservativen das Fett abzuschöpfen gedachten. Dazu kommt, daß die Nationalliberalen im 14. sächsischen (Bornaer) Reichstagswahlkreise bei der Nachwahl für den um sein Mandat gekommenen Generalleutnant von Liebert wieder einen eigenen Kandidaten aufstellen. Die Konservativen hatten sich als ersten Freundschaftsbeweis gedacht, daß die Nationalliberalen auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten würden, sintemalen der Reichsverbandsgeneral nach konservativer Ansicht den Nationalliberalen näherstehen soll, als den Konservativen.

Daraus wurde nichts und nun ist Polen offen. Der konservative Führer und Vorsitzende der Landtagsfraktion Opitz ließ einen sehr verärgerten Zeitungsartikel gegen die Nationalliberalen los, auf den die letzteren gereizt antworteten. Sie weisen die Annahme weit von sich, daß die Abmachung mit den Fortschrittlern sich vornehmlich gegen rechts richte, womit sie aufs neue ihre Doppelzüngigkeit erweisen. Die Antwort auf diese Rabulistik ist Opitz nicht schuldig geblieben, und so bombardieren sich die Rechte und die Mitte gegenwärtig mit Zeitungsartikeln.

Die sächsische Sozialdemokratie kann vom Parteistandpunkt lächelnd diesem Treiben zusehen; denn es kann ihr am Ende gleich sein, wie sich die bürgerlichen Brüder einigen; daß sie einig werden im Kampfe gegen uns, ist sicher. Bei allen wichtigeren politischen Kämpfen ist das Zusammengehen der Bürgerlichen zur Regel geworden. Sie können sich auch den Luxus selbständigen Vorgehens kaum mehr leisten, wenn auch das Landtagspluralwahlrecht kleine Abweichungen von dieser Regel gestattet. Opitz hat erst dieser Tage selbst festgestellt, daß unter dem Reichstagswahlrecht die Sozialdemokratie in Sachsen von 91 Landtagsmandaten 61 im Besitz haben würde.

Ein erledigtes Reichstagsmandat.

Durch den Montag nacht erfolgten Tod des Reichstagsabgeordneten Dr. Preuß ist das Mandat für den Wahlkreis Braunsberg-Heilsberg neu zu besetzen. Der Wahlkreis ist eine Domäne des Zentrums, das sich bei der letzten Wahl die Aufstellung zweier Kandidaten leistete. Das Zentrum vereinigte auf seine Kandidaten 15 247 Stimmen. Auf den sozialdemokratischen Kandidaten entfielen 398 Stimmen, auf den Kandidaten der Liberalen 173 Stimmen.

Polizeiinspektor Kautz vom Amte suspendiert.

Hannover, 3. Februar. Polizeiinspektor Kautz, der in den Kölner Bestechungsprozeß mit verwickelt war, ist von seinem Amte suspendiert worden. Es wurde das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet.

Aus den Kerkern des Zaren.

Ein Genosse, der kürzlich nach längerem Aufenthalt in einer Anzahl russischer Gefängnisse in Freiheit gesetzt wurde, schildert in der Petersburger „Neuen Arbeiterzeitung" die ungeheuerlichen Zustände in den Kerkern, deren Zeuge er selber gewesen. So werden die politischen Gefangenen in Baku; auch die Untersuchungsgefangenen, in Arrestantenkleider gesteckt und müssen auf ein bestimmtes Signal, das sich im Laufe des Tages unzählige Male wiederholt, vor der den Gang passierenden „Obrigkeit" stramm stehen. Im Gefängnis in Banlow sind die Zellen so überfüllt, daß die Gefangenen eng aneinander gepreßt auf dem nackten Fußboden schlafen müssen. Das Essen ist elend. Für jede Kleinigkeit regnet es Hiebe und Faustschläge auf die Gefangenen.

Eine unglaubliche Roheit herrscht in den Kerkern in Rostowa. Don. Für jedes Wort der Widerrede wird man mit Erschießen bedroht. Im Transportgefängnis werden in Zellen, wo höchstens 30 Platz finden, 70 oder 90 Gefangene hineingestopft. Die Gefangenen wälzen sich auf dem schmutzigen, bespuckten Asphaltboden. Dieselben Zustände herrschen auch in dem sogenannten Katorga-Gefängnis, dem Kerker der zur Zwangsarbeit Verurteilten.

Im Charkower Gefängnis vergeht kein Tag, wo nicht ein oder zwei Katorga-Gefangene von der Schwindsucht fortgerafft werden. Die Behandlung ist grausam.

Zur Ergänzung dieser Schilderung, deren Authentizität nicht angezweifelt werden kann, seien nachstehend einige offiziell bestätigte Mitteilungen gebracht:

Die Insassen des Grodnoer Gefängnisses reichten dieser Tage bei der Hauptgefängnisverwaltung eine Klage ein und sandten die Abschrift davon an die sozialdemokratische Dumafraktion. Die Gefangenen führen Klage über fortwährende Durchprügelungen durch die Administration. Selbst der Gouverneur und der Staatsanwalt haben diese Tatsache bestätigt! Die Gefangenen werden oft für zwei Wochen in den Karzer gesperrt und während der ganzen Zeit ohne warmes Essen gelassen.

Ein noch fürchterlicheres Bild wurde vor kurzem vor dem Bezirksgericht in Saratow entrollt. Dort fand am 16. Januar die Verhandlung gegen 10 politische Gefangene statt, die zur lebenslänglichen Zwangsarbeit verurteilt worden waren. Sämtliche Gefangene wurden beschuldigt, die Wand in der Kammer Nr. 33 durchbrochen zu haben. Die Angeschuldigten erklärten, sie hätten absichtlich einen — übrigens von vornherein aussichtslosen — Fluchtversuch inszeniert, um die Aufmerksamkeit der Verwaltung auf die Zustände in dem Kerker zu lenken. Die Gefangenen — so erklärten sie vor Gericht — „starben hier wie die Fliegen" an der Schwindsucht und an anderen Krankheiten. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind von 130 Insassen 100 gestorben! Von 20 Kaukasiern starben 17! Alle Bitten um Ueberführung in eine andere Abteilung blieben fruchtlos.

Das Gericht erklärte fünf Angeklagte als schuldig, verurteilte sie aber zu der niedrigsten zulässigen Strafe — zu 30 Tagen Einzelhaft. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. — Selbst ein zarisches Gericht demonstrierte auf diese Weise gegen die furchtbaren Greuel, die während der Verhandlung aufgedeckt wurden.

Die Justizbriganten nehmen Rache.

Kiew, 2. Februar. Der Herausgeber des konservativen Kiewer Kiewlanin und Mitglied der Reichsduma Schulgin wurde heute zu drei Monaten Arrest verurteilt, weil er am 27. September 1913 in einem von ihm gezeichneten Leitartikel seines Blattes zur Beilisaffäre über das Verhalten des Staatsanwalts Tschaplinsky vor der Strafkammer wissentlich falsche Nachrichten verbreitet haben soll. In Wirklichkeit hatte Schulgin das elende Machwerk, auf dem sich der Ritualmordprozeß aufbaute, vernichtend kritisiert.

Belgien.

Nichts für die hungernden Schulkinder.

Man schreibt uns aus Brüssel. Die Kammerabstimmung vom Freitag zeigt wieder einmal wie der politische Klerikalismus das Christentum auffaßt. Camille Huysmans verlangte für das neue Schulgesetz die Aufnahme eines Amendements, demzufolge in allen Gemeindeschulen Kantinen errichtet werden sollen, wenn die Gemeinde oder die Schulinspektion dies für notwendig erachten. In die Kosten hätten sich der Staat mit $^{5}/_{10}$, die Gemeinde mit $^{3}/_{10}$ und die Provinz mit $^{2}/_{10}$ zu teilen. Der Antrag verlangt die Errichtung von Kantinen und die Bekleidung bedürftiger Kinder für alle, also auch für die katholischen freien Schulen.

Dieser Antrag wurde gleichwohl abgelehnt, ebenso der Antrag des Sozialisten Troelet, der verlangt, daß sich der Staat mit 50 Proz. an den Kosten für die Schulkantinen und die Bekleidung beteiligt. Schließlich beantragte Vandervelde einen staatlichen Kredit von einer Million für die Schulkantinen, — die Klerikalen stimmten auch dagegen. Und dies, obgleich alle diese Anträge in gleicher Weise den Kindern der kommunalen wie der konfessionellen Schulen zugute kommen würden.

Aber die Klerikalen ziehen die demütigende Wohltätigkeit, mit der sich ein Schacher- und Pressionssystem ausüben läßt, der Anerkennung des Lebensrechtes des Kindes vor und sie begnügten sich mit dem Regierungstext, der das Ernährungsproblem umgeht und nur die Kommunen von der Regierung abhängig macht. Wie alles, machen die Klerikalen auch die Frage der Schulkantinen zu einer politischen Spekulation, zu einer Frage des Geschäftes und der Herrschaft. Hunderttausend Schulkinder sind unterernährt, Fünfzigtausend haben nicht einmal eine Tasse warmen Kaffee des Morgens. Aber sogar der Antrag des christlichen Demokraten Fontenne, wenigstens im Winter Kantinen zu errichten, wurde verworfen. Ein sauberes Christentum!

Italien.

Cipriani lehnt ab.

In der „Humanité" veröffentlicht Amilcare Cipriani einen offenen Brief an die Wähler von Mailand, in dem er die Nichtannahme des Mandats motiviert. Sein Haß gegen die Monarchie sei unauslöschlich. In den acht Jahren des Bagnos, in 2920 Tagen habe er diesen Haß eingesogen. Da könne man nicht von ihm verlangen, daß er den vorgeschriebenen Treueid als Deputierter leiste. Deshalb möge man ihn außerhalb des Gesetzes lassen wie bisher. Die Wähler hätten ihn rehabilitiert und das genüge ihm. Von der Monarchie nehme er keine Rehabilitation an.

Norwegen.

Die sozialdemokratische Fraktion des norwegischen Storthings hat beschlossen, ihren vorjährigen Antrag dem Nobelkomitee des Storthings erneut zu unterbreiten, wonach der Friedenspreis aus der Nobelstiftung dem Internationalen Sozialistischen Bureau oder dem Genossen Hjalmar Branting zugeteilt werden soll. Die Motivierung des Antrages erklärt, daß gerade das Internationale Sozialistische Bureau als Vertreterin der internationalen Sozialdemokratie, der eifrigsten und tatkräftigsten Friedensinstitution, in erster Linie den Nobelpreis beanspruchen könne. Der Eventualvorschlag betrifft den Fall, daß man dem Bureau den Preis nicht zuerkennen, sondern nur eine um den Frieden verdiente Person berücksichtigen könne. Branting hat mehr als irgendein anderer lebender Politiker den Frieden in Skandinavien 1905 wahren helfen.

Ueber die Verteilung des etwa 150 000 bis 200 000 M. betragenden Friedenspreises der Nobelstiftung entscheidet bekanntlich das norwegische Parlament. Wahrscheinlich wird man, wie im Vorjahre, den Antrag unserer Genossen unberücksichtigt lassen und den Preis lieber jemand erteilen, der an einem Tage Friedensreden hält, am anderen für die Vermehrung der Rüstungen eintritt.

China.

Die Republikaner und die Diktatur.

Die „Humanité" gibt ein Gespräch mit dem Redakteur des unterdrückten republikanischen Blattes „Min-Kuo-Si-Pao" (Der chinesische Republikaner), Wal, wieder, das die allgemeine Lage in China beleuchtet. Die Zeitung erschien in chinesischer, englischer und französischer Sprache in dem unter Verwaltung des französischen Konsuls stehenden französischen Stadtteil von Schanghai (ein weiterer internationaler Stadtteil steht unter Verwaltung des Konsulkorps). Am 4. November wurden die Redakteure zum Konsul bestellt, der ihnen auf Anweisung des französischen Gesandten in Peking erklärte, daß ihre Zeitung nicht mehr erscheinen dürfe. Er habe sogar Auftrag, sie an die chinesischen Behörden auszuliefern, werde das jedoch nicht tun, sie vielmehr erforderlichenfalls schützen. Als Grund der Anordnungen gab er die in der Zeitung enthaltenen Angriffe auf den Diktator Jüanschikai an. Man sieht, wie trefflich sich Frankreich als Anhängsel der russischen Politik weiterentwickelt hat. Die Redakteure forderten darauf, daß man sie vor das gemischte (chinesisch-europäische) Gericht verweise, vor dem ein im internationalen Stadtteil erscheinendes republikanisches Blatt wegen des gleichen Vergehens mit sechs Monaten Einsperrung und 2500 Fr. Geldstrafe davon gekommen war. Der Konsul lehnte das jedoch ab und erklärte, die ganze Verantwortung auf sich zu nehmen. Er erklärte sich nur bereit, die Unterdrückung der Zeitung amtlich bekannt zu machen, um nicht den Glauben an ein freiwilliges Verschwinden, etwa auf Grund irgend einer Vereinbarung mit der Pekinger Regierung, aufkommen zu lassen.

Ueber die allgemeine Lage und den von der bürgerlichen Presse ausposaunten Mißerfolg der republikanischen Partei äußerte Wal: Die Republikaner sind nicht gescheitert. Der erste Teil unseres Programms, die Revolution, ist verwirklicht. Sie war sehr volkstümlich und entsprach dem einmütigen Verlangen des Landes, das kein Kaisertum mehr wollte. Dieses stürzte unter dem gewaltigen Drucke der demokratischen Kräfte zusammen. Wir sind nicht weiter gekommen, weil wir von Jüanschikai verraten wurden, der erst der republikanischen Verfassung Treue geschworen hat, um sich dann, dank der Hilfe der Großmächte, zum Werkzeug der Feinde des neuen Regiments zu machen. Aber Jüanschikai wird seinen Verrat nicht bis zum Ende durchführen können. Er war und bleibt der Mann des alten China. Er weiß überhaupt nichts von der Entfaltung der modernen Ideen und dem Wollen des wirklichen chinesischen Volkes. Das Regime, das er dem Lande auferlegen will, kann nicht dauern. Um mit seiner Festigung auch nur zu beginnen, bedurfte er ungeheurer Summen. Wo sollte er sie finden? Alle Einkünfte Chinas sind belastet. Auf den Zöllen ruhen schon sieben Pfandrechte und acht auf der Salzsteuer. Bleibt die Grundsteuer. Aber sie kann nicht mehr erhöht werden, denn das wäre die sichere Revolution, die Massenerhebung. Schon herrscht die Anarchie in mehreren Provinzen. Die Unruhen, die aus Junan (der südwestlichsten Provinz) gemeldet werden, sind nur das Vorspiel weit ernsterer Verwickelungen.

Auf die Frage nach der Organisation der Republikaner sagte Wal: Ich kann nur sagen, daß Sun-Jat-sen, der sich jetzt in Japan befindet, immer noch der überzeugte Vaterlandsfreund ist, der die erste Revolution gemacht hat, und daß seine Freunde ihm alle treu bleiben. Die Republikaner rüsten nicht ab. Die Teilbewegungen werden nicht aufhören, denn die Handlungsweise Jüanschikais darf nicht geduldet werden. Man muß eine neue gewaltigere Revolution erwarten, die die Verwirklichung eines Programms ermöglichen wird, die die letzten Ereignisse nur unterbrechen konnten. — So wird also unter dem Winterschnee des Absolutismus die Volksbewegung weiterleben. Das Freudengebell der kapitalistischen Preßmeute über das Erliegen der von der Verräterhand des „großen Staatsmannes" Jüanschikai niedergeworfenen Republik wird nicht immer dauern.

Amerika.

Beschränkung der Einwanderung.

Washington, 3. Februar. Das Repräsentantenhaus verhandelte gestern über die Gesetzesvorlage betreffend die Einwanderung. Der Antrag, die Klausel über den Nachweis von Schulbildung zu streichen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde ein Amendement angenommen, Hindus und alle Personen der mongolischen oder gelben Rasse, Malaien und Afrikaner auszuschließen, außer wenn über ihre Einwanderung internationale Verträge oder Abkommen vorhanden seien.

Mexiko.

Waffen für die Insurgenten.

Washington, 3. Februar. Präsident Wilson hat beschlossen, das Einfuhrverbot für Waffen nach Mexiko aufzuheben.

Letzte Nachrichten.

Reichstagsersatzwahl in Offenburg-Kehl.

Offenburg, 3. Februar. (W. T. B.) Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl für den bisherigen Abgeordneten Stadtrat Kölsch, der sein Mandat niedergelegt hatte, erhielt der badische Landtagsabgeordnete Wirth (Zentrum) 12 259 Stimmen, Kölsch (lib. Block) 9616 Stimmen und Redakteur Geiler (Sozialdemokrat) 3032 Stimmen. Es hat sonach zwischen Wirth und Kölsch Stichwahl stattzufinden.

Bei der Hauptwahl im Jahre 1912 erhielt das Zentrum 11 615, der Nationalliberale 8962 und der sozialdemokratische Kandidat 3705 Stimmen. In der Stichwahl erhielt dann der nationalliberale Kandidat Stadtrat Kölsch 12 712 Stimmen.

Arbeitslosenfürsorge.

Frankfurt a. M., 3. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Das Stadtparlament bewilligte auf Antrag des Magistrats weitere 20 000 Mark für die Unterstützung der Arbeitslosen.

Der Nachfolger Lemires.

Paris, 3. Februar. (W. T. B.) Die Kammer hat heute an Stelle des zurücktretenden Abbé Lemire den sozialistischen Radikalen Rabier mit 211 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt. 210 Stimmen entfielen auf André Lefevre.

Serbische Gemeindewahlen.

Belgrad, 3. Februar. (W. T. B.) Nach den amtlichen Berichten sind bei den Gemeindewahlen in 922 Gemeinden die Altradikalen, in 343 die Jungliberalen, in 144 die Nationalisten, in 86 die Fortschrittlichen und in 15 die Sozialisten gewählt worden. Aus 40 Gemeinden stehen die Wahlergebnisse noch aus.

Bootsunglück.

Tanger, 3. Februar. Die Schaluppe des spanischen Kreuzers „Estremadura" scheiterte heute auf der hiesigen Reede infolge einer falschen Wendung. Zwei Matrosen ertranken.

Für die Alpenfeste

Trachten-Ausstellung

im II. Stock.

Große Auswahl in allen Teilen.

Verkauf zu niedrigen Preisen.

Paul Obiglo's Konzert- und Festsäle
: Koppenstraße 29. :
Großer Saal Sonnabend, d. 14. März, frei geworden.

Möbel-Ausstellung

Ausstellung von neuzeitlichen Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen i. schlichter gediegener Geschmacksrichtung unter Berücksichtigung der Bestrebungen der Kommission für vorbildl. Arbeiterwohnungen in

Höffner's Möbel-Engroshaus
Berlin N. 201,
Veteranenstr. 11, 12, 13.
Besichtigung frei.
Abgabe der kompl. Einrichtungen sowie einzelner Stücke zu ganz mäßigen Preisen.

Hautleiden

entstehen durch unreines Blut, können deshalb auch nur durch innere Behandlung gründlich u. dauernd geheilt werden.

Hautpillen das beste hierfür.

Jetzt bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichen Dank für Ihre wundervoll heilende Medizin, die mich vollständig von dem schauderhaften Hautleiden befreit hat, voll und ganz zu zollen. **Gustav Sichting, Mücheln** (Bez. Halle).

Die patentamtlich geschützten **Hautpillen** in Berlin u. allen Vororten in allen Apotheken zu haben. Versand nach auswärts durch **Bismarck-Apotheke, Berlin, Wrangelstraße 47.** Postkarte genügt.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 4. Februar 1914.

Anfang 3 Uhr.
Schiller-Charlottenburg. Nathan der Weise.

Anfang 3½ Uhr.
Deutsches Künstler-Theater. Peterchens Mondfahrt.

Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varieté-Lichtspiele.

Anfang 6½ Uhr.
Eines Rollendorf-Theater. Varieté-Lichtspiele.

Anfang 7 Uhr.
Deutsches Opernhaus. Parsifal.

Anfang 7½ Uhr.
Kgl. Opernhaus. Bohème.
Kgl. Schauspielhaus. Die Neuvermählten. Die zärtlichen Verwandten.
Deutsches. Romeo und Julia.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 7⁴⁵ Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Winter in der Schweiz. Im Hörsaal: Dr. W. Berndt: Abstammung des Menschen.
Königgrätzer Straße. Die Kronbraut.
Lessing. Simson.
Kammerspiele. Der Snob.
Deutsches Künstler-Theater. Der Bogen des Odysseus.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater an der Weidendammer Brücke. Wer zuletzt lacht.
Theater am Nollendorfplatz. Prinzeß Gretl.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Montis Operetten. Die verbotene Stadt.
Schiller O. Was ihr wollt.
Schiller Charlottenburg. Herodes und Mariamne.
Theater des Westens. Polenblut.
Berliner. Wie einst im Mai.
Kleines. Jettchen Gebert.
Trianon. Anatoles Hochzeit.
Thalia. Die Tangoprinzessin.
Residenz. Hoheit — der Franz.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fräulein Trallala.
Rose. Kinder der Großstadt.
Kasino. Die olle Webern.
Herrnfeld. Was sagen Sie zu Leibusch?
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3. Kompagnie.

Anfang 8¼ Uhr.
Luisen. Das erste Ehejahr.
Walhalla. Tangofieber.
Folies Caprice. Café Pringsheim. Der Heiratsgraf. Meyersteins.

Anfang 8½ Uhr.
Neues Volkstheater. Der Graf von Charolais.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.

Anfang 9 Uhr.
Berliner Eispalast. Eissport.
Eines Rollendorf-Theater. Varieté-Lichtspiele.

* * *

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Was ihr wollt.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Weh' dem, der lügt.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Meyers.**

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: **Nathan der Weise.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Herodes und Mariamne.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die beiden Leonoren.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Herodes und Mariamne.**

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:
Die Kronbraut.

Komödienhaus.

8 Uhr. **Kammermusik.** 8 Uhr.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater a. d. Weidendammerbrücke früher Komische Oper.
8 Uhr: **Wer zuletzt lacht . . .**

Theater des Westens.

8 Uhr: **Polenblut.**

Deutsches Künstlertheater

Soziletät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Mittwoch, 3½: **Peterchens Mondfahrt.**
Abends 8 Uhr: **Der Bogen des Odysseus.**
Morg. 8 Uhr: **Der Bogen des Odysseus.**

Theater am Nollendorfplatz 5.

Abends 8 Uhr:
Prinzeß Gretl.

8 Uhr Residenz-Theater 8 Uhr.

Hoheit — der Franz!
Musikalische Groteske in 3 Akten von Artur Landsberger und Willi Wolff.
Musik von Robert Winterberg.
Morgen u. f. Tage: **Hoheit - der Franz!**

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Kinder der Großstadt.
Schausp. i. 4 Akt. v. W. Braun.
Anfang 8 Uhr.
Donnerst.: **Kinder der Großstadt.**
Sonnabend 4 Uhr: **Rotkäppchen.**

Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.

Direktion: **H. Bryk.**
Fräulein Trallala.
Von Okonkowski, Leipziger, **Gilbert.**
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonntag, 8. Febr., nachm. 3 Uhr: **Die Kino-Königin.**

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. W. Berndt: **Abstammung des Menschen.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger No. 13!
Urkomische Burleske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen: **Eine Hochzeit in der Müllerstraße** (Log. 1,—, Balkon 0,75, Entree 39 Pf.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

Metropol-Theater.

Abends präzise 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Germania-Prachtsäle

N., Chausseestr. 110. K. Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem **Freitanz.**
— Vorzugskarten gelten. —
Jeden Donnerstag:
Großes Militär-Streich-Konzert
Anschl. Familienkränzchen.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.
8¼ Uhr: **Das erste Ehejahr.**
Schauspiel in 5 Akten von Ernst Ritterfeldt.

Walhalla-Theater.
Abends 8¼ Uhr:
Tangofieber. Große Posse m. Ges. u. Tanz in 3 Akt. v. Erich Urban.

Brauerei Friedrichshain

Täglich außer Sonnabends:
Das stimmungsvollste
Bayr. Bockbier-Fest.
Mittwochs u. Donnerstags:
Elite-Tag.

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikkorps d. Garde-Füsilier-Regiments und **Tegernseer und Zillerthaler Musikanten,**
Dirig. Hans Starp.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute, Mittwoch, den 4. Februar:
Elite-Tag: Extra-Prämiierung
Prämiiert wird die
größte Kohlrübe.
Drei bare Geld-Preise 30,—, 20,—, 10,— Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Voranzeige! Morgen, Donnerstag:
Große Schweine-Braterei!

Zirkus Alh. Schumann.

Heute Mittwoch, den 4. Februar, abends 7½ Uhr:
Große Elite-Vorstellung
Das vollständig neue Februar-Programm!
U. a.:
Ku-Ka-Di's
genannt „Die Goldmephistos".
Original Little Freds
Akrobat. u. kunstreit. Hunde.
Leach-Lapuin-Trio
2 Damen, 1 Herr, Drahtseilakt
Therese Renz
dress. Elefanten u. Ponys.
Crescendo u. Forrest, Musik. Akt.
Um 9¼ Uhr:
Das neue große Ausstattungsstück in 7 Bildern „Tipp", der Derby Favorit 1914.

WINTER GARTEN

Neues Programm!
Madge Lessing und **Fred Wright** in
„Halloh Madge! Halloh Fredy!"
Grock u. Lolé Komisches Musik-Duo
Perezoff-Truppe Jongleurszene „Un souper chez Maxim"
sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten **Februar-Attraktionen!**
— **Rauchen gestattet!** —

APOLLO THEATER

8 Uhr Tel.: Lützow 2757 8 Uhr
Zum 41. Male:
Hartstein
in
Der Stolz der 3. Komp.
Lachen ohne Pause!
Vorher:
Das große neue Varieté-Programm u. a.
Henry de Vry's Traumbilder
Rauchen gestattet!

Zirkus Busch.

Heute Mittwoch, den 4. Februar, abends 7½ Uhr:
Große Novitätenvorst. U. a.:
Eduard Wulffs 3 Hunde am fliegenden Trapez
(Einzig dastehend).
Ferner **Die Uessems** in ihr. akrobatischen Sketch **„Artistenkinder".**
Auftreten d. Frl. Martha Mohnke, Schulreiterin, auf Goldbird, sowie das große Februar-Programm.
Zum Schluß:
„Pompeji".
Orig. Ausstattungs-Pantomime des Zirkus Busch in 5 glänz. Akten.

Voigt-Theater

Badstraße 38.
Mittwoch, den 4. Februar:
Cora, die Tochter des Pflanzers.
Schausp. in 6 Akt. von Wichmann.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.
Voranzeige! Mittwoch, 11. Februar:
Benefiz für **Paul Uding:**
In letzter Stunde.

Folies Caprice.

8¼ { Café Pringsheim / Der Heiratsgraf / Meyersteins

Casino-Theater

Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Ein neues Berliner Volksstück:
Die olle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonnt. 4 U.: Geheimnisse v. New York.

Admiralspalast.

Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eise.
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr ab **halbe** Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Passage-Panoptikum.

Die wilden
Feuerfresser
in ihren fanatischen **Martern.**
Cols Experimente:
Aus dem Jenseits
Lebend!
Ohne Extra-Entree.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

Nicht wanken!

Der große Wert und die soziale Notwendigkeit der Organisation werden heute in den Reihen der aufgeklärten Arbeiterschaft ernstlich nicht mehr angezweifelt werden können. Die ungeheueren Vorteile, die der solidarische Zusammenschluß dem Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bietet, sind sichtbar genug, um den sicheren Fortbestand der jetzigen Organisationen zu garantieren. Und doch ist es angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage, der verheerenden Krise, angebracht, die organisierten Arbeiter dringend zu mahnen, alle Kraft daran zu setzen, die bisher errungene Position zu verteidigen, die Kampfreihen fester zu schließen und zu verstärken. Die Situation liegt so, daß nicht nur die Krise den Organisationen schwere Wunden schlägt, sondern daß dazu noch die Scharfmacher ihre ganze Kraft auf den einen Punkt konzentrieren, die Verbände der Arbeiter zu vernichten.

Der wilde Sturm auf das Koalitionsrecht, das einzige Menschenrecht des ausgebeuteten Proletariers, hat nicht zufällig in der Zeit wirtschaftlicher Not den Höhepunkt eines Orkans erreicht; die scharfmacherischen Fronherren spekulieren besonders auf den verminderten Widerstand der Arbeiter. Sie rechnen ferner damit, während der Krise die Staatsregierung ihren maßlosen Machtgelüsten gefügiger machen zu können.

Neben dem Kampf gegen das Koalitionsrecht geht die Förderung der gelben Bewegung einher, jener charakterlosen Prätorianergarde des Kapitals, die zu jeder Stunde bereit ist, die Gewaltherrschaft des Geldsacks zu schützen. Die bürgerliche Presse berichtet mit Behagen von den „beispiellosen Fortschritten“ der gelben Gewerkschaften, wohingegen sich in den freien Gewerkschaften andauernde Organisationsmüdigkeit geltend mache. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ glaubt diese Tatsache konstatieren zu müssen. Die faktischen Erfolge der freien Gewerkschaften ständen schon lange in keinem Verhältnis zu ihrer Propaganda. Die Arbeit der freien Gewerkschaften leide vor allem darunter, daß die von ihnen erreichten Erfolge klein sind im Vergleich zu den enormen Opfern, die sie von ihren Mitgliedern fordern, und zu den Kraftanstrengungen, die sie bei ihren Kämpfen machen müssen. Und so komme es, daß mancher in ihren Reihen ernüchtert, kampfmüde wird und sich der friedliebenden gelben Bewegung anschließt. Dafür sollen die „mächtig emporschnellenden“ Mitgliederziffern der Gelben zeugen; man spricht triumphierend von 300 000 (!) gelben Gewerkschaftsmitgliedern, deren Zahl täglich wachse.

Diese Darstellungen entbehren jeder tatsächlichen Begründung. Die Mitgliedsziffern der Gelben werden in den Betriebskontoren der Unternehmer hergestellt, so daß diesen Statistiken mit vollem Recht jede Objektivität abzusprechen ist, schon aus dem Grunde, weil die Vorarbeiter, Meister und Beamten mitgezählt werden. Würden die Mitgliederzahlen der Wirklichkeit entsprechend angefertigt, so müßten nach unserer Schätzung reichlich Zweidrittel gestrichen werden. Noch irriger ist es aber anzunehmen, die Mitglieder der freien Gewerkschaften flüchten massenhaft aus Kampfmüdigkeit in die Zwangsorganisationen der Kapitalisten. Entweder werden die Arbeiter mit Hilfe des schärfsten Terrorismus in die gelben Vereine gepreßt, das ist die Mehrzahl, oder aber es sind Indifferente, denen der kritische Blick zur Beurteilung des wahren Charakters der gelben Bewegung fehlt.

Obgleich also der gelbe Rausch, in dem die Bourgeoisie heute mit Begeisterung schwelgt, im Grunde nur ein übles Machwerk des Scharfmachertums ist, haben die klassenbewußten Arbeiter doch alle Ursache, auf der Hut zu sein. Der gelbe Popanz, diese vollendete Karikatur einer wirklichen Gewerkschaftsbewegung, soll das Dynamit der freien Gewerkschaften werden; deshalb prunkt die bürgerliche Presse in letzter Zeit systematisch mit den gelben Zahlen, deshalb werden die „beispiellosen Erfolge“ in die Oeffentlichkeit lanciert. Diese Erscheinung ist für die kapitalistische Gesellschaft, die nur von der Spekulation zehrt, durchaus nichts Außergewöhnliches, und die kampferprobte Arbeiterschaft wird davon nicht im mindesten erschreckt sein. Haben doch die Unternehmer, seitdem sie die gelben Vereine züchten, nur ihre Angriffsmethode gegen die Arbeiterklasse vervollkommnet, ein Zeichen wachsenden Klassenhasses auf jener Seite. Freilich ist hierbei die betrübende Tatsache zu verzeichnen, daß es rechtlose und ausgebeutete Proletarier sind, die ihren Ausbeutern zur Niederzwingung der eigenen Klassen- und Leidensgenossen eine Waffe in die Hand geben.

Alle diese verwirrenden Erscheinungen dürfen aber keineswegs Entmutigung und Kampfesmüdigkeit in die Reihen des organisierten Proletariats tragen. Im Gegenteil. Obgleich die Wucht der Krise vereinigt mit den schamlosen Scharfmachermethoden der Ausbeuter die Arbeiterklasse hart bedroht, gilt es erst recht den bisherigen Klassenkampfstandpunkt hochzuhalten. Was zeigen jene Tatsachen deutlicher, als den wachsenden, unversöhnlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, also die absolute Notwendigkeit des Klassenkampfes? Darum: Nicht wanken!

Berlin und Umgegend.

Die Tarife in der Zeit der Krise.

In einer sehr stark besuchten Protestversammlung, die der Schneiderverband einberufen hatte, referierte Krienke über die Tarifverstöße in der Herren- und Stapelkonfektion. Die Arbeitgeber haben die wirtschaftliche Depression im vollsten Umfange in ihrem Interesse ausgenutzt. Sie haben es verstanden, die feierlich vereinbarte Schaffung eines Schiedsgerichts durch unannehmbare Bestimmungen zu hintertreiben; sie haben den in bestimmter Frist zu schaffenden Tarif für Kleinstücke und Lodensachen hintertrieben; sie haben vollständig klare Bestimmungen des Tarifs in das Gegenteil verkehrt; sie haben durch Verfeinerung der Konfektion die Stücke vornehmer ausgestattet und den Arbeitern das Leben schwer gemacht, und sie haben es weiter verstanden, die oberen Serien bis auf ein Mindestmaß zu beschränken. Unter diesen Zuständen haben alle in Betracht kommenden Arbeiter zu leiden, ob sie in der besseren oder Stapelkonfektion, in der Fantasiewestenbranche oder als Zuschneider tätig sind. Außer den erwähnten Uebelständen förderte der Referent noch eine ganze Reihe weiterer Verstöße zutage, die alle zeigen, wie tariftreu die Arbeitgeber sind. Mit eindringlichen Worten wandte sich Redner auch an die Zwischenmeister, nicht durch Uebernahme von großen Posten Arbeit unter den tariflichen Preisen die Lage der Arbeiter noch mehr zu verschlechtern. Ebenso sollten auch die anderen Arbeiter sich nicht unter den tariflichen Löhnen anbieten, da die Allgemeinheit hierdurch schwer geschädigt werde.

In der Diskussion wurde eine Fülle von Beispielen vorgebracht, wie die Arbeitgeber mit allen Schlichen und Pfiffen den Tarif zu umgehen bestrebt sind. Es wurde auch mitgeteilt, daß sich hierbei besonders die Firma Hugo Herrmann hervortue.

Schuster, vom Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein, bestätigte und ergänzte die Ausführungen des Referenten und der übrigen Redner und forderte zum schärfsten Kampf gegen die geschilderten Zustände auf, indem er ausdrücklich sich im Namen des Gewerkvereins mit der vorgelegten Resolution einverstanden erklärte.

Ein Beauftragter der Zwischenmeister, namens Schleiminger, nahm ebenfalls das Wort und betonte, daß nur durch gemeinsames Vorgehen der Arbeiter und Zwischenmeister gegen das Großkapital etwas erzielt werden könne. Ebenso erklärte Zwischenmeister Joseph sich mit den Ausführungen des Referenten Krienke einverstanden.

In einer einstimmig angenommenen Resolution verurteilte die Versammlung das Verhalten der Unternehmer, nahm aber auch Stellung gegen das Verhalten derjenigen Kollegen, die durch ihre Nachlässigkeit ein gut Teil dazu beitragen, den Arbeitgebern das die Arbeiterschaft schädigende Vorgehen zu ermöglichen. Die Versammelten erklären sich mit dem Vorgehen der Vertreter einverstanden und geloben, mehr noch als bisher, dahin zu wirken, dem geschlossenen Arbeitgebertum eine geschlossene Macht der Arbeitnehmer gegenüber zu stellen.

Aus dem Fleischergewerbe. Die Firma Georg Ott, Fleischzentrale, Wichertstr. 1, hat den Tarifvertrag der Fleischerorganisation anerkannt.

Die Fleischereien Poschmann, Kolonieſtr. 7, Lötsch, Ecke Reichenberger und Forster Straße, Sperlich, Brunnenstr. 76, und Wirth, Matternstr. 6, sind wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages gesperrt. Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Ein neuer Kartellvertrag.

Der Holzarbeiterverband hat, wie zuvor schon mit dem Fabrikarbeiterverband, jetzt auch mit dem Transportarbeiterverband einen Kartellvertrag abgeschlossen, der den Zweck haben soll, das gegenseitige Organisationsgebiet abzugrenzen und die so wenig angenehmen „Grenzstreitigkeiten“ zu beseitigen. Das Zuständigkeitsgebiet beider Organisationen ist durch nachfolgende Vereinbarungen festgelegt:

Zum Zuständigkeitsgebiet des Transportarbeiterverbandes gehören diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Holzindustrie, die beim Transport und bei den unmittelbaren Vorbereitungen zu dem Transport von Rohholz von und zu den Lagerplätzen und von Industrieprodukten zu deren Abnehmern beschäftigt sind. Ferner die ausschließlich im Holzhandel beschäftigten Arbeiter, einschließlich der Platzarbeiter, desgleichen die in den Fabrikationsbetrieben dauernd im Lagerraum und als Packer beschäftigten Arbeiter, mit Ausnahme der Kistenmacher und solcher Arbeiter, die in ihrer Eigenschaft als Holzarbeiter (Tischler usw.) beim Packen beschäftigt sind und deshalb zum Holzarbeiterverband gehören.

Zum Zuständigkeitsgebiet des Holzarbeiterverbandes gehören alle in der Holzbearbeitung, einschließlich der Sägereien und Hobelwerke, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Soweit es sich um Holzlager und Handelsgeschäfte handelt, die mit Fabrikationsbetrieben, Sägereien usw. verbunden sind, gehören die Platzarbeiter, die regelmäßig, wenn auch jeweils nur auf kürzere Zeit, auch zur Hilfeleistung an den Maschinen herangezogen werden, gleichfalls zum Holzarbeiterverband. Ferner alle Platzarbeiter auf solchen Holzlagerplätzen, die zu Möbelfabriken oder anderen Holzwarenfabriken gehören und dem eigenen Bedarf derselben dienen, desgleichen diejenigen Arbeiter, die mit dem Transport des Holzes an die Maschinen oder von den Maschinen zurück beschäftigt sind, alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben der Holzindustrie, sowie auch die Holzarbeiter aller Art, die in Handelsgeschäften in ihrem Berufe tätig sind. Als zur Holzindustrie gehörig zählen auch diejenigen Betriebe, die statt Holz andere Rohstoffe (Gummi, Horn, Bein usw.) verarbeiten, deren Arbeiter und Arbeiterinnen aber in Ansehung ihres Berufes als Drechsler, Bürstenmacher usw. gleichfalls dem Holzarbeiterverband zugehören.

Den vertraglichen Bestimmungen entsprechend soll der Austausch der Mitglieder, die nach diesen Abmachungen zum andern Verband überzutreten haben, sofort erfolgen. Als Schlichtungsinstanz für etwa aus dem Kartellvertrage entstehende Differenzen sind die beiderseitigen Zentralvorstände vorgesehen.

Abwehrkampf der Schneider. Die Großstückarbeiter bei der Firma Rosenblatt in Gotha befinden sich in einem Abwehrkampfe wegen Lohnreduzierungen. Mehrmals hat die Firma bereits Lohnkürzungen vorgenommen. Jetzt haben 24 Schneider die Kündigung eingereicht. Gelingt es in der achttägigen Kündigungsfrist nicht, eine Einigung zu erzielen, so werden die Schneider und mit ihnen auch die vierzig übrigen im Betriebe tätigen Personen die Arbeit einstellen. Die Firma beschäftigt außerdem eine große Anzahl von Heimarbeitern; sie läßt auch viele Arbeiten auswärts (u. a. auch in Stettin) anfertigen. Da sie durch Inserate in auswärtigen Blättern schon Schneider sucht, so sei vor Zuzug besonders gewarnt.

Ablösung der Christen durch die Gelben.

Am 31. Januar fanden in sieben Sprengeln des Ruhrgebiets Knappschaftswahlen statt, die durch Aufteilung zu großer Sprengel nötig geworden waren. Im christlichen Gewerkverein herrschte schon Jubel. Am Wahltag soll Zahltag sein, so schrieben sie in ihren Flugblättern. Doch es kam anders als sie meinten. Von den sieben Sprengeln holte der Verband vier, die Christlichen zwei und die gelben Werkvereinler einen. Die abgegebene Stimmenzahl verteilte sich folgendermaßen: Verband 1060, Christl. Gewerkverein 474, Polnische Berufsvereinigung 161, Gelbe 413. In einigen Sprengeln gingen die Christlichen mit den Gelben zusammen, in einem Sprengel Christliche und Polnische Berufsvereinigung. — An der Stimmenzahl ist ersichtlich, daß die Gelben die Stellung der Christlichen nach und nach einnehmen.

Die angekündigte Aussperrung in der Schuhindustrie zu Speyer scheint größeren Umfang anzunehmen. Die Firma B. Roos hatte

---

Kleines Feuilleton.

In der Schmiede Vulkans. Hermann Oncken, der Geschichtsforscher, dessen Buch über Lassalle auch von sozialdemokratischer Seite als ernsthafte Arbeit behandelt wurde, geht im neuesten Hefte der Preußischen Jahrbücher in einem umfangreichen Aufsatze auf den Briefwechsel zwischen Karl Marx und Friedrich Engels ein, den der Dietzsche Verlag im letzten Herbst herausgebracht hat. Den Eindruck, den die vier Jahrzehnte schriftlichen Verkehrs der beiden Kampfarbeiter auf ihn gemacht haben, gibt er in diesen Sätzen:

„Unübersehbar, von verwirrender Buntheit und nur in letzter Synthese einheitlich, ist der stoffliche Inhalt dieses Briefwechsels. Menschliches, Allzumenschliches und trotzdem zwei Lebensläufe, die ganz in der Arbeit an den allgemeinsten Strebungen der Menschheit aufgehen; von den intimsten Kreisen des Hauses wird man unaufhörlich in den weitest gespannten Rahmen der Weltpolitik und Weltwirtschaft versetzt, Klatsch und Zank des Tages wechseln mit den Tiefen philosophischer Spekulation und ökonomischer Einsicht. Diplomatie und Krieg aller Völker, die Interna der englischen Politik, in einer gewissen Entfernung der leidenschaftlich verfolgte Gang unserer deutschen Entwickelung in den Jahrzehnten der Einigung; Parteibildung und Spaltung in unaufhörlichen Kämpfen, von den vormärzlichen Ansätzen kommunistischer Gruppenbildung bis zur Begründung der Internationale im Jahre 1864, Presse, Broschüren, Resolutionen, Blaubücher und parlamentarische Reports, ein Kleinkampf von aufreibender Kleinlichkeit, aber immer über alle Völker, von Rußland bis nach Amerika sich spannend: was zieht nicht an Menschen, an Namen und Namenlosen hier vorüber. Den Hintergrund aber bildet die unabsehbare geistige Arbeit von Marx; Adam Smith und Ricardo, Carey und Proudhon, Lassalle und Dühring lösen sich ab; die ganze Werkstatt, aus der „das Kapital“ entstanden ist, öffnet sich vor uns; aber weit über Nationalökonomie im weitesten Sinne dehnt sich die Aufnahmefähigkeit dieses Mannes. Engels hat von dem ersten Besuch, zu dem er Marx in das Britische Museum führte, einmal einem Freunde erzählt: „Er stopfte sich voll mit der Leidenschaft einer unersättlichen Schlange.“ Jetzt sehen wir die Riesenschlange an jener unvergleichlichen wissenschaftlichen Arbeitsstätte jahrzehntelang in Tätigkeit, und wenn Marx einmal über einige Wochen ernster Erkrankung schreibt: „in dieser Zeit, wo ich ganz arbeitsunfähig, gelesen: Carpenters Physiology, Lord ditto, Kölliker, Gewebelehre, Spurzheim, Anatomie des Hirns und Nervensystems, Schwann und Schleiden über die Zellenschmiere“, so mag man danach den geistigen Umsatz in normalen Zeiten ermessen. Gewiß überwiegt auch hier der Eindruck der Massenhaftigkeit und manchmal Wahllosigkeit, die Grenzen zwischen Dilettantismus und Wissenschaftlichkeit fließen bei beiden Männern ineinander, aber am letzten Ende scheint doch alles wieder einer neuen Weltanschauung zu dienen und sich einzuordnen. Und das bleibt das letzte: wie wir auch immer von dem Boden unseres Staates und unserer Gesellschaft, den jene bekämpften und wir behaupten, über diese Menschen, ihre Ideen, ihr Tun und Lassen urteilen, wir können uns nicht dagegen verschließen, daß viel von ihrem individuellen Wähnen und Trachten zu einer fortlebenden Wirklichkeit geworden ist. Wir stehen in der Schmiede Vulkans, wild und ungeordnet türmt sich das Werkzeug übereinander, Dampf und Rauch und Schmutz verwirrt das Auge, ein ohrenbetäubender Lärm erschallt, die Funken stieben vom Amboß, aber eine kunstreiche, eine Leben und Tod bringende Waffe wird geschmiedet. Es ist eine Werkstatt historischer Dinge.“

Oncken bekennt, daß Karl Marx und Friedrich Engels in die Reihe der wahrhaften Lebensgemeinschaften unseres Volkes gehören, diese zwei, die als Individualitäten weit genug von einander entfernt und doch zu untrennbarer Einheit verschmolzen seien, für sich, für ihre Arbeit und für die Nachwelt. Er wendet sich gegen die, die den Gründern der Internationale „nicht ohne weiteres die Ehre einer Doppelherme im Tempel nationaler Größe“ bewilligen möchten. Gewiß sei eine Verständigung darüber erschwert, aber schon um ihrer weltgeschichtlichen Nachwirkung willen müsse man immer wieder fragen, was diese Männer der Nation bedeuten.

Theater.

Kammerspiele: „Der Snob“, Komödie von Karl Sternheim. Die Erwartungen, die Sternheims Erstling „Die Hose“ in den Kammerspielen vor mehreren Jahren weckte, sind leider bisher nicht erfüllt. An die Stelle des lustigen, aus dem Vollen schöpfenden Uebermutes der dort das schlagend lebenswahre Konterfei des in Behagen eingesponnenen, unerschütterlich siegessicheren Philisters Theobald Maske zeichnete, trat in dem „Bürger Schippel“ eine verstimmende Gezwungenheit. Der Snobismus, die Sucht, sich in „höhere“ Kreise einzudrängen und deren Narreteien nachäffend noch zu übertrumpfen — ein Hang, der seine üppigsten Blüten in gewissen bürgerlichen Schichten (der Reserveleutnant) treibt, wird dort verulkt an dem Beispiel eines armen Schluckers, den seine Zugehörigkeit zu einem bürgerlichen Gesangskränzchen den Hochmutsdünkel in den Kopf gesetzt hat. Das Streberchen, für den Ehrenkodex höheren Menschentums begeistert, bringt es bis zum Duell. Mit den zerlumpten Kleidern legt es zugleich die proletarische Gesinnung und seine ehemals revolutionäre Pose ab. Das neue Stück „Der Snob“, das eine Spielart bourgeoisen Snobtums in satirischer Beleuchtung vorführen will, hält sich von den phantastischen Sprüngen des „Bürger Schippel“ fern, aber der Mangel an Erfindungs- und Gestaltungskraft tritt nur noch greifbarer hervor. Etwas wie eine Handlung existiert kaum, die Personen (den hier als alter Herr wieder erscheinenden Theobald Maske ausgenommen) entbehren wie der Dialog jedweder individuellen Prägung. Auch der Snob, ein Sprößling Maskes, erscheint als blasses Gedankenpräparat. Sein Verhältnis zu der abenteuernden reichen Dame, die dem hungernden Studenten mit ihrem Geld die Bahn zu dem Erfolg geebnet hat und die dann von ihm schnöde abgelehnt wird, die Qualitäten, denen er sein Avancement zum Goldbergwerksdirektor und Multimillionär verdankt, die Beziehungen zu der Komteß, die er, um sein Lebenswerk zu krönen, als Gattin heimführt: alles bleibt gestaltlos unbestimmt. Ganz unverständlich ist auch, wie dieser von blaublütigen Strebungen beseelte Herr, der die kompromittierlich kleinbürgerlichen Eltern gegen das Versprechen einer Rente ins Ausland abschob, plötzlich auf den Gedanken verfällt, mit ihnen vor der gräflichen Familie Staat zu machen. Im Brautgemach schwärmt er der Komteß vor, was seine Mutter für eine auserlesene noble Natur gewesen sei; er dichtet die Maskesche Familiengeschichte von der verlorenen Hose in diesem Sinne um und lügt, einmal in Zug gekommen, weiter: er, Christian Maske, sei die Frucht eines galanten Abenteuers, das die Mama mit einem richtigen Pariser Aristokraten hatte. Die Komteß ist entzückt. So erst kann sie ihn aus ganzem Herzen hochschätzen.

Ein Teil des Publikums protestierte gegen den auch diesmal nicht ausbleibenden Applaus mit Zischen. Bassermann als Snob, Winterstein als Graf, Leopoldine Konstantin als Komtesse, gewannen ihren mageren Rollen ab, was Schauspielkunst vermochte. Wundervoll drollig war Viktor Arnold in der reichlicher bedachten Figur des alten Maske. dt.

Münchener Theater. Max Dreyer, einst eine Hoffnung der jungdeutschen Gegenstandsdichtung, ist heute auf dem Standpunkt eines gesinnungstüchtigen Gelegenheitsdramatikers angelangt. Wie sein Schauspiel: Der grünende Zweig bewies, das nicht ohne lauten Beifall im Münchener Schauspielhaus seine Uraufführung erlebte. Dreyer hat die Konjunktur der Fälle Jatho und Traub auszunützen versucht und ihr Abbild, weil er nun einmal aus seiner Waterkant-Atmosphäre nicht heraus kann, wieder in mecklenburgisches Milieu verpflanzt. Ein Domänenrat pud aus der Art geschlagener Kirchenpatron, dazu ein Leutnant gar, protegieren einen jungen scharfen Hitzkopf mit Bäffchen, der im staatskirchenfeindlichen Fahrwasser Traub-Jatho plätschert. Der Hüter der Orthodoxie, ein Superintendent, wird natürlich in kohlrabenschwarzen Farben gemalt und alles Licht fällt auf den jungliberalen Kanzelredner und seine Stützen. Wozu hätte Dreyer auch von dem tüchtigen Volksbildner Lehrer Otto Ernst Schmidt aus Altona die Schwarzweißtechnik gelernt! Zwischen Gesinnung, Milieu, dürre Dialogscherze hat Dreyer noch einige kinodramatische Einfälle gestreut: eine Leichenrede im schwarzverhüllten Saale zwischen brennenden Kerzen wird durch einen Damen-Skandal schnöde gestört. Schaffenskraft und Temperament haben bei Max Dreyer leider sehr nachgelassen. m.

bereits 170 Arbeitern gekündigt; am Sonnabend haben nochmals 60 Arbeiter ihre Kündigung erhalten, so daß jetzt schon 230 Arbeiter bei der Aussperrung in Betracht kommen. — Zuzug ist streng fernzuhalten.

Drei umfangreiche Tarifverträge in der Gärtnerei laufen im Frühjahr ab. Hauptträger derselben ist der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein. Am 15. März erlischt der 1910 abgeschlossene Vertrag für die Hamburger Landschaftsgärtnerei, am 20. März der 1911 abgeschlossene Vertrag für die Düsseldorfer Landschafts- und Handelsgärtnerei und am 15. März der 1911 abgeschlossene Vertrag für die Münchener Landschaftsgärtnerei. Diese drei Verträge regeln die Arbeitsverhältnisse von rund 800 Personen. — Der jetzige Tariflohn für Vollarbeiter beträgt in Hamburg 58 Pf. für die Stunde, in Düsseldorf 50 Pf., in München 54 Pf.

Ausland.

Ueber die Verhandlungen zur Beilegung des Buchdruckerstreiks in Oesterreich

wird offiziös berichtet:

Bekanntlich haben am 28. Januar Verhandlungen zum Zwecke der Beilegung des Tarifstreites im Buchdruckergewerbe begonnen. Bei diesen Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Sektionschefs Dr. Mataja und in Anwesenheit des Ministerialrates v. Gasteiger, Hofrates Würth und Ministerialsekretärs Dr. Lederer stattfanden, intervenierten als sachverständige Berater die nachstehenden Funktionäre des Deutschen Tarifamtes: Geheimer Kommerzienrat Bürgenstein, Präsident dieses Tarifamtes, Prinzipalsvorsitzender Franke, Gehilfenvorsitzender Giesecke, Geschäftsführer Schliebs, Prinzipalsbeisitzer Haberland und Gehilfenbeisitzer Döblin.

Diese Vergleichsverhandlungen sind am Sonnabend in später Abendstunde zu einem glücklichen Ende geführt worden, indem in den Hauptfragen zwischen den Parteien eine Einigung, und zwar mit Stimmeneinhelligkeit, erzielt wurde. Zum Gelingen der Verständigung trug wesentlich die Vermittelungstätigkeit bei, welche die Vertreter des Deutschen Tarifamtes entfaltet haben. Ueber eine Reihe von Nebenfragen werden im Laufe dieser Woche weitere Verhandlungen vor der großen österreichischen Tarifkommission stattfinden; etwa hierbei auftretende Schwierigkeiten sind aber im vorhinein dadurch beseitigt, daß eventuelle Fragen, über welche die Parteien sich nicht einigen sollten, durch einen Schiedsspruch des Sektionschefs Mataja, dem sich auch hierfür Vertreter des Deutschen Tarifamtes zur Verfügung gestellt haben, geschlichtet werden sollen. Es wird angenommen, daß diese Verhandlungen so zeitgerecht beendet werden, daß in der kommenden Woche mit der Wiederaufnahme der Arbeit in den einzelnen Druckereien gerechnet werden kann.

*

Für Steiermark war übrigens die Bewegung schon vorher entschieden.

Auch für die Hilfsarbeiter wurde dort ein Vertrag abgeschlossen, der ihnen brachte: Erhöhung der Mindestlöhne um zwei bis vier Kronen für Männer, eine bis zwei Kronen für die Frauen und allgemeine Lohnzulage um zwei Kronen für die Männer und eine Krone für die Frauen.

Aus der Partei.

Eine hessische Gemeindevertreterkonferenz.

Eine aus allen hessischen Wahlkreisen sehr gut besuchte sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz für Hessen tagte am letzten Sonntag in Offenbach.

An Hand des hessischen Kommunalprogramms referierte Genosse Busold-Friedberg über die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Zur Frage der Errichtung einer elektrischen Ueberlandzentrale sprach Genosse Eißnert-Offenbach. Diese Frage ist für Hessen besonders durch das Bestreben großer Elektrizitätswerke, durch Abschließung von Verträgen mit den Gemeinden sich Monopole zu verschaffen, brennend geworden. Ferner konnte hier die Erfahrung gemacht werden, daß die oberen Verwaltungsbehörden, als Aufsichtsinstanz der Gemeinden, nicht immer in wünschenswerter Weise die Allgemeininteressen gegenüber den privatkapitalistischen Gesellschaften wahrnehmen. Um die Regierungsbehörden an ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber zu erinnern, sahen sich die hessischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten veranlaßt, im Landtage diese Tatsache zur Sprache zu bringen.

Das hessische Gemeindesteuergesetz, das nach zehnjährigem Bemühen im Jahre 1911 reformiert worden ist, hat bei seiner Anwendung große Unzufriedenheit hervorgerufen, so daß alle Parteien schon jetzt die Absicht hegen, im künftigen Landtag dagegen Stellung zu nehmen, um die größten Mängel zu beseitigen. Genosse Ulrich hob in seinem Referat diese drastisch hervor. Auf der Konferenz waren insgesamt 260 Vertreter anwesend.

Humor und Satire.

Ein modernes Hotel für Liebende. Von einem „diskreten Hotel", das im Zentrum von Paris eröffnet worden sein soll, erzählt der Satiriker Clément Vautel im „Matin". An der Tür des Hotels befindet sich eine Marmortafel mit der Inschrift: „Hotel für Liebende. Moderne Behaglichkeit. Warmes Wasser, Revolver, Vitriol in allen Zimmern. Direkte Verbindung mit dem Leichenschauhause. Besondere Telephonverbindung mit dem berühmten Verteidiger Henry-Robert. Mäßige Preise."

Diese Hotelgründung, schreibt Vautel, entspricht einem längst gefühlten Bedürfnis. Und man kann mit Sicherheit annehmen, daß das Hotel für Liebende sehr besucht sein wird. . . . Nun sollte aber auch die Justiz die Mörder aus Liebe etwas besser behandeln als bisher. Es ist, unter uns gesagt, töricht, jede solcher Mordtaten separat abzuurteilen. Geschworne, Richter, Gerichtsdiener und auch die Angeklagten verlieren dabei viel kostbare Zeit. Die Prozesse, die für die Steuerzahler recht kostspielig sind, bleiben sich ja doch immer gleich und enden immer mit der Freisprechung. Weshalb soll man also die Angeklagten nicht „en bloc" freisprechen? Alle drei Monate müßten ein paar hundert Herren und Damen, die wegen eines Verbrechens aus Leidenschaft unter Anklage stehen und gern so rasch wie möglich eine neue Liebe anknüpfen möchten, in einem Schub vor den Geschworenen erscheinen. Es würde dann zugehen wie einst vor dem Revolutionstribunal, mit dem Unterschiede nur, daß die Angeklagten nicht zum Tode verurteilt, sondern glänzend freigesprochen würden. Das Hotel für Liebende bietet modernen Liebespaaren alle Bequemlichkeiten, die man braucht, um sich gegenseitig diskret aus der Welt zu schaffen. Sache des Justizpalastes ist es, mit diesem Hotel sozusagen Hand in Hand zu gehen . . .

Notizen.

— Theaterchronik. Im Lessing-Theater soll im Anfang der nächsten Spielzeit Ibsens Schauspiel „Kaiser und Galiläer" aufgeführt werden. — Henri Nathaniens Schauspiel „Hinter Mauern" ist vom Komödienhause in das Repertoire des Theaters in der Königgräger Straße übergegangen. Die erste Vorstellung findet am kommenden Montag statt.

— Ernst Abbes Witwe, die in gleicher Weise wie ihr Gatte zugunsten der gemeinnützigen Zeiß-Stiftung auf Millionen verzichtete, ist in Jena gestorben.

— Ein vorsintflutliches Ereignis ohne Bedeutung hat Maeterlinck das päpstliche Verbot seiner Werke genannt. Spöttisch sagt er, es sei eine ausgezeichnete Neuigkeit, über die der Verleger entzückt sein werde.

— Der größte Hummer. Nach dem Bulletin der Zoologischen Gesellschaft in New York besitzt das dortige Aquarium den größten Hummer, von dem je berichtet worden sein soll. Das Tier mißt 95 Zentimeter in der Länge und hat ein Gewicht von 21 Pfund.

Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

Am Sonntag hat im Volkshaus in **Zürich** der Parteitag der Sozialdemokratie des Kantons Zürich bei starker Beteiligung von ca. 200 Delegierten und zahlreichen Gästen stattgefunden. An das Referat des Genossen Dr. **Studer** über die Taktikbeschlüsse des schweizerischen sozialdemokratischen Parteitages in Aau schloß Genosse **Lang** eine Rede, in der er sich mit dem von den Gegnern behaupteten angeblichen Rückgang der Sozialdemokratie beschäftigte. Er bestritt die Richtigkeit der Behauptung und führte dann weiter aus, daß es ein Unglück für die menschliche Kultur wäre, wenn die Sozialdemokratie als die Befreierin der großen Mehrheit der Menschheit aus Not und Unterdrückung wirklich zurückgehen werde.

Genosse **Pflüger** orientierte über den Stand der Arbeitslosenversicherung, insbesondere über die bezügliche Vorlage der Stadt Zürich und betonte die Notwendigkeit des gesetzgeberischen Eingreifens von Kantonen und Bund und zwar im Sinne der Einführung des gemischten Systems der freiwilligen öffentlichen Versicherung und der Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung.

Ueber die Ende April stattfindenden Kantons- und Regierungsratswahlen referierte Genosse **Manz**. Beschlossen wurde, unseren bisherigen Vertreter in der Regierung, den Genossen Ernst, wiederum als Kandidaten aufzustellen. Die Parteileitung erhielt die Ermächtigung, je nach der Gestaltung der Wahlsituation einen zweiten sozialdemokratischen Kandidaten aufzustellen. Bei den Kantonratswahlen sollen unsere Genossen in allen Wahlkreisen selbständig vorgehen.

Einstimmig wurde der Antrag der Parteileitung auf Herausgabe der Geschichte der Arbeiterbewegung des Kantons Zürich angenommen.

Das Wachstum der Arbeiterpresse in Rußland.

Die wichtigste Errungenschaft, die die Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahren in Rußland zu verzeichnen hat, ist, daß die Arbeiterpresse sich eine starke Position geschaffen hat. Trotz unsäglicher Schwierigkeiten, wie sie in einem solchen Maße selbst unter dem Sozialistengesetze in Deutschland nicht zu überwinden waren, haben die russischen Arbeiterblätter festen Fuß gefaßt und sind zu der wichtigsten Waffe der vorwärtsschreitenden proletarischen Klassenbewegung in den vielsprachigen Gebieten Rußlands geworden. Die Mittel zur Herausgabe dieser täglich oder wöchentlich erscheinenden Blätter wurden von den Arbeitern selber gesammelt, die auch das Gros der Mitarbeiter dieser im wahren Sinne des Wortes proletarischen Organe bilden. Das Wachstum und der steigende Einfluß dieser Presse lassen sich deutlich an der starken Steigerung der gegen die Arbeiterblätter angewandten Repressalien ermessen. Während im Jahre 1912 „nur" 97 Konfiskationen und 87 Monate Gefängnis über die Arbeiterpresse verhängt wurden, stieg die Zahl dieser behördlichen Verfolgungen im Jahre 1913 um das Vielfache. So wurden über die Blätter menschewistischer Richtung in Petersburg bei 288 Nummern 77 Konfiskationen und 30 Strafen mit einer Gesamtsumme von 19 500 Rubel verhängt. Die Verbüßung dieser Geldstrafen ergab 117 Monate oder 9 Jahre 9 Monate Gefängnis für die Redakteure. Zu gleicher Zeit wurden gegen die Blätter bolschewistischer Richtung in Petersburg bei 286 Nummern 91 Konfiskationen und 29 Strafen in Höhe von 14 500 Rubel oder 87 Monate Arrest ausgesprochen. Außer diesen Strafen wurden gegen die Redakteure zahlreiche Anklagen erhoben, die zu verschiedenen längeren Gefängnisstrafen auf Gerichtsbeschluß führten. Indessen vermochten alle diese Verfolgungen nicht, den beiden Petersburger Arbeiterblättern das Lebenslicht auszulöschen. Wurde ein Blatt durch die Behörden inhibiert, so erschien gleich darauf ein neues, das den Kampf seines Vorgängers mit ungeschwächter Kraft weiterführte. Zurzeit erscheinen als Organ der menschewistischen Richtung die „Neue Arbeiterzeitung" und als Organ der bolschewistischen Richtung die „Proletrskaja Prwada". — Außer diesen Organen der beiden grundlegenden Richtungen der russischen Sozialdemokratie erscheinen noch folgende, meist wöchentlich oder einige Male in der Woche herausgegebenen Arbeiterblätter: Das Organ der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter „Zeit" (in Petersburg), das Organ der lettischen sozialdemokratischen Arbeiter „Dsihwes Bals" (in Riga), das Organ der estnischen sozialdemokratischen Arbeiter „Nachwalechet" (in Narva), das Organ der Grusischen Sozialdemokraten „Merzchali" (im Kaukasus), die polnische Wochenschrift „Kuznia" (in Wilna), die polnische Zeitung „Nowi Glos" (in Warschau). Außer den genannten Blättern erscheinen als theoretische Organe der beiden sozialdemokratischen Richtungen die Monatsschriften „Nascha Sarja" und „Proswetschtschenije" in Petersburg. Die Bestrebungen der Arbeiter im Anschluß an die Einführung der Krankenkassen finden ihren Ausdruck in den Petersburger Organen: „Versicherung der Arbeiter" und „Fragen der Versicherung" und der in Warschau in polnischer Sprache erscheinenden „Stimme des Bevollmächtigten". Außer den genannten Organen erscheinen in Petersburg die Fachblätter der Metallarbeiter, der Buchdrucker, der Handlungsgehilfen, der Gold- und Silberarbeiter, der Bureauangestellten, der Bäcker und der Schneider.

Mit der Gründung eines Parteiblattes in Aachen beschäftigte sich eine Kreiskonferenz in Aachen. Es ist die Gründung einer Gesellschaft mit Geschäftsanteilen von je 500 M. vorgesehen. Alle Redner sprachen sich für den sofortigen Beginn der Durchführung des Planes aus.

Soziales.

Die höchsten Ortslöhne und die für Groß-Berlin.

Eine Zusammenstellung der neu festgesetzten Ortslöhne gaben wir in der Nummer des „Vorwärts" vom 30. Januar. Darin sind diejenigen Gebietsteile aufgeführt, in denen der Ortslohn unter eine ziemlich tief gezogene Linie noch hinabgeht. Es dürfte aber auch interessieren, die Bezirke zu wissen, in denen die höchsten Ortslöhne festgesetzt worden sind. Dann erkennt man, wie weit die Festsetzungen auseinandergehen.

Alle Festländer werden einen gewissen Neid verspüren, wenn sie vernehmen, daß die **Helgoländer** mit einem Ortslohn in Höhe von 5 M. für Männer weitaus an der Spitze stehen. Die Preise für die Lebenshaltung sind aber dort besonders hohe. Im Oberversicherungsamt Frankfurt a. O. liegt der Ort mit dem niedrigsten Lohn für erwachsene Männer; es ist **Königsberg** (Neumark); der Ortslohn beträgt hier nur **1,50 M.** 1,80 M. bis 2 M. als Ortslöhne für Männer haben in den örtlichen Bezirken eine ganze Reihe von Orten. Den zweiten Platz mit den höchsten Männerlöhnen nimmt die Gemeinde **Wilhelmsburg** (Lüneburg) ein, er beträgt hier 4,50 M.; dann kommt Bayerns Hauptstadt, **München**, mit 4,80 M.; dieser schließt sich der Stadtkreis **Geestemünde** (Stade) an, wo der Ortslohn 4,20 M. beträgt. Dann folgt eine Anzahl Bezirke, in denen 4 M. Ortslohn festgesetzt sind. Das sind vorwiegend großstädtische Bezirke, darunter auch **Berlin** und eine Reihe von Vororten.

Mit den Ortslöhnen für erwachsene, über 21 Jahre alte **Frauen** ragt kein Gebietsteil so weit aus dem Rahmen heraus, wie Helgoland bei den Männerlöhnen. Zwar hat die Insel auch den höchsten Satz, der überhaupt festgesetzt worden ist, nämlich 3 M., aber derselbe Lohn hat auch noch in anderen Bezirken Geltung. Es sind das: **Lehe** (Stade), **Buer** (Münster), **Pirmasens**, **Pforzheim**, **Metz** und **Berlin** mit einer Reihe Vororte. Den Rekord mit dem **niedrigsten** Lohn für **Arbeiterinnen** hat nicht Königsberg (Neumark) aufgestellt. Den niedrigsten Satz (90 Pf.) verzeichnet die **Stadt Sprottau**, dann folgt die Stadt Rothenburg mit einem Teil des Kreises, wo der Ortslohn 96 Pf. beträgt. Diesen beiden Bezirken im Gebiete des Oberversicherungsamts Liegnitz folgen Königsberg (Neumark) und die Gemeinden des Kreises Angerburg (Gumbinnen) mit einem Ortslohn in Höhe von 1 M.

Ueber die

Ortslöhne in Groß-Berlin

unterrichtet die folgende Zusammenstellung: Es beträgt der Ortslohn für über 21 Jahre alte Männer 4 M., für über 21 Jahre alte Arbeiterinnen 3 M., für männliche Arbeiter von 16 bis 21 Jahren ebenfalls 3 M., für die gleichaltrigen Arbeiterinnen 2,40 M., für die jüngeren männlichen Arbeiter 1,80 M. und die jüngeren weiblichen Arbeiterinnen 1,40 M.: in **Berlin**, **Charlottenburg** und **Wilmersdorf**.

In **Köpenick** beträgt der höchste Ortslohn für Arbeiter 3,50 M., für Arbeiterinnen 2,40 M., für die 2. Gruppe Männer 2,50 M., Arbeiterinnen 1,80 M. und für die 3. Gruppe männl. 1,50 M., weibl. 1,20 M.

Lichtenberg hat in derselben Reihenfolge folgende Löhne festgesetzt: Arbeiter 3,60 M., Arbeiterinnen 2,50 M., Arbeiter 2,50 M., Arbeiterinnen 2 M., männl. Jugendliche 1,80 M., weibl. 1,40 M.

Für **Neukölln** gelten diese Sätze: Arbeiter 4 Mk., 3 M. und 1,80 M., Arbeiterinnen 2,60 M., 2,20 M. und 1,40 M.

Für Arbeiter 3,50 M., 2,75 M. und 1,50 M., sowie für männl. Kinder 75 Pf., für weibl. Arbeiterinnen 2,50 M., 2 M., 1,25 M. und 75 Pf. haben festgesetzt: **Bernau, Oranienburg, Altlandsberg, Liebenwalde, Stralau, Reinickendorf, Hohenschönhausen, Friedrichsfelde, Biesdorf, Dahlwitz, Köpenick-Forst, Friedrichshagen, Erkner, Herzfelde, Rüdersdorf, Altlandsberg (Amt), Blumberg, Niederschönhausen, Buchholz, Wittenau, Tegel, Oberschöneweide und Heinersdorf.** Im **übrigen Teil des Kreises Niederbarnim**, mit Ausnahme von Pankow und Weißensee, betragen die Ortslöhne für Arbeiter: 2,75 M., 2 M., 1,25 M. und 75 Pf., für Arbeiterinnen: 2 M., 1,50 Mark, 1 M. und 75 Pf. Außer diesen Teilen von Niederbarnim sind für Kinder keine besonderen Löhne festgesetzt worden.

Pankow hat folgende Ortslöhne: Arbeiter 4 M., 3 M., 1,80 M.; Arbeiterinnen 2,75 M., 2 M. und 1,25 M. In **Weißensee** betragen die Löhne für Arbeiter 4 M., 3 M. und 1,50 M.; für Arbeiterinnen 3 M., 2,40 M. und 1,25 M.

Für **Schöneberg** gelten folgende Sätze: Arbeiter 4 M., 3 M. und 1,80 M., Arbeiterinnen 3 M., 2,40 M. und 1,40 M. Die gleichen Ortslöhne sind festgesetzt für **Steglitz** mit der Ausnahme, daß der niedrigste Lohn für Arbeiterinnen 1,20 M. beträgt.

Die Ortslöhne für **Spandau betragen:** Arbeiter 3,60 M., 3 M., 1,80 M.; für Arbeiterinnen 2,20 M., 1,80 M. und 1,40 M.

Im **Kreise Teltow** betragen die Ortslöhne für **Adlershof, Britz, Dahlem, Friedenau, Grünau, Grunewald, Johannisthal, Lankwitz, Lichterfelde, Mariendorf, Nikolassee, Niederschöneweide, Ruhleben, Schmargendorf, Tempelhof, Treptow** und **Zehlendorf:** für Arbeiter 4 M., 3 M. und 1,80 M.; für Arbeiterinnen 2,50 M., 2,30 M. und 1,30 M. In **Mittenwalde, Teltow, Teupitz, Trebbin, Zossen, Altglienicke, Babelsberg, Bohnsdorf, Buckow, Düppel, Eichwalde, Großbeeren, Grünau-Dahmer Forst, Hoherlehme, Kleinglienicke, Kleinmachnow, Königswusterhausen, Lichtenrade, Marienfelde, Miersdorf, Nowawes, Osdorf, Rudorf, Schmöckwitz, Stahnsdorf, Wannsee** und **Zeuthen** sind festgesetzt: für Arbeiter 3 M., 2,50 M. und 1,50 Mark; für Arbeiterinnen 2 M., 1,50 M. und 1,20 M.

In den noch nicht namentlich aufgeführten Teilen des **Kreises Teltow** gelten folgende Ortslöhne: Arbeiter 2,75 M., 2,25 M. und 1,25 M.; Arbeiterinnen 1,80 M., 1,30 M. und 1 M.

Wie sich zeigt, sind in unmittelbar zusammenhängenden Gebieten die Löhne sehr verschieden festgesetzt und dabei ergeben sich außerdem noch große Unterschiede für die verschiedenen Altersgruppen und Geschlechter.

Abfindung der kassentreuen Aerzte.

Als die Krankenkassen im vorigen Jahre mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen hatten, daß eine Verständigung über die Honorierung der Aerzte an den übertriebenen Forderungen der Aerzteorganisationen scheitern und die Kassen deshalb vom 1. Januar ab keine Aerzte zur Verfügung haben würden, da zogen die Krankenkassen in verschiedenen Städten Aerzte von auswärts heran und schlossen mit ihnen Verträge ab, um den Kassenmitgliedern für jeden Fall ärztliche Hilfe zu sichern. Bekanntlich kam aber auf Betreiben des Reichsamts des Innern an den letzten Tagen des vergangenen Jahres eine Vereinbarung zwischen den Aerzteorganisationen und den Krankenkassenvereinigungen zustande, welche den Frieden sicherte. Unter den Einigungsbedingungen befindet sich eine Bestimmung, wonach die Verträge mit den während des Streites herangezogenen Aerzten gegen entsprechende Abfindung gelöst werden sollen. Die Verbände der Krankenkassen, deren Vertreter an den Einigungsverhandlungen mitgewirkt hatten, sollen — so heißt es in den Einigungsbedingungen — ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Kassen die Aerztehonorare um 5 Pf. pro Mitglied und Jahr erhöhen, damit der Leipziger Aerzteverband die Kosten der Abfindung der betreffenden Aerzte aus diesem Zuschlage decken kann.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich am Montag eine von der **Zentralkommission der Krankenkassen Berlins** einberufene Versammlung der Kassenvorstände, in der 43 Kassen vertreten waren. Wie der Vorsitzende **Simanowski** mitteilte, hat das Versicherungsamt als Aufsichtsbehörde an die Groß-Berliner Krankenkassen die Aufforderung gerichtet, sich darüber zu erklären, ob sie den Zuschlag von 5 Pf. zahlen wollen. Die gegenwärtige Versammlung sei einberufen, um sich über diese Angelegenheit auszusprechen. Beschlüsse sollen jedoch nicht gefaßt werden.

Es entstand eine lebhafte Aussprache. Mehrere Redner erklärten sich ganz entschieden gegen die Zahlung des Zuschlages. Sie erklärten, das Verlangen, daß die Krankenkassen die Kriegskosten für den von den Aerzten heraufbeschworenen Streik tragen sollten, sei ungesetzlich und in keiner Weise zu rechtfertigen. Namentlich für die Berliner Krankenkassen bestehe gar kein Anlaß, diese Zahlung zu leisten. Denn sie seien ja an dem ganzen Streit nicht beteiligt gewesen, da sie schon beizeiten ein den Frieden sicherndes Abkommen mit ihren Aerzten geschlossen hätten. Man wisse ja nicht, auf wie lange Zeit der Zuschuß geleistet werden sollte. Es heiße, zur Ablösung der betreffenden vertraglichen Verpflichtungen seien 10 Millionen erforderlich. Ueber die Verwendung der durch den 5 Pf.-Zuschuß zusammenfließenden Gelder hätten die Kassen gar keine Kontrolle. Könne man denn wissen, ob der Leipziger Aerzteverband vielleicht nur einen Teil dieser Gelder für die Abfindung gebrauche und aus dem übrigen Teil einen Kampffonds für einen künftigen Krieg gegen die Kassen bilden werde?

Andere Redner befürworteten zwar die Zahlung im Interesse des Friedens, obwohl sie die Gründe, welche dagegen vorgebracht wurden, an sich als zutreffend anerkannten. **Simanowski** als Vorsitzender der Zentralkommission und **Albert Kohn** als Vorstandsmitglied des Hauptverbandes der Ortskrankenkassen **empfehlen** die Zahlung des 5-Pf.-Zuschusses, gegen den ja manche Gründe sprächen, den man aber leisten möge, weil doch die Krankenkassen vor einem Kampf, der ihnen doch wohl mancherlei Unannehmlichkeiten hätte bringen können, bewahrt geblieben sind. Eine Kontrolle über die Verwendung der Gelder sei ja gegeben durch die auf Grund der Einigungsbedingungen geschaffene paritätische Instanz.

Simanowski machte noch einige geschäftliche Mitteilungen, unter anderem die, daß Verhandlungen mit den **Apothekern** schweben, die wahrscheinlich zum Abschluß eines Vertrages führen werden und daß die Zentralkommission mit der Aerzteschaft Berlins auf deren Antrag über Einführung einer Sonntagsruhe der Aerzte verhandelt.

Aus Industrie und Handel.

Krupp—Putilow.

Die Presse beschäftigt sich noch immer mit dem jetzt aufgegebenen Plan der russischen Kanonenfirma Putilow, durch die Vermittelung Krupps Kapital aufzunehmen. Dabei erfährt man weitere Einzelheiten über die internationale Versippung der Rüstungsfirmen. So weiß die Londoner „Times" zu berichten, daß zwischen den Putilow-Werken und der deutschen Werft

Blohm u. Voß in Hamburg Beziehungen bestehen. Die Schiffswerften der Putilow-Werke sollen in deutschen Händen sein und ebenso die Konstruktionswerften in Riga und Reval.

In Petersburg sind nun Vertreter der französischen Kanonenfirma Schneider-Creuzot angelangt, um den Putilow-Werken neue Vorschläge für die Kapitalsaufnahme zu unterbreiten. Frühere Verhandlungen zwischen der russischen und französischen Gesellschaft sollen sich vor einiger Zeit zerschlagen haben.

Der Schiffahrtskonflikt vorläufig beendet.

Kaum sind die als Kampfmaßregeln gedachten Ratenermäßigungen am 1. Februar in Kraft getreten, als die beteiligten Schiffahrtsgesellschaften bereits einen vorläufigen Waffenstillstand abschließen. Der Norddeutsche Lloyd, die Holland-Amerika-Linie und englische Reedereien haben der Hamburg-Amerika-Linie den Vorschlag gemacht, für den Februar von weiteren Kampfmaßnahmen abzusehen. Die Hapag hat diesen Vermittelungsvorschlag angenommen. Bis Ende d. M. soll zugleich die bereits aufgelöste nordatlantische Schiffahrtskonvention als verlängert gelten. Die Preise für den Zwischendeckverkehr und die Frachtraten werden also wenigstens vorläufig nicht mehr ermäßigt werden.

Kapitalistische Preispolitik.

Im Frühjahr vorigen Jahres beantragten die niederschlesischen Grubenbesitzer für ihre Kohlenprodukte Ausnahmetarife auf den preußischen Staatsbahnen. Sie begründeten ihre Forderung mit der mangelnden Rentabilität ihrer Werke und mit der rücksichtslosen Konkurrenz der oberschlesischen Gruben. Die Tarifermäßigung wurde für den Umkreis von 50 Kilometern vom Erzeugungsort gewährt. Bei Beratung der Eingabe sind aber von dem preußischen Eisenbahnrat und der Kommission Dinge erörtert worden, die nicht ohne Interesse für die Beurteilung kapitalistischer Methoden sind. In den geheimen Verhandlungen wurde das Verlangen der niederschlesischen Grubenbesitzer ganz besonders von den oberschlesischen Grubendirektoren bekämpft; sie behaupteten, daß vor allem die rücksichtslose Preispolitik des **niederschlesischen Kohlensyndikats** die Schuld an einer etwaigen ungünstigen Geschäftslage trage. Von Industrievertretern wurde zu der Preispolitik des niederschlesischen Kohlensyndikats ausgeführt:

„Die Tätigkeit des Syndikats sei darauf gerichtet, die Produktion **zugunsten der zu erzielenden Erlöse** (Preise) einzuschränken und die Preise gerade im Nahgebiet, in dem sich eine Konkurrenz mit anderen Kohlengebieten weniger fühlbar mache, hoch zu halten. Daß die oberschlesische Kohle in das engere niederschlesische Gebiet eindringe, sei auf die **„falsche Preispolitik"** des Syndikats zurückzuführen. Durch seine hohen Preise schränke es den Absatz ein . . . Die Lieferung der oberschlesischen Staubkohle sei erfolgt, weil die niederschlesischen Verbraucher die hohen Preise für einheimische Kohle nicht mehr zu zahlen imstande gewesen seien."

Einschränkung der Produktion und Preissteigerung zum Zwecke der Schröpfung des Verbrauchers — das alte Mittel der Syndikate.

Der Bremer Vulkan, Schiffbau- und Maschinenfabrik, erhöht für das abgelaufene Geschäftsjahr seine Dividende von 10 auf 11 Proz.

Gerichtszeitung.

Die Allüren des Gutsbesitzersohnes.

Das Kapitel: Behandlung der Landarbeiter hat in einer Potsdamer Strafkammer eine eigenartige Beleuchtung erfahren. Der Vorfall, der eine gerichtliche Anklage herbeiführte, spielte sich auf dem Gut Friesacker Zohen ab, das dem Landwirt Brockmann gehört. Am 15. September vorigen Jahres wollte der polnische Schnitterjunge Dennes seinen Dienst verlassen, da ihm der Lohn nicht genügte. Er forderte vom jungen Brockmann seine Papiere. Als Antwort darauf erhielt er einen tüchtigen Peitschenhieb. Diese rohe Behandlung erweckte den Unmut des Melkers Engelmann, der sich durch die Reitpeitschenzüchtigung zu der Aeußerung hinreißen ließ: „Der Laufejunge, wenn mir das passierte, ich riß ihm die Kaldaunen aus dem Leibe!" Der junge Brockmann hörte das und rückte daraufhin mit noch stärkerem Aufgebot an. Er erschien mit einem Jagdgewehr auf der Bildfläche, begleitet von drei Hunden. In seiner temperamentvollen Herrchenart stieß der also Bewaffnete den Engelmann mit dem Gewehrkolben vor die Brust. Die Mutter des jungen Herrn sah das Renkonter von weitem und befürchtete ein Unglück. Sie eilte herbei und hielt das Gewehr ihres Sohnes. Da Engelmann nun seinerseits aufs höchste gereizt war, ließ er sich zu einer häßlichen Schmähung der alten Dame hinreißen, die jeden Konflikt verhindern wollte und verhinderte. Das Nachspiel vor Gericht fiel nun sehr merkwürdig aus. Das Rathenower Schöffengericht hatte sich damit begnügt, für den Hieb mit der Reitpeitsche und den Kolbenstoß je 5 Mark Geldstrafe gegen den jungen Herrn zu verhängen, dagegen mußte der Melker für die Beleidigungen je 10 Mark in Kauf nehmen. Seine gegen das erstinstanzliche Urteil eingelegte Berufung wurde von der Potsdamer Strafkammer, die einer breiteren Erörterung der höchst sonderbaren Vorgänge aus dem Wege ging und jede Erklärung des Angeklagten darüber abschnitt, verworfen.

Wäre das Gericht ebenso milde gegen einen Arbeiter gewesen, der einem Gutsbesitzersohn oder einem Richter einen Peitschenhieb versetzt hätte?

Verrat militärischer Geheimnisse.

In dem Prozeß, der in den letzten zwei Tagen gegen den **Korvettenkapitän a. D. Rüdiger Frhr. v. d. Goltz** vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt wurde, ist gestern in später Nachmittagsstunde das Urteil durch den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor **Seelert** öffentlich verkündet worden. Das Urteil ging dahin: Der Angeklagte wird wegen Anstiftung zum Ungehorsam gegen Befehle des Vorgesetzten, wodurch die Gefahr eines erheblichen Nachteils herbeigeführt ist (im Sinne des § 93 Mil.-St.-G.-B.) zu **drei Monaten Festungshaft** verurteilt, wovon ein Monat als durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wird. — Aus der Urteilsbegründung ist folgendes hervorzuheben: Der Angeklagte war der Marinevertreter der **Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik Erhardt in Düsseldorf** und hat seine ihm noch aus seiner Dienstzeit obliegende Pflicht zur Dienstverschwiegenheit nicht immer innegehalten. Er hätte gewiß die Pflicht, seiner Firma, so weit er konnte und durfte, Dienste zu leisten, aber er durfte dies nur mit Rücksicht darauf, daß er als ausgeschiedener Offizier sich Beschränkungen aufzuerlegen hätte. Was er dienstlich erfahren und nicht weitergeben durfte, durfte er auch nicht weitergeben, nachdem er aus der Marine ausgeschieden war. Er hat in der Voruntersuchung selbst zugegeben, nicht immer korrekt gehandelt zu haben und für seine Firma manches zu erfahren versucht zu haben, was mit der Pflicht der Dienstverschwiegenheit im Widerspruch stand. Er hat von dem Korvettenkapitän **v. Hoffmann-Larratsch**, der sein Freund war, Schußtafeln und Durchschnittspreise sich verschafft, obwohl er wußte, daß dieser sie nicht herausgeben durfte, denn nach einer Vorschrift ist es verboten, solches Material an Personen außerhalb der Marine weiterzugeben und es existiert darüber sogar ein besonderer Werftbefehl. Das mußte dem Angeklagten bekannt gewesen sein und es ist nicht richtig, wenn er erläßt, er habe gemeint, daß der Korvettenkapitän als Verwalter des Bücherdepots ihm die Bücher herausgeben durfte. Er hat daher jenen zu dem Verstoß gegen die Befehle angestiftet und zwar durch den Mißbrauch des Vertrauens als Freund und Kamerad. Zwar hat er in seinen Briefen nicht ausdrücklich die alte Freundschaft hervorgehoben, das ist aber nach der Rechtsprechung nicht erforderlich; ihm war bewußt, daß diese Freundschaft ein Mittel war, um auf den Willen des anderen einzuwirken. Er hat aber auch noch ein zweites Mittel angewendet: Er hat in dem Briefe auch einen Irrtum bei dem Herrn v. Hoffmann hervorgerufen, indem er es so darstellte, als ob er die Schußtafeln nur zum persönlichen Gebrauch haben wollte. Durch diese Irrtumserregung und die Freundschaft ist der andere zu seinem Vorgehen angestiftet worden. Das gegen diesen ergangene Kriegsgerichtsurteil hat drei einzelne Handlungen angenommen, die Strafkammer nimmt ihrerseits bei dem jetzigen Angeklagten nur eine fortgesetzte Handlung an. Durch diese Anstiftung ist die Gefahr eines erheblichen Nachteils herbeigeführt worden, diese entsteht schon, wenn Sachen, die durchaus vorsichtig behandelt werden müssen, in dritte Hände kommen. Sie sind ja bei der Firma vorsichtig behandelt worden, immerhin ist eine der Photographien offenbar gestohlen worden von einem Manne, der keine Ahnung hatte, um was es sich handelt. Zweifelhaft war, ob der Angeklagte auch aus § 2 des Gesetzes betr. den Verrat militärischer Geheimnisse zu bestrafen war. Das Gericht hat dies zugunsten des Angeklagten verneint. Er wäre strafbar, wenn er sich bewußt sein mußte, daß es sich um Dinge handelte, **die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind.** Das Gericht hat dem Angeklagten geglaubt, daß ihm dieser Charakter der Drucksachen nicht bekannt war, daß er sie nur für sogen. Dienstsachen hielt und wenn auch einer seiner Briefe dagegen zu sprechen scheint, so ist der Gerichtshof doch der Ausführung seines Verteidigers gefolgt, der da sagte: „So intelligent der Angeklagte auch sonst ist, in der Korrektheit des Ausdrucks ist er nicht sehr genau und es ist möglich, daß er sich auch ebenso unklar gewesen ist über die Unterschiede zwischen „nur Dienstsachen" und solchen Sachen, die geheim zu halten sind. Was die Strafe anbetrifft, so ist berücksichtigt worden, daß der Angeklagte als früherer Offizier sich hätte sagen müssen, daß mit solchen Dingen besonders vorsichtig umgegangen werden muß, andererseits aber ein erheblicher Schaden nicht entstanden ist. Es ist ferner berücksichtigt worden, daß der Angeklagte sich durch seine Handlungsweise in seiner Stellung befestigen wollte, aber auch darauf ausging, die Leistungsfähigkeit seiner Firma zu heben und von der Erwägung ausgegangen ist, daß er damit dem Reiche gute Dienste leisten würde. Schließlich ist berücksichtigt worden, daß er seinen alten Freund mit gerissen und diesem erheblichen Schaden zugefügt hat, wodurch er wohl als Mann von Ehre in seinen Gefühlen sich bedrückt fühlt.

Ein Geistlicher vor Gericht.

Ein umfangreicher Betrugsprozeß, der sich gegen den Geistlichen der Salemsgemeine, Christian **Luschnat** in Grunewald richtete, beschäftigte gestern mehrere Stunden lang die 6. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Rosenthal.**

Der Angeklagte war von dem Schöffengericht Charlottenburg wegen Betruges in 8 Fällen zu **1 Jahr Gefängnis** verurteilt und wegen Fluchtverdacht **sofort verhaftet** worden. Gegen dieses Urteil hatte L. unter Beistand des Rechtsanwalts **Cramer** Berufung eingelegt. Das schöffengerichtliche Urteil sah folgenden Sachverhalt als erwiesen an: Der Angeklagte ist Gründer einer freireligiösen Gemeinde in Insterburg, für die er auf eigene Kosten eine Kirche baute. Als er sich einen anderen Wirkungskreis verschaffen wollte, sah er sich gezwungen, das Kirchengrundstück an seinen Nachfolger zu verkaufen. Dieser geriet in Konkurs und die Kirche kam unter den Hammer. Bei der Zwangsvollstreckung fiel der Angeklagte mit seiner Hypothekenforderung aus. Hierdurch geriet der Angeklagte, der inzwischen Prediger von der freireligiösen Gemeinde in Grunewald geworden war, in eine sehr schwierige finanzielle Lage. Er war schließlich, da er auch anderweitig Verpflichtungen hatte, gezwungen, den Offenbarungseid zu leisten. Als er eines Tages vis à vis de rien (gegenüber vom nichts) stand, ließ er sich verleiten, eine Anzahl Kreditschwindeleien zu begehen. Er setzte sich mit Mitgliedern der Gemeinde, von denen er wußte, daß sie ein Bankguthaben hatten, in Verbindung und erzählte ihnen, daß er „sein Haus" in Insterburg verkaufen wolle und deshalb daran Reparaturen vornehmen lassen müsse, wozu ihm leider das Geld fehle. Auf die falsche Angabe hin, daß er in der Lage sei, das Geld baldigst zurückzahlen zu können, verschaffte er sich insgesamt 4500 M., darunter allein von einer Witwe Beckmann, die 4000 M. Ersparnisse hatte, 2000 M. — Ende 1912 hatte der Angeklagte von dem Oberst v. Kroczkowski eine Villa in Grunewald mit der Verpflichtung gemietet, die an dem Hause notwendigen Reparaturen auf seine Kosten vornehmen zu lassen, wofür er bis zum April vorigen Jahres mietefrei wohnen sollte. Der Angeklagte veranlaßte darauf den Malermeister Bronikowski, die Reparaturen vorzunehmen, blieb aber diesem die Zahlung der Reparaturkosten von 600 M. schuldig. Diesem Zeugen, wie auch dem Mechaniker Stabernack, bei dem er eine elektrische Einrichtung für 450 M. bestellte, gegenüber, gab sich der Angeklagte als **Pastor** aus.

Vor Gericht bestritt der Angeklagte, irgendwie betrügerisch gehandelt zu haben. Rechtsanwalt **Cramer** betonte, daß der Angeklagte ein sehr religiöser Mensch sei, der sich in seinem Optimismus und seiner Hoffnung, daß sich nach schweren Schicksalsschlägen same Lage ändern würde, offenbar gar nicht bewußt gewesen sei, zu betrügen. Das **Gericht** kam auch bezüglich der Betrugsfälle, soweit sie sich auf die Villa bezogen, zu einer **Freisprechung.** Wegen der Darlehnsschwindeleien erkannte die Strafkammer auf **drei Monate Gefängnis** unter Anrechnung von zwei Monaten der Untersuchungshaft und entließ den Angeklagten aus der Haft.

Aus aller Welt.

Ein Opfer des Opferjahres.

Als im verflossenen Jahre nach allerlei Fährnissen endlich die patriotische Tat des Wehrbeitrages unter Dach und Fach gebracht war, klang es in allen Tonarten aus dem bürgerlichen Blätterwald: Einmal, aber beileibe nicht wieder! Aber selbst von dieser einmaligen Steuer sucht man sich — es geht auch — soviel wie möglich zu drücken. Von einem, bei dem es fast ganz gelungen wäre, wird folgende ergötzliche Geschichte erzählt. Einem Hofbesitzer in der Nähe von Duderstadt, sonst einem braven Patrioten, hatte es die Opfersteuer angetan. Um sich nach Möglichkeit davon zu befreien, hob er auf der Duderstädter Kreissparkasse seine baren Kapitalien ab, um sie erst nach der Steuererklärung bei passender Gelegenheit wieder zinstragend anzulegen. Von diesem pfiffig ausgehackten Plan hatten aber noch pfiffigere Gauner Wind bekommen. Dieser Tage statteten sie dem von Steuersorgen schwerbedrückten Patrioten einen nächtlichen Besuch ab und mausten ihm annähernd 4000 Mark in Gold- und Silbermünzen. Eine ungleich größere Summe in braunen Lappen ließen die Spitzbuben als vorsichtige Leute zurück.

Dem braven Landwirt aber bleibt neben dem Schaden der Spott. Noch lange wird er an das Opferjahr tränenden Auges zurückdenken. Denn es ist nur ein schwacher Trost, zu wissen, daß die edle Zunft der Spitzbuben mit einem erklecklichen Betrag zur Wehrsteuer veranlagt werden müßte, wenn es allen Steuerdrückebergern gleichen Kalibers ebenso ergangen wäre.

Massenblutbad bei einer Hochzeitsfeier.

Ein schreckliches Blutbad, das eine Räuberbande bei der Hochzeit eines reichen Chinesen anrichtete, wird aus Nanking gemeldet. Ein angesehener Chinese feierte die Hochzeit seines Sohnes, zu der 300 Gäste geladen waren. Inmitten der Festlichkeit drang eine Bande von 60 bewaffneten Räubern in den Saal und eröffnete ein wahres Schnellfeuer auf die Festteilnehmer, von denen 22 getötet und viele verletzt wurden. Nach der Schreckenstat ergriffen die Banditen die Flucht, wobei sie zwanzig Gäste als Geiseln mit sich führten.

Untergang eines amerikanischen Unterseebootes?

Nach einem Telegramm aus Washington liegen von dem amerikanischen Unterseeboot E. 2, das zum Wintermanöver im mexikanischen Golf war, seit einer Woche keine Nachrichten vor und man befürchtet ein Unglück. Der E. 2 verließ am 27. Januar zusammen mit drei anderen Unterseebooten Guantanamo auf Kuba und sein nächster Hafen sollte Galveston sein. Der Offizier, der die Flottille kommandierte, hat dem Marinedepartement mitgeteilt, daß der E. 2 nirgends zu finden sei.

Landung deutscher Militärflieger in Frankreich.

Ein deutsches Flugzeug mit zwei Leutnants landete Dienstagnachmittag 12½ Uhr in der Nähe von Lunéville. Die Offiziere erklärten dem Unterpräfekten von Lunéville, daß sie von Straßburg nach Metz fliegen wollten, die Richtung verloren, nachdem sie Saarburg passiert hatten und landen mußten, ohne zu wissen, wo sie sich befanden. Bei der Landung wurde das Flugzeug beschädigt. Nach dem Verhör und einer Durchsuchung ihres Flugzeuges wurden die Offiziere wieder freigelassen.

Die sturmfreie Bude.

Jugend muß austoben! scheint das Prinzip des dem sonst so sittenreinen Zentrum angehörenden Stadtrats Bräutigam aus München zu sein. Besagter Herr richtete an einen budesuchenden Studenten den folgenden Brief:

Ew. Wohlgeboren! Ich offeriere Ihnen ein schön möbliertes Zimmer mit eigenem Eingang bei gebildeter Familie, dem Hausbesitzer selbst, zum Preise von 18 Mark monatlich. Vollkommen ungestört. Sie können im Zimmer auch bezüglich aller Besuche bei Tag und Nacht tun, was Ihnen beliebt. Von morgens 6 bis abends 9 sind sie fast ausschließlich allein in unserer Wohnung des ersten Stocks, da wir uns während dieser Zeit parterre beim Geschäft aufhalten. Reinlichster, aufmerksamer Bedienung dürfen Sie sich versichert sein. Ein studierender Mediziner, der zwei Jahre bei uns wohnte, ließ sich von mir des Nachts, wenn er angeheitert nach Hause kam, häufig ausziehen oder des Morgens, wenn ich zur Ueberbringung seines Kaffees und seiner Schuhe ins Zimmer kam, im Uebermut die Strümpfe anziehen.

Ein reizendes christliches Familienidyll! Wenn das Geld in den Kasten springt, schwinden selbst bei einem Zentrumsstadtrat alle moralinsauren sittlichen Bedenken.

Kleine Notizen.

Raubmord in Breslau. In der Nacht zum Dienstag wurde in Breslau der 68jährige Gärtnereibesitzer Gottfried Haase in seinem Hause Weinbergsweg 38, das er mit einer alten Wirtschafterin allein bewohnte, überfallen, getötet und beraubt. Haase galt als sehr reicher Mann. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Die Prozeßgegner. In einem Hamburger Hotel hat der Tischler Max Unger aus Hamburg den Möbelfabrikanten Hensel aus Hamburg nach einem voraufgegangenen Wortwechsel niedergeschossen. Hensel wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Nach der Untat erschoß sich Unger selbst. Die Beiden waren wegen Prozeßstreitigkeiten erbitterte Gegner.

Schwere Gasexplosion. Am Dienstagmorgen erfolgte in Nordhausen bei einem Bäckermeister namens Oels eine schwere Gasexplosion, wobei ein Kostgänger getötet und der Bäckermeister schwer verletzt wurde. Die Explosion entstand dadurch, daß Gas aus einem durch den Frost geplatzten Rohre in die Räume des Hauses eingedrungen war, durch Unvorsichtigkeit entzündet wurde. Die Explosion war so heftig, daß zwei Zimmer völlig demoliert wurden.

Erfolgreiche Scheckschwindeleien. In der Bayerischen Vereinsbank in München erschien ein junger Mann mit einem Scheck über 24 000 M. und fünf Wechseln. Der Betrag von 24 000 M. wurde ihm sofort ausgezahlt. Eine Stunde später erschien ein anderer Mann bei der Bank mit einem Scheck über 9000 M., der gleichfalls eingelöst wurde. Als dieser Mann dann seinen Auftraggeber suchte, war er bereits spurlos verschwunden. Inzwischen lief von einer Firma bei der Bank die Nachricht ein, daß die Wechsel und der Scheck gefälscht seien. Der Täter ist unbekannt.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Kampf." Sozialdemokratische Monatsschrift. Wien, Jahrg. VII. Heft 5. Karl Renner: Steuerkämpfe und Steuerreform. Martin Napolski (Innsbruck): Tirol und Trentino. Max Adler: Fichtes Idee der Nationalerziehung. Otto Jenssen (Dresden): Geburtenbeschränkung und Klassenkampf. Julius Deutsch: Zum Kampf der Buchdrucker. Hans Steiner: Christlichsoziale Arbeitslosenfürsorge. Ernst Lakenbacher: Sozialdemokratie und Privatangestellte. Erwin Herzfeld: Emil Rosenow.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Phönix 1913. Ungünstiges ist uns über die Gesellschaft nicht bekannt. Sie untersteht dem Aufsichtsamt und muß auch den Reservefonds sichergestellt haben. — **E. H. 100.** Die Binderinnen usw. unterliegen nicht der Angestelltenversicherung. Die Abzüge stimmen. — **L. 45.** Ohne Kenntnis des Sachverhalts nicht zu beantworten. — **H. H. 18.** Der Beamte war im Irrtum. — **G. D. 11.** Ihre Frau hat sich strafbar gemacht. Unter Berücksichtigung der geschilderten Umstände wird voraussichtlich auf eine geringe Geldstrafe erkannt werden. — **K. 20.** Zur Versicherung der Schaufensterscheiben sind Sie nicht verpflichtet. Wer den an den Scheiben etwa entstehenden Bruchschaden zu tragen hat, läßt sich nur nach Einsichtnahme in den Mietsvertrag beurteilen. — **P. S. 100.** 1. Wenden Sie sich an den Genossen Hackelbusch, Oderstr. 2, der Ihnen die Fragen unter 1 beantworten wird. 2. Die Ehe ist gültig. Sie haben sich nicht strafbar gemacht, da ein Verwandtschaftsverhältnis im Sinne des Gesetzes nicht besteht. — — **K. N. 68.** 1. und 3. Ja. 2. Nein — **K. G. 23.** 1. Ja. 2. Zwei Jahre. — **M. G. 22.** Unter Zugrundelegung Ihrer Darstellung würden die Kosten nur etwa 6 M. betragen. — **A. J. K.** 1. Ja. 2. Bei der Steuer-

kasse im Rathause. 3. An den Magistrat Neukölln, zu Händen des Stadtrats Arlart. — **A. L.** und **Sch. 5.** Ja, nur daß als besondere Bedingung noch der Nachweis über Entrichtung direkter Steuer besteht. — **E. K. 25.** Sonntags von 11—6 mit Unterbrechung der Tischzeit und Mittwochs von 2—6. — **K. G. 4577.** 1. bis 3. Zu erfragen beim Arbeiter-Ruderbund, Adresse: G. Gerlach, Görlitzer Str. 56. 4. Ja, wenn nicht auf Antrag das Vormundschaftsgericht eine andere Entscheidung trifft. 5. und 6. Wenden Sie sich, auch schriftlich, an das Bureau des IV. Kreises Stralauer Pl. 10/11. 7. Aus dem Statut der Ortskrankenkasse, der Sie angehören, ersichtlich. — **P. K.** 1. Ueber die Bonität dieses Instituts sind wir nicht informiert. 2. Der Betreffende ist schadenersatzpflichtig. — **Egon 7.** Privatanstalten können wir nicht empfehlen. Vertrauen Sie sich dem Herrn Stadtschulrat Dr. Fischer an, Bureau im Rathaus, Zimmer 65/80. — **B. Z. 60.** 1. Volksbibliothek Adalbertstr. 41. 2. Darüber erteilt Ihnen gerne Auskunft die Zentralkommission der Krankenkassen Alexanderstr. 39/40. — **Falkenberg 34.** Fachmann fragen. — **G. H. 83.** 1. Wenn Sie sicher gehen wollen, bei der Sparkasse. 2. Soweit uns bekannt 4 Proz. — **E. P. 40.** 1. In den 60er Jahren. Von den Gründern des Vereins ist uns nur noch Paul Singer bekannt. Nicht nur bei der Gründung, sondern dauernd hat er beträchtliche Zuwendungen gemacht. Die Höhe der Zuwendungen ist uns nicht bekannt. — **P. 2. 86.** 1. bis 3. Zentralstelle für Auswanderer, Berlin, Karlsbad 9/10, dort erfahren Sie das Gewünschte. — **Bayreuther 13.** Meldung am besten mündlich bei der Krankenhausdeputation des Magistrats im Rathaus Zimmer 111—116. — **N. S. 10.** Heilmittel können wir nicht empfehlen. Wenden Sie sich an den Arzt. — **Frankreich 1914.** 1. Im Durchschnitt sind die Preise wie hier. Einiges billiger, anderes teurer. 2. Ungefähr 40 M. 3. Nein. — **N. W. 36.** 1.—3. Die Preise sind schwankend. Erfahren Sie genau in einem der Auswandererbureaus Unter den Linden. 4. 40,5 Ar. 5. 36,35 Liter. — **W. Sch.** Können wir leider nicht dienen. — **Streitfragen.** Eine ähnliche Aeußerung ist z. B. in bezug auf Rußland gefallen. Der genaue Wortlaut ist uns allerdings nicht mehr erinnerlich. — **K. A.** 1. Das ist sehr verschieden und läßt sich so allgemein nicht sagen. Erfahren Sie aber auch in jedem größeren Fardengeschäft. 2. Ist bei dem betreffenden Spediteur zu erfahren. — **W. A. 100. Sp.** Wenden Sie sich, vielleicht unter Berufung auf den Lehrer, an das Zentralbureau im Haupttelegraphenamt Berlin, Französischestraße. Dort erhalten Sie die gewünschte Auskunft. Ueber eventuellen sonstigen Beruf setzen Sie sich wohl am besten mit dem Lehrer in Verbindung. — **G. P. 27.** Ist der Name einer Staatsanstalt. — **E. H. 48.** Fragen Sie bei der Zentralkommission der Krankenkassen an, Alexanderstr. 39/40. — **F. E. 75.** Stiftungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16. — **E. K. 83.** Zentralauskunftsstelle, Berlin, Karlsbad 9/10. — **M. T. 100.** 1. Ja. 2. Das haben wir uns nicht gemerkt. 3. Prinz zu Schönaich-Carolath. — **Alter Abonnement, Gräfental.** Wollen Sie uns die betreffende Nummer nicht zusenden? — **M. Kl. 100.** Adressen finden Sie unter Münzenhandlungen im 2. Band. Teil 4 des Adreßbuches. — **Otto Gglm.** Mit diesen Vereinen haben wir keine Fühlung.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 800.

Am Montag, den 2. Februar, verstarb unser Genosse

Hermann Lentz
Wiesenstr. 7.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am Freitag, den 30. Januar, verstarb unser Genosse, der Schlosser 224/14

Richard Sumpf
Wiclefstr. 8.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung hat bereits am Montag, den 2. Februar, im Krematorium in der Gerichtstraße stattgefunden.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenfuhrer

Albert Borchert

am 31. Januar im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. 62/1

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege

Karl Lietz

am 31. Januar im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Die Bezirksverwaltung.

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Militärschneider, Kollege

August Papendick

am 2. Februar im 51. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des alten Georgen-Kirchhofes, am Königstor, aus statt.

162/13 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vergolder

Hans Lefeber
Grünauer Str. 3,

im Alter von 21 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
82/19 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Metallarbeiterin

Anna von der Heidt
Ravenéstr. 5

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

112/1 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Zernsdorf und Umgegend.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der älteste Sohn unseres ersten Vorsitzenden,
W. Rosenberg

Alfred

bei einem Rettungsversuche ertrunken ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhofe in Zernsdorf (ohne Geistlichen) statt.

Um rege Beteiligung ersucht
201/7 **Der Vorstand.**

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn

Werner

im 10. Lebensjahre nach langen, schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Albert Daume nebst Frau.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes aus statt. 129A

Hierdurch zur Kenntnis, daß unsere liebe Mutter

Marie Tuchscheerer
geb. **Schoch**

am Montag, den 2. Februar, nachmittags 2 Uhr, nach schwerem Krankenlager verstorben ist.

Die Einäscherung findet am Freitagnachmittag 4 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.

Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Kränze verbeten. 803b

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange meiner lieben Frau, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte

Else Neumann

sagen wir allen Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Max Neumann,
Bw. **Agnes Natsch**
geb. **Hagist,**
nebst Angehörigen.

Schöneberg, den 3. Februar.
Grunewaldstr. 81.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage allen Verwandten, Freunden, Bekannten, Genossinnen und Genossen, sowie den Kollegen in der Zentralmarkthalle hiermit meinen besten Dank. 95A

Hermann Weigand,
Berneuchener Str. 13.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres Sohnes

Artur Abrahamsson

sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie der Firma Weber u. Co. unseren besten Dank.

Familie Abrahamsson
7985 Pettenkoferstr. 32.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten herzlichen Dank. 129A

Witwe Koch,
Stargarder Str. 61.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters

Paul Bildt

sage ich allen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen, meinen herzlichsten Dank.

Ww. Bild nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12.

Ohne jede Anzahlung!
Keine Kassierer, kleine Raten!
Bettwäsche, Teppiche, Portieren, Bilder, Gardinen, Stores, Stepp- u. and. Decken.
MATZNER,
Hufelandstraße Nr. 41.

Haben Sie Stoff?
ich fertige davon **Anzug** od. **Paletot** nach **Maß**, schick, dauerh. Zutaten von **25 Mark** an. **Moritz Leband,** Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börse.)

Blumen und Kränze.
Gustav Brüssow, Stargarder Str. 22.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend
E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.

Donnerstag Seefische

Schellfisch per Pfd. . . .	30 Pf.	See-Aal . . per Pfd.	30 Pf.
Kabliau ohne Kopf, per Pfd.	26 „	Knurrhahn „ „	28 „
Schollen „ „	28 „	Rotzungen „ „	28 „
Seelachs ohne Kopf „ „	24 „	Goldbarsch ohne Kopf p. Pfd.	30 „

102/15 **Der Vorstand.**

Garbáty
Cigaretten
Qualität

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Donnerstag, den 5. Februar 1914, abends 6 Uhr
Große Versammlung
der Metalldrücker und Polierer Berlins und Umgegend
im großen Saal des **Gewerkschaftshauses,** Engelufer 15.
Tagesordnung:
1. **Jahresbericht.** 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenvertreters und der gesamten Kommission. 4. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir das Erscheinen jedes Einzelnen. **Die Ortsverwaltung.**

Möbel-Angebot.
Solide Möbelfirma liefert **Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen** sowie **Einzelmöbel** gegen **mäßige Zinsvergütung** bei **kleiner Anzahlung** und **geringen monatlichen Ratenzahlungen.** Anfragen: **Postkarte 806. Postamt 27.**
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"
Berlin C. A. Habnisch, Ackerstr. 174.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel,** Koppenstraße 82. **R. Wengels,** Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. P. Jucht, Immanuelkirchstr. 12. **J. Neul,** Barnimstr. 42.
N. A. Wolgast, Wattstraße 9. **H. Fischer,** Bastianstraße 6. **Karl Mars,** Greifenhagener Str. 22 **J. Hönisch,** Müllerstr. 31a **H. Vogel,** Lortzingstr. 37. **A. Tien,** Invalidenstr. 124
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavener Str. 48.
SW. G. Schmidt, Gneisenaustr. 72. **Tachn,** Hagelberger Str. 27.
S. St. Fris, Prinzenstr. 31. **H. Lehmann,** Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. **P. Horsch,** Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthaler Str. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schornberg, Seelenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Conschur, Parkstr. 6.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wihler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifert, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Hurub, Brüdenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Rismann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurisch, Provinzstr. 56, Laden.
Neukölln. M. Heinrich, Redastr. 2. **Conrad,** Hermannstr. 50. **C. Rohr,** Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Roientranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Baumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Albenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Boruffiastr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kiesholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. **Schilkert,** Berliner Allee 253.
Wilmersdorf. Paul Schubert. Wilhelmsaue 27.

Patentanwalt Prillwitz
Berlin N.W. 21, Thurmstraße 34.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln.

Am **Montag, den 16. Februar 1914,** abends 8 Uhr, findet in **Bartschs Festsälen, Neukölln, Hermannstr. 49,** eine

außerordentliche Ausschuß-Versammlung

statt, zu welcher die **Vertreter der Arbeitgeber** und der **Versicherten** hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses.
2. Beschlußfassung über die Krankenordnung.
3. Beschlußfassung über die Dienstordnung.
4. Beschlußfassung über Aenderung der Satzungen.
5. Verschiedenes. 263/11

Neukölln, den 3. Februar 1914.
Der Kassenvorstand.
Geschwindner, Vorsitzender. Ritter, Schriftführer.

Zur Beachtung! Die Einladung gilt als Legitimation und ist beim Eintritt in die Versammlung zur Eintragung in die Präsenzliste vorzuzeigen.

Vertreter, welche die Wählbarkeit verloren haben, sind aus dem Ausschuß ausgeschieden.

Es wird ersucht, Anträge oder Beschwerden, bei denen die Einsichtnahme der Kassenakten erforderlich ist, spätestens einen Tag vor der Ausschußversammlung mitzuteilen.

Mohrenstr. 37/38
Kolonnaden.
Gr. Frankfurterstr. 115
Trauer-Magazin
Kleider, Hüte etc.
Äußerste Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe
zu billigsten
—Preisen—
Westmann

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.
Bureau: Melchiorstr. 28, part. Fernspr.: Amt Moritzpl. 4787. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachw.: Rückerstr. 9 Fernspr.: Amt Norden 6708

Donnerstag, den 5. Februar 1914, abends 8½ Uhr
Sektions-Versammlung der Lackierer
im **Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15.
Tagesordnung:
1. **Das Vertretersystem für die Filiale Berlin.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Wir erwarten, daß die Mitglieder vollzählig erscheinen.
Die Sektionsleitung.

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.

Gemäß § 93 der Satzung wird hiermit bekanntgegeben, daß der am 15. Januar 1914 gewählte Vorstand der Kasse sich in seiner Sitzung vom 2. Februar 1914 wie folgt konstituiert hat:

1. **August Dachne,** Arbeitnehmer, 1. Vorsitzender,
2. **Hermann Schmidt,** Arbeitgeber, 1. stellvertr. Vors.
3. **Heinrich Metzke,** Arbeitnehmer, 2. „ „
4. **Gustav Lehmpfuhl,** „ 1. Schriftführer.
5. **Richard Freund,** Arbeitgeber, stellvertr. Schriftführer,
6. **Hermann Völcker,** Arbeitgeber, Vorstandsmitglied,
7. **Paul Böttcher,** „ „
8. **August Vogel,** Arbeitnehmer, „
9. **Friedrich Schieß,** „ „
10. **Hermann Krüger,** „ „
11. **Karl Berger,** „ „
12. **Otto Rennthaler,** „ „

Berlin, den 4. Februar 1914. 802b

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
A. Dachne, 1. Vorsitzender. G. Lehmpfuhl, 1. Schriftführer.

:: :: :: **Die reellsten und solidesten** :: :: ::
MÖBEL
liefert anerkannt seit 36 Jahren die **Möbelfabrik von Schulz,** Reichenberger Straße 5, mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenpreisen ∴ ∴ und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. ∴ ∴ Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10 000 M. am Lager.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zur Kaufmannsgerichtswahl in Berlin.

Die Wahlen der Beisitzer zum Kaufmannsgericht Berlin finden **am Sonntag, den 15. Februar 1914,** in der Zeit von 10 bis 3 Uhr statt.

Wahlberechtigt ist jeder reichsdeutsche männliche Handlungsgehilfe, der am Tage der Wahl mindestens 25 Jahre alt und in Berlin beschäftigt ist. Sein Einkommen darf jedoch den Betrag von 5000 M. pro Jahr nicht übersteigen. Zur Ausübung der Wahl ist eine Bescheinigung des Prinzipals oder der Polizeibehörde erforderlich, aus der hervorgeht, daß der Wahlberechtigte in Berlin als Handlungsgehilfe beschäftigt ist.

Wahllegitimationsformulare sind an folgenden Stellen zu haben:

Zentral-Verband der Handlungsgehilfen, Münzstr. 20 (9—8 Uhr). Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden, Horsch, Zigarrenhandlung, Engelufer 14/15, Weyland, Zigarrenhandlung, Koloniestr. 35, Tietz, Alb., Zigarrenhandlung, Invalidenstr. 124 (gegenüber Stettiner Bahnhof), und in folgenden Zeitungs-Ausgabestellen: Zentrum: Albert Hahnisch, Ackerstr. 174, am Koppenplatz (11—1½ und 4½—7), S. und SW.: Gustav Schmidt, Gneisenaustr. 72 (9—2 und 4—7), St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. (11—1½ und 4½—7), Osten: Robert Wengels, Große Frankfurterstr. 120 9—2 und 4—7). — Richard Hackelbusch, Petersburger Platz 4 (Laden) (9—2 und 4—7). Südosten: Paul Böhm, Lausitzer-Platz 14/15 (9—2 und 4—7). Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof) (11—1½ und 4½—7). Moabit: Salomon Joseph, Wilhelmshavener Str. 48 (9—2 und 4—7). Wedding: J. Hönisch, Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Str., Laden (9—2 und 4—7). Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: A. Wolgast, Wattstraße 9 (9—2 und 4—7). Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden (9—2 und 4—7). Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagener Str. 22 (9—2 und 4—7).

Jeder wahlberechtigte Handlungsgehilfe beschaffe sich rechtzeitig ein Legitimationsformular, damit er am 15. Februar sein Wahlrecht ausüben kann. Die gewerkschaftliche Organisation der Handlungsgehilfen, der Zentralverband der Handlungsgehilfen, hat die **Liste Nr. 2.** Aus dem Kampfe um das Kaufmannsgericht muß die Liste Nr. 2 siegreich hervorgehen, damit Männer in dasselbe gewählt werden, deren grundsätzliche Stellungnahme eine wirksame Interessenvertretung für die Gehilfen verbürgt. Wenn es galt, im Gutachterausschuß für den Ausbau der Sozialpolitik einzutreten, dann haben stets die Beisitzer des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in vorderster Reihe gestanden. Gerade weil die gesetzgebenden Körperschaften auf dem Gebiete der Sozialpolitik für die Handlungsgehilfen in den letzten Jahren so wenig fruchtbringende Arbeit geleistet haben, muß die Stimme der Handlungsgehilfen um so lauter ertönen. Deshalb ist im Kaufmannsgericht kein Platz für die Leisetreter, die auch jetzt bei der Wahl wieder um die Stimmen der Handlungsgehilfen buhlen, um nach der Wahl genau wieder so Verrat zu üben, wie letztens bei der Frage der Konkurrenzklausel. Aber auch die Rechtsprechung wird wesentlich beeinflußt von der sozialen Grundanschauung der Beisitzer. Deshalb ist auch von diesem Gesichtspunkte die Wahl der Liste Nr. 2 notwendig, weil die Kandidaten dieser Liste die Garantie für eine soziale Rechtsprechung bieten und im übrigen unabhängig genug sind, um ihre Auffassung auch im Beratungszimmer des Kaufmannsgerichts zur Geltung zu bringen. Darum hinaus mit den Halben und Lauen. Jeder Handlungsgehilfe wähle die energischen und zielbewußten Interessenvertreter **der Liste 2** des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen.

Rückwärts statt vorwärts.

Betrachtungen über den neuen Grundlehrplan für die Volksschulen Groß-Berlins.

Die Einführung eines neuen Lehrplanes für die Volksschulen ist ein so wichtiges und die Oeffentlichkeit so sehr angehendes Ereignis, daß es sich verlohnt und als eine Pflicht erscheint, sich damit auch in der breiten Oeffentlichkeit zu beschäftigen. Der neue Lehrplan, der am 1. April d. Js. zur Einführung gelangt, ist bestimmt, auf lange Zeit hinaus die Grundlage für den Unterricht der Mehrzahl der Berliner Kinder zu bilden.

In aller Stille und mit größtmöglichster Heimlichkeit ist er entstanden, und als ein von höchster Stelle genehmigtes Faktum liegt er vor uns. Das muß von vornherein mißtrauisch machen, und wir werden sehen, daß dies Mißtrauen nicht unberechtigt ist. Die Mängel öffentlich auszusprechen ist aber auch insofern eine Pflicht, als der neue Lehrplan eine Bemerkung enthält, wonach die im Plane enthaltenen Abweichungen von den Allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 vom Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten bis auf weiteres nur versuchsweise für die Volksschulen Groß-Berlins genehmigt worden sind.

Drei Hauptmängel springen dem aufmerksamen Betrachter des neuen Lehrplanes sofort in die Augen: 1. die Zurückschraubung der Schulorganisation von 8 Schulklassen auf 7 mit einer wenn nötigen Oberklasse, 2. die fehlende Rücksichtnahme auf den Uebergang einzelner Kinder zu höheren Schulen und 3. die Belastung des Planes mit einer großen Fülle von Religionsstoff.

Der erste Punkt ist bereits so oft und eingehend in der Oeffentlichkeit erörtert worden, daß er hier übergangen werden kann.

Der zweite Punkt wiegt gleich schwer. Dadurch, daß der neue Lehrplan keine Rücksicht nimmt auf den Uebergang einzelner Kinder auf höhere Schulen, haben wir uns vom Zukunftsideal der allgemeinen Volksschule wieder weiter entfernt. Daß es sich nicht um einzelne Kinder handelt, zeigt die Statistik. Im Berichtsjahre 1912/13 gingen vor vollendeter Schulpflicht in höhere Schulen über 2155 Kinder. Dieser großen Zahl wird also künftig der Uebergang erschwert werden. Als ein Ersatz für diesen Mangel des neuen Planes sollen besondere Klassen des dritten Schuljahres dienen, die durch Ministerialerlaß gestattet sind, die aber erst eingerichtet werden sollen. Gesetzt den Fall, daß sie in ausreichender Zahl eingerichtet werden, so hat diese Einrichtung zunächst noch gute Wege und dann ist noch zu bedenken, daß diese Klassen doch unmöglich an jeder Schule eingerichtet werden können. Viele Kinder werden dann also einen sehr weiten Schulweg machen müssen, um solche Klassen zu erreichen. Dieser Mangel wird jedenfalls den Vorschulen zu gute kommen, also Schulen, die den Bemittelten nur zugänglich sind, und die Volksschule wird dadurch zur Armenschule herabgedrückt.

Der dritte Mangel ist weniger auf das Konto der Lehrplankommission zu setzen, denn ihr Religionsplan fand nicht die Genehmigung der obersten Kirchenbehörde. Unsere Schulen stehen eben immer noch zu sehr unter der Herrschaft der Kirche und die überlebte Verquickung der geistlichen und Schulangelegenheiten hat es zur Folge gehabt, daß die oberste Schulbehörde nachgeben mußte, wo sie allein zu bestimmen das Recht haben sollte.

Neben diesen prinzipiellen Bedenken erregt der neue Plan aber noch manche von weniger allgemeiner Bedeutung. Auch nach dem neuen Lehrplan müssen unsere Kinder wieder zwei verschiedene Alphabete erlernen und üben, das deutsche und das lateinische. Im Vordergrunde der Geschichte steht die Geschichte der Hohenzollern. Der Gesangunterricht betont zu sehr das Musiktheoretische (Musikdiktate) usw. Doch werden diese kleinen Schönheitsfehler wieder ausgeglichen durch viele Verbesserungen gegenüber dem früheren Plan. So sind viele Forderungen der Neuzeit glücklich verwendet worden. Sie können aber nicht die eingangs beleuchteten Hauptmängel verdecken.

Parteiangelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Morgen Donnerstag, abends 8½ Uhr, findet der letzte Abend des Vortragszyklus bei Knörig, Stralauer Brücke 3, statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich an diesem Abend zu erscheinen.

Vierter Wahlkreis. Heute abend 8½ Uhr findet im Lokal von Schulz, Schreinerstr. 18, eine Versammlung der 34. Abteilung statt. 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Raute. 2. Diskussion. 3. Wahl der Abteilungsführer. 4. Verschiedenes.

Die Abteilungsleitung.

Wilmersdorf. Der Bildungsausschuß veranstaltet heute Mittwoch, abends 8½ Uhr pünktlich, im „Viktoriagarten“ (großer Saal), Wilhelmsaue 114, einen Lichtbilder-Vortrag: Das Volk in der Kunst. Vortragender: Schriftsteller Robert Breuer. Eintrittspreis 10 Pf. an der Abendkasse, für Arbeitslose und Jugendliche freier Eintritt.

Neukölln. Heute abend bei Bartsch, Hermannstr. 49: Versammlung der Jugendlichen. Auf der Tagesordnung steht der dritte Vortrag des Genossen Max Peters über: Der historische Materialismus. Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre werden ersucht, zu dieser Versammlung zu kommen.

Lichtenberg. Morgen Donnerstag, den 5. Februar, im Lokal von Wilh. Schulz, Kronprinzenstraße, Ecke Scharnweberstraße: Versammlung der Jugendsektion über 18 Jahre. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen mit dem Wahlverein. Diskussion.

Berliner Nachrichten.

Kinderhorte.

Nach den von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge angestellten, ziemlich zuverlässigen Erhebungen befinden sich an 256 deutschen Orten 561 Vereinigungen mit 1245 Horten und 84 241 Hortkindern. Noch heute gibt es 7 Städte mit 10 000 Einwohnern, die keine Horte besitzen. Als Träger der Kinderhorte werden in dieser Aufstellung 40 städtische Verwaltungen, 35 Kirchengemeinden, 10 Fabrikbetriebe, 2 Güterverwaltungen, 2 Stiftungen und 472 Vereine genannt. Für die Unterhaltungskosten nimmt der letzte Vereinsbericht für die Kinderhorte einen Gesamtbetrag von rund 2 Millionen Mark an. Davon gewähren städtische Behörden 330 000 M. und der Staat die lächerlich geringe Summe von 2700 M.; am entgegenkommendsten zeigt sich die Stadt Frankfurt a. M., die für 24 Horte 34 000 M. zahlt. In den preußischen Etat ist zwar neuerdings „für die Förderung der Bestrebungen zur Fürsorge für die gefährdete und verwahrloste Jugend“ ein Posten von 30 000 Mark eingesetzt worden, der aber zunächst nur für die Jugendgerichtshilfe Verwendung finden soll. Nach der amtlichen Berufsstatistik von 1907 waren in Berlin 136 724 Ehefrauen hauptberuflich tätig, wozu nach Schätzung des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen 30 000 Heimarbeiterinnen und das Heer der regelmäßig für gewisse Tagesstunden dem Heim entzogenen Aufwärterinnen, Wäscherinnen, Zeitungsausträgerinnen usw. kommen. Heute nach sechs Jahren dürften diese Zahlen schon wieder erheblich überholt sein. Nach einer Schätzung des Vereins für Kinderhorte, die eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist, sind in Berlin **20 000 Kinder ohne die genügende Aufsicht und Pflege** während der Arbeitszeit der Mütter. Diesen Notstand gleichen nur **134** Hortanstalten, die höchstens 6500 Kinder fassen können, einigermaßen aus. Demnach ist für mehr als 13 000 aufsichtslose Kinder in Berlin nicht genügend gesorgt. Zur Illustrierung dieses Notstandes zitiert der Jahresbericht aus der Denkschrift des Fräulein Dr. Dünsing:

„Wenn die industrielle Arbeit der verheirateten Frau eine unabänderliche Konsequenz der materiellen Lage der Arbeiterbevölkerung ist, wenn diese materielle Lage der Arbeiterbevölkerung die unabänderliche Konsequenz der Wirtschaftsweise ist, mittels deren der Staat lebt, auf die er sich stützt, so ist auch seine Pflicht ebenso wie sein größtes wirtschaftliches Interesse, die unverschuldete Not, in der sich Hunderttausende deutscher Kinder befinden, zu beheben.“

Das darf natürlich nur in Form von pekuniärer Förderung, nicht durch Verstaatlichung der Horte geschehen. Der Staat, der unser Geld für militaristische Zwecke gebraucht, hat auch für die Verstaatlichung des Hortwesens nicht die geringste Neigung. Aber auch die freie Liebestätigkeit ist, wie die Erfahrung lehrt, längst an der Grenze des Leistungsfähigen angelangt. Wenigstens zeigen sich die besitzenden Kreise nicht bereit, noch mehr zu geben, obwohl sie ohne große Schmerzen allen Ansprüchen genügen könnten. Es bleibt also, wenn man radikal helfen will, nur die Verstadtlichung übrig, die Uebernahme der Aufsicht und Pflege aller aufsichtslosen Kinder in städtische Regie. Diese Entwickelung des Hortwesens ist auch in Berlin trotz aller Widersprüche auf die Dauer nicht aufzuhalten. Sie wird kommen, wenn die Not immer größer geworden ist und der Kommunalfreisinn endlich einsieht, daß er auch auf diesem Gebiete nicht mehr bloß mithinken darf.

Soziale Frauenhilfe in Krankenhäusern.

Die Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege hat in ihrer Sitzung am 2. d. Mts. einen Antrag der Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit, in sämtlichen städtischen Krankenhäusern einen systematisch ausgestalteten sozialen Dienst durch in der Wohlfahrtspflege erfahrene Frauen zuzulassen, genehmigt. Diese werden an bestimmten hierfür festgelegten Tagen die Krankenstationen besuchen, um von den Patienten — eventuell mit Hilfe der Schwestern oder Aerzte — zu erfahren, ob durch ihre Krankheit die Lebensverhältnisse ihrer Familie so beeinflußt sind, daß eine soziale Fürsorge nötig ist, oder ob für sie selbst beim Verlassen des Krankenhauses irgend eine besondere Hilfe, Vermittelung einer neuen Arbeitsgelegenheit, Beschaffung von Pflegemitteln, Erholungsaufenthalt oder dergleichen erforderlich ist. Bei kranken Müttern kommt auch die Unterbringung der Kinder in Horten oder Heimen oder ihre Versorgung durch eine Hauspflegerin in Frage, bei kranken Familienvätern Beschaffung von Arbeitsgelegenheit oder Unterstützung für die Frau. Ein ähnlicher Dienst besteht bereits seit längerer Zeit in einzelnen Stationen des Krankenhauses Moabit sowie auch bei der königl. Charité.

Ferner hat die Deputation beschlossen, daß in der voraussichtlich im Frühjahr zur Eröffnung gelangenden Anstalt für leichtkranke Männer den Kranken alkoholhaltige Getränke ohne ärztliche Erlaubnis nicht verabreicht werden sollen. Es ist anzunehmen, daß dieser Beschluß für die Alkoholbekämpfung nicht ohne Bedeutung bleiben wird.

Kosten des Schneefalls.

Der außergewöhnlich starke Schneefall, der am 30. Dezember früh eintrat und während des ganzen Tages bis in die Nacht hinein anhielt, hat der Stadt Berlin rund 410 000 M. Kosten für die Beseitigung verursacht. Die Abfuhr kostete unter ausgiebiger Benutzung der Kanalisation und der öffentlichen Wasserläufe zum Schneeeinwurf 310 500 M., das ist für den Kubikmeter rund 82 Pf. Unter Hinzurechnung der Löhne für die eingestellten Hilfsmannschaften und der Bespannungskosten für die Schneepflüge betragen die Gesamtkosten die angegebene Summe von 410 000 M., also für die Gesamtstraßenfläche Berlins, welche 11 350 000 Quadratmeter umfaßt, 3,8 Pf. auf den Quadratmeter.

Aus der städtischen Gasverwaltung.

Die Deputation der städtischen Gaswerke hat gestern beschlossen, die Dezentralisation der Verwaltung weiter auszudehnen. Gleichzeitig wurde eine Vorlage über Neubauten usw. angenommen. Die Kosten sind mit 2½ Millionen Mark veranschlagt. In der Wuhlheide sollen neue Wege nach der dortigen Gasanstalt angelegt werden, wofür 145 000 M. bewilligt wurden.

Die Blauveilchen des Kronprinzen.

Man schreibt uns: Genau dieselbe Geschichte, daß der deutsche Kronprinz an der Kranzlerecke aus dem Wagen sprang, einem fliegenden Blumenhändler ein Veilchensträußchen ablaufte und dafür ein Zwanzigmarkstück bezahlte, habe ich vor etwa einem Jahre im „Berliner Lokal-Anzeiger“ gelesen. Es liegt also die Möglichkeit vor, daß das Scherlsche Hofblatt oder einer seiner „Spezial“-Berichterstatter in der sattbekannten Verhimmelungsmanie wieder mal geflunkert hat. Wenn aber das Geschichtchen nicht erfunden sein sollte, würde ja die Wiederholung nur erkennen lassen, daß Methode in der Sache liegt. Liebling des Volks zu sein . . .?

Nee, so leichte nich mehr, sagt Michel.

Erfahrungen mit Toilettenpachtung.

Eine Toilettenpachtung, die durch Artur Gröbing u. Co., Zentralbureau für Verpachtungen, besorgt worden war, wurde gestern vom Amtsgericht Berlin-Mitte geprüft. Die Pächterin hatte von diesem Bureau eine Damentoilette in den Kammerlichtspielen am Potsdamer Platz gepachtet, wofür sie pro Monat 80 Mark zahlen und das Pachtgeld mit zusammen 240 Mark für drei Monate im voraus entrichten mußte. Sie klagte auf Rückzahlung der bereits am 19. Dezember an Artur Gröbing u. Co. gezahlten 240 Mark, weil sie am 1. Januar, dem für die Uebernahme der Toilette vereinbarten Tag, diese nicht hatte übernehmen können. Zugesagt war ihr durch schriftlichen Ausweis die Toilette des ersten Stockwerks, aber als sie sich am 1. Januar dort einstellte, wurde die Toilette noch von der früheren Inhaberin verwaltet. Ueberdies erhob Anspruch auf dieselbe Toilette noch eine andere, gleichfalls am 1. Januar sich einfindende Pächterin, die einen noch früher mit Artur Gröbing u. Co. geschlossenen Pachtvertrag vorweisen konnte. Schließlich erhielt diese andere Pächterin am 15. Januar die Toilette des ersten Stockwerks überwiesen, die erstgenannte Pächterin aber mußte suchen, durch Klage wieder zu ihrem Gelde zu kommen. Wir haben diese Dinge und auch einige andere mit dem Bureau Artur Gröbing u. Co. gemachte Erfahrungen erst kürzlich eingehend besprochen. Vor Gericht erschien nicht der Firmeninhaber, sondern als Vertreter ein Angestellter. Er gab auf Befragen an, daß ein Herr Gröbing früher Teilhaber der Firma war und jetzt ein Herr Artur Keil alleiniger Inhaber ist. Die Rückzahlung der 240 M. lehnte der Vertreter ab. Gegen den Vorwurf einer Doppelverpachtung wendete er ein, die Pachtung der anderen Pächterin habe erst ab 15. Januar gegolten. An diesem Tage wurde der Klägerin zugemutet, statt der ihr zugesagten günstig gelegenen Toilette des ersten Stockwerkes, die sie am 1. Januar nicht hatte übernehmen dürfen, zunächst die ungünstiger gelegene des zweiten Stockwerkes zu übernehmen und dann alle 14 Tage mit der anderen Pächterin zu wechseln. Der klagenden Pächterin war von Artur Gröbing u. Co. schon durch Schreiben vom 3. Januar wegen Nichtzustandekommens der Pachtübernahme eine Vergütung zugesichert worden, aber auf Zahlung einer solchen hatte sie vergeblich gewartet. Als sie das Schreiben dem Gericht vorlegte, mußte der Vertreter des Beklagten zugeben, daß die Firma diese Vergütung zu zahlen habe. Versprochen waren pro Tag 2 M., es waren also bis 3. Februar 68 M. zu zahlen, wie der Vertreter anerkannte. Dasselbe Schreiben hatte auch zugesichert, daß bei anderweitiger Verpachtung das Pachtgeld sofort zurückgezahlt werden würde. Daß die Toilette, da sie ja einer anderen Pächterin übergeben wurde, tatsächlich bereits anderweitig verpachtet sei, wollte der Vertreter nicht gelten lassen. Weil er dabei beharrte, die Rückzahlung der vollen 240 M. zu verweigern, so mußte vertagt werden. Klägerin hat ihren Pachtvertrag schon am 2. Januar in Händen der Kriminalpolizei gelassen, als sie dort ihre Erfahrungen mit Gröbings Bureau zu Protokoll gab. Zum nächsten Termin soll der Vertrag herbeigeschafft und die andere Pächterin geladen werden.

Zeugengesuch. Am 7. August 1913, gegen Mittag, stürzte in der Nähe Am Friedrichshain das Pferd (Schimmel) eines mit einem Leitergerüst beladenen Wagens an einen Brunnen. Zeugen des Vorfalls, besonders die beiden Rollkutscher, welche den Wagen an den ihrigen anhängten, werden um Angabe ihrer Adressen an Zimmerer Göres, Nieder-Schöneweide, Hasselwerder Str. 32, vorn I, gebeten.

Verloren. In der Nähe Schönhauser Allee eventuell Lychener Straße ist ein Wahlvereinsbuch, lautend auf den Namen Richard Schimmelpfennig, sowie ein Verbandsbuch des Malerverbands, auch noch andere Papiere enthaltend, verloren gegangen. Man bittet, dasselbe abzugeben: Stolpische Str. 46, Gastwirtschaft von Alwin Schulze.

Bravouröse Leistung eines deutschen Fliegers.

Einen erfolgreichen Angriff auf den von dem Franzosen Fourny mit einer Flugzeit von 13 Stunden 22 Minuten gehaltenen Weltrekord im Dauerfluge hat am Dienstag in Johannisthal der Flieger Bruno Langer unternommen. Langer hielt sich mit seinem Pfeildoppeldecker „Roland" 14 Stunden 8 Minuten ununterbrochen in der Luft und hat damit den Weltrekord an sich gerissen.

Langer hatte alle Vorbereitungen für seinen großen Flug sehr sorgfältig getroffen. Er hatte in seinen Doppeldecker einen Riesenbenzintank einbauen lassen, der 580 Liter Benzin und 50 Kilogramm Oel faßte. In zwei Thermosflaschen führte er heiße Milch und Kraftbrühe bei sich, außerdem nahm er während des Fluges etwas Fleisch zu sich. Um 8 Uhr 10 Minuten erfolgte der Start vor dem Wright-Schuppen in Johannisthal. Der Doppeldecker kam trotz der riesigen Belastung leicht vom Boden ab und stieg schnell bis auf 300 Meter Höhe. Diese Lage hielt Langer fast während des ganzen Tages inne und rundete mit bemerkenswerter Pünktlichkeit die Flugbahn. Seine Geschwindigkeit betrug dauernd 100 Kilometer in der Stunde. Obwohl er zwei Chronometer an Bord führte, wurden ihm vom Erdboden aus doch die zurückgelegten Stunden, so lange es Tag war, durch große Tafeln kenntlich gemacht. Mit Anbruch der Dunkelheit flammten auf dem Platz die verschiedenen Leuchtfeuer auf, um Langer seine einzuschlagende Richtung anzuzeigen.

Vorortnachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde in eine allgemeine Besprechung des Etats eingetreten. An Steuern werden vorgeschlagen: 110 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer; 188,37 Proz. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer. Ferner 3 Proz. vom gemeinen Wert der bebauten Grundstücke, 6 Proz. Zuschlag vom gemeinen Wert der unbebauten Grundstücke, 5,5 Proz. der unbebauten Grundstücke am Stadtpark bis zu einer Entfernung von 100 Metern von den Grenzen des Parkes, 5 Proz. Zuschlag der unbebauten Grundstücke am Stadtpark von mehr als 100 bis zu 400 Metern von den Grenzen des Parkes, 4 Proz. Zuschlag werden von den mehr als 400 bis zu 500 Metern von den Grenzen des Parkes gelegenen und 3 Proz. Zuschlag von den 500 bis zu 700 Metern gelegenen unbebauten Grundstücken erhoben. Außerdem werden erhoben: 141,89 Proz. der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer, umzulegen mit 165 Proz. der Klasse 1; 150 Proz. der Klassen 2 und 3 und 100 Proz. Steuer der Klasse 4.

Kämmerer Machowicz erklärte, daß ein Ueberschuß von 180 000 M. dem Reservefonds zugeführt werden könne. — Zobel (Lib. Fr.) sprach dem Kämmerer seine Anerkennung über die rechtzeitige Einbringung des Etats aus. Der Etat zeige, daß von einer trostlosen Lage der Stadt keine Rede sein könne. Auch treffe nicht zu, was die Haus- und Grundbesitzer in einer herausgegebenen Festschrift behaupten, nämlich, daß die Stadt für den Hausbesitz nichts getan habe. Der Hypothekenbankverein habe bereits über eine Million Mark ausgeliehen. Zu wünschen sei, daß für Spielplätze größere Mittel eingestellt werden.

Jatzow (Fr. Fr.) meinte, man könne auf den Etat nicht allzu stolz sein, denn der Ueberschuß sei doch sehr gering. Eine Sicherung des Hypothekenmarktes trete erst dann ein, wenn die Umsatzsteuer fallen gelassen werde. Die Neubebauung der Schloßbrauerei scheine noch in weiter Ferne zu liegen, trotzdem jetzt eigentlich eine günstige Zeit für die Bebauung sei. Zu wünschen wäre auch, daß dem Hypothekenmangel mehr abgeholfen werde, dann werde auch alles besser aussehen.

Genosse Bernstein: Die Vorredner haben sich mit Auseinandersetzungen aufgehalten, ohne den Etat zu berücksichtigen. Das ganze Gerede des Redners der Freien Fraktion erwecke den Eindruck, wie wenn ein Vater, der sein Gut mit Hypotheken überlastet hat, seinem Sohne einen Vorwurf daraus macht, daß das Gut überschuldet sei. Wenn die Weitererhebung der 110 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer vorgeschlagen wird, so widersetzen wir uns dem nicht, verlangen aber, daß von neuem an die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften mit der Forderung herangetreten wird, den Gemeinden mehr Spielraum zu geben, die besitzende Klasse stärker zu den Steuern heranzuziehen und die unteren Einkommensklassen zu entlasten. Als eine Wolke am Horizont unserer Finanzen rückt die Belastung durch die Groß-Berlin aufgenötigten Waldankäufe in immer greifbarere Nähe, ebenso das Projekt der Schaffung einer Ausgleichung der Volksschullasten in Groß-Berlin. Keiner könne diesen letzteren Gedanken sympathischer gegenüberstehen als wir. Aber dieser gesunde Gedanke werde verfälscht durch die Aufrechterhaltung der unorganischen Beziehungen der Gemeinden Groß-Berlins zueinander, die dadurch bewirkte Konkurrenz der Gemeinden miteinander verursacht eine Unsumme falscher Kosten und erschwert die richtige Verwendung der Gemeindemittel. Auch die sozialdemokratische Fraktion halte es für verfehlt, den erwarteten Gewinn aus dem vorgeschlagenen Vertrag mit den Charlottenburger Wasserwerken, der doch noch gar nicht da ist, in den Etat als Einnahmen einzusetzen. Sie ist für die Errichtung eines eigenen Wasserwerks. Sollte sich das nicht machen lassen, so sind wir für den Anschluß an die Wasserwerke Berlins. Jeder Schritt, der die Gemeinden Groß-Berlins in engere Verbindung bringe, habe die sozialdemokratischen Vertreter zu Freunden. Daher begrüßen wir auch den Vertrag mit Wilmersdorf über gemeinsame Benutzung des hiesigen Krankenhauses. Infolge der ungünstigen Konjunktur konnte man nicht erwarten, daß Umsatz- oder Wertzuwachssteuer höhere Einnahmen abwerfen. Bei den Straßenreinigungsarbeitern fehle immer noch der achtstündige Arbeitstag, obwohl beim Pumpwerk derselbe sich bewährt hat. Beim Friedhof sollten die Leichenträger fest angestellt werden. Ebenso sollte endlich die Heraufsetzung des Aufenthalts der Kinder im Erholungsheim zu Bolddirum von 6 auf 9 Wochen beschlossen werden. Desgleichen die Errichtung des Ferienheims in Sternberg. Es fehle immer noch das städtische Entbindungsheim, obwohl es längst beschlossene Sache sei. Anzuerkennen sei die gute Entwickelung der städtischen Schulzahnklinik. Das Rieselgut liege danieder, weil der bisherige Dezernent sich der Aufgabe nicht so widmen konnte, wie es erforderlich wäre. Darum müsse jetzt ein Mann mit Fachkenntnissen das Dezernat erhalten, der sich der Sache dauernd widmen könne. Den Vorschlag, für die Fortbildungsschule jetzt ebenfalls Schulgeld zu erheben, lehne seine Fraktion ab. Die Lehrlinge könnten nichts zahlen, und unter den Meistern seien Kleingewerbetreibende, die genug zu leiden hätten. Ueberhaupt solle die Benutzung von sozialen Instituten dieser Art nicht besteuert werden. Die Polizeikosten seien wieder erheblich erhöht worden und nichts sei dazu gesagt worden von den Vorrednern, wir aber sagen, daß hier immer wieder von neuem protestiert werden muß. Die Forderung kann nicht abgelehnt werden, weil sie gesetzlich aufgezwungen ist, aber still könnten wir nicht sein. Die zweite städtische Badeanstalt muß errichtet werden, ebenso die Turnhalle für Arbeiter. Nicht sollte gespart werden an sozialen Aufgaben, aber auflehnen wollen wir uns, wo die freie Enthaltung kommunaler Arbeit durch behördliche Maßnahmen eingeschränkt werden soll.

Oberbürgermeister Dominicus teilte zunächst mit, daß bei der Untergrundbahn sich die Einnahmen erfreulich bessern. Wenn Herr Jahow gemeint habe, es sind Zahlen eingesetzt, die in der Luft schweben, so irre er sich. Der Gemeinschaftsbahnhof am Rollendorfplatz und die Erschließung und Bebauung des Südgeländes werden große Ausgaben notwendig machen, so daß die Forderungen des Herrn Bernstein noch lange zurückgestellt werden müßten. Im allgemeinen könne man sagen, daß die Stadt sich in einer soliden Finanzlage befinde. Der Ueberschußfonds werde nicht in Anspruch genommen werden, sondern derselbe dürfte bald Zuführungen erhalten. Kämmerer Machowicz betonte noch, daß die Warmwasserversorgung die Stadt außerordentlich belastet habe. Die Umsatzsteuer sei erheblich zurückgeblieben, jedoch werde wieder ein langsames Steigen eintreten. — Der Etat wurde dem Etatsausschuß überwiesen. Beim Titel Friedhof wurden für Arbeiterlöhne einige Beträge verlangt, die bewilligt wurden.

Für Entsendung von Arbeitslosen in die Kulturarbeitsstätten des Vereins für innere Kolonisation wurden 500 M. verlangt. Schmedes (Lib. Fr.) erklärte, es handele sich um einen Versuch, darum sollte man die Summe bewilligen. — Küter meinte, da eine genügende Klärung über diese Frage noch nicht vorhanden sei, wäre es gut, die Beschlußfassung zu vertagen. Die Versammlung stimmte dem zu. Die Einrichtung einer Mädchenhandelsschule durch die Aeltesten der Kaufmannschaft wurde gutgeheißen. Es wurde jedoch die Bestimmung getroffen, daß das Schulgeld nicht höher sein dürfe wie in Berlin, sodann soll eine obligatorische Turnstunde eingeführt werden.

Bei der hierauf erfolgten Besetzung der Deputationen wurde die sozialdemokratische Fraktion ihrer Stärke entsprechend berücksichtigt. Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Neukölln.

Ueber die Aufnahme einer neuen Anleihe im Betrage von 37,2 Millionen Mark wird die Stadtverordnetenversammlung in ihrer nächsten Sitzung Beschluß fassen. Die Anleihe ist zur Deckung folgender Kosten bestimmt: Regulierung von Straßen einschließlich Erwerb von Straßenland 5 000 000 M., Verbesserung der Verkehrsverhältnisse des sogenannten oberen Ortsteils zwischen Hermannstraße und Tempelhofer Feld nach Berlin 1 600 000 M., Verstärkung der Anleihemittel für den Bau der Volksbadeanstalt und Schwimmanstalt 705 000 M., Anlage und Einrichtung des Jubiläums-Spiel- und Sportplatzes an der Grenzallee 380 000 M., die Grunderwerbskosten für eine zur Erweiterung der Oberrealschule in der Emserstraße erforderliche Parzelle 88 000 M., den Erweiterungsbau für das Lyzeum am Richardplatz 250 000 M., Bau einer Handwerker-Pflichtfortbildungsschule einschließlich Grunderwerb 1 000 000 M., Erweiterung der Kanalisationswerke, Rieselfelder, einschl. Grunderwerb, Erweiterung der Rieselgüter durch Aus- und Neubau der Wirtschaftsgebäude usw. 3 510 000 M., Bau einer neuen Feuermeldeanlage und Anschaffung neuer Löschgeräte 240 000 M., Herstellung des Körnerparkes 1 297 000 M., Einrichtung einer Stadtgärtnerei 100 000 M., Anlage zum Schutze gegen die Sandplage auf dem Tempelhofer Felde und Schaffung von Grünflächen 200 000 M., Bau einer Straßenreinigungsanstalt und Feuerwache, zweite Rate 320 000 M., Ausbau des Krankenhauses Buckow 200 000 M., Deckung der Grunderwerbs- und Baukosten für ein im Stadtbezirk zu errichtendes Privatkrankenhaus, erste Rate 2 000 000 M., Bau einer Desinfektionsanstalt 190 000 M., Bau eines Altersheims 200 000 Mark, Erwerbskosten für das zum Bau der Taubstummenanstalt bestimmte Grundstück 270 000 M., Bau eines Verwaltungsgebäudes im neuen Stadtteil hinter der Ringbahn 500 000 M., Schaffung neuer und Verbesserung bestehender Verkehrsbedingungen 500 000 M., Herstellung einer Unterführung der Kaiser-Friedrich-Straße unter der Anschlußbahn Neukölln—Nieder-Schöneweide am Bahnhof Köllnische Heide 500 000 M., Herstellung und Ausbau von Hafenanlagen am Neuköllner Schiffahrtskanal 5 200 000 M., Erweiterung der städtischen Gaswerke 4 300 000 M., Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes 3 500 000 M., Bau eines Schiller-Theaters der Stadt Neukölln 1 000 000 M., Bau von Gemeindeschulen 3 065 000 M., Bau eines Ferienerholungsheims in Ueckritz einschließlich Grunderwerb 185 000 M., Bau eines Sparkassengebäudes einschließlich Grunderwerb 1 000 000 M.

Der Verwalter des Hauses Innstr. 27, Herr Hammerschmidt, sendet uns mit Bezug auf die in der Sonnabendnummer des „Vorwärts" veröffentlichte Notiz: „Ueber mangelnde soziale Einsicht eines Hausverwalters" ein Schreiben, worin er bestreitet, daß er den am 31. Dezember 1912 eingezogenen Mieter auf Räumung verklagt habe. Ihm sei vielmehr die Miete gleich im Anfang zweimal gestundet worden. Als der Mieter im Anfang Februar wiederum Stundung nachgesucht habe, sei ihm zirka 10 Tage Frist gegeben worden. Erst etliche Tage nach Ablauf der Frist habe er, H., Klage erhoben; das ergangene Räumungsurteil sei indessen nicht vollstreckt worden. Die jetzt angedrohte Exmission sei erfolgt, weil der Mieter sich den Mietsvertrag verletzende Uebergriffe habe zu schulden kommen lassen.

Die körperliche Erziehung des Kindes. Der nächste Vortrag „Das Kind im Spielalter" (zweites bis sechstes Jahr) wird vom ersten Arzt der städtischen Säuglingsfürsorgestelle Dr. M. Cohn am Donnerstag, den 5. Februar, im alten Sitzungssaal des Rathauses, Eingang Berliner Str. 61 I, gehalten werden. Beginn abends 8 Uhr. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Wilmersdorf.

In einer trostlosen Verfassung befindet sich die städtische Turnhalle, die seit Jahren auch der Freien Turnerschaft zu ihren Leibesübungen zur Verfügung steht. Die Halle war früher ein Tanzsaal; da das Gebälk bereits morsch ist, können Hängegeräte nicht mehr angebracht werden. Nun befindet sich auf dem Grundstück Berliner Straße 40 die städtische Fleisch- und Fischhalle. In Ermangelung anderer Räumlichkeiten sah sich der Magistrat genötigt, in der Turnhalle einige Kühlräume zu bauen. Von der Vornahme der Baulichkeiten wurde indessen die Freie Turnerschaft nicht in Kenntnis gesetzt, weshalb eines schönen Tages die Mitglieder derselben wieder nach Hause gehen mußten. Kaum daß nach wochenlangem Warten der Turnbetrieb wieder aufgenommen werden konnte, traten neue Zwischenfälle ein. Augenblicklich ist auf dem Grundstück mit der Bauerei wieder einmal Hochkonjunktur, weshalb in der Turnhalle die Baumaterialien verstaut werden. Reste von Kanalisationsröhren, geteerte Korkplatten, Mörtel, Bauschutt und für den Bedarf der Fleischhalle umherliegende Säcke mit Salz machen die Ausübung des Turnsports zur Unmöglichkeit. Am letzten Freitag endlich wurde in die Halle noch ein mit Fischschuppen dekorierter Ladentisch gestellt. Wir können uns nicht denken, daß der Magistrat von einer solchen Verschandelung der Halle Kenntnis hat. Denn da der Verein jährlich 150 M. Miete für die Benutzung derselben zahlen muß, hat er doch auch einen Anspruch darauf, dieselbe in ordnungsmäßigem Zustand vorzufinden, ganz abgesehen davon, daß städtische Behörden einem solchen Sport nicht unnötige Schwierigkeiten machen dürfen.

Tempelhof.

Einen hohen künstlerischen Genuß für alle Musik- und Gesangliebende verspricht der vom Bildungsausschuß zum 7. Februar, abends 8 Uhr, im „Wilhelmsgarten" veranstaltete Schubert-Abend. Die Eintrittskarte hat einen dauernden Wert, indem sie außer der Vortragsfolge eine Einführung in die Werke Schuberts und die Texte der zum Vortrag gelangenden Lieder enthält. Mitwirkende: Das Kutschke-Quartett (1. Violine, 2. Violine, Cello und Violoncello). An Stelle des erkrankten Herrn v. Guttmann singt Herr Dr. Rud. Klutmann (Bariton). Eintrittskarten a 60 Pf. sind noch bei allen Bezirksführern des Wahlvereins und in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft zu haben.

Grünau.

Unter der Einwirkung des Alkohols rief der 22jährige Sohn der Eigentümerin B. in der Nacht vom Sonntag zum Montag recht unerquickliche Szenen hervor. Nachdem derselbe wegen seines rohen Benehmens aus den verschiedensten Lokalen entfernt worden war, suchte der herbeigeholte Nachtwachbeamte und ein zu Hilfe gerufener örtlicher Angestellter ihn nach Hause zu bringen. B. schlug jedoch auf die Beamten ein und verletzte den Hilfsbeamten B. schwer im Gesicht. Des Publikums bemächtigte sich eine berechtigte Erregung und es verabfolgte dem B. eine gehörige Tracht Prügel. Doch auch das half nichts. In der Stromstraße verletzte B. dem einen Beamten einen Fußtritt, sodaß derselbe zu Boden stürzte. Erst einem herbeieilenden Jugendfreund gelang es, den B. nach Hause zu bringen. Das Verhalten der beiden Beamten war äußerst rücksichtsvoll und es schien, als ob diese Rücksicht deshalb geübt wurde, weil es sich um den Sohn wohlhabender Eltern handelte. Wo waren übrigens die drei Gendarmen, um den bedrängten und schutzlosen Nachtwachbeamten beizustehen?

Köpenick.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Paul Kaiser in der üblichen Weise. Alsdann hielt Genosse Köster-Charlottenburg einen Vortrag über das Werden und Vergehen der Welten und die Astronomie. Die Ausführungen wurden mit regem Interesse verfolgt und am Schluß mit lebhaftem Beifall belohnt. — Zur Aufnahme in den Wahlverein hatten sich 15 neue Mitglieder gemeldet, die ohne Widerspruch aufgenommen wurden. Hierauf gab Genosse Kteßling den Kassenbericht vom 3. Quartal. Einer Einnahme von 1726,05 M. steht eine Ausgabe von 1475,50 M. gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 250,55 M. verbleibt. Einem Antrage des Sportkartells, der besagt, daß Billetts zu Vergnügungen, die nicht den Stempel des Sportkartells tragen, von der organisierten Arbeiterschaft zurückgewiesen werden sollen, wurde debattelos zugestimmt. Genosse Witzler teilte mit, daß ein Antrag von Genossen der Köllnischen Vorstadt die Einführung einer Kartothek nach Neuköllner Muster verlangt. Nach lebhafter Debatte wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Genossin Kitzing führte Beschwerde darüber, daß der Vorstand es abgelehnt habe zu dem Referentinnenkursus drei Genossinnen zu entsenden. Sie sei der Meinung, daß man den Genossinnen etwas mehr Entgegenkommen zeigen müßte, um so mehr als zur Teilnahme an diesem Kursus anstatt einer, vom Kreise drei Genossinnen zugestanden worden seien. Der Vorstand rechtfertigte sein Verhalten damit, daß er in dieser Angelegenheit nach bestem Ermessen gehandelt habe. Zum Schluß teilte Genosse Herbst mit, daß am 25. Februar der Vortragskursus über „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung" beginnt. Derselbe erstreckt sich über vier Abende. Der Preis für den ganzen Kursus beträgt 30 Pf. Vortragender ist Genosse Däumig.

Mittenwalde.

Die Notwendigkeit einer intensiveren Agitation für unsere Organisation und Presse zeigte wieder einmal die am Sonntag hier abgehaltene, leider nur mäßig besuchte, öffentliche Versammlung, in der Genosse Karl Bücke-Berlin über das Thema: „Das Koalitionsrecht in Gefahr" und „Immer feste drauf" referierte. Aus den trefflichen, mit großem Beifall aufgenommenen Darlegungen gewannen die Versammelten die Ueberzeugung, daß sie mehr als bisher für die Arbeiterbewegung wirken müssen. Zum Schluß der Versammlung verlas der Vorsitzende eine Petition des Wahlvereins, in welcher der Magistrat um die Einführung einer besseren Straßenbeleuchtung ersucht wird.

Potsdam.

Für Straßenpflasterungen und Bürgersteiganlagen ist für das Jahr 1914 der Betrag von 132 425 M. in Aussicht genommen. Es handelt sich um die Behlertstraße, die den Betrag von 69 725 M. erfordert. Mit der Pflasterung ist gleichzeitig eine Verbreiterung der Straße vorgesehen. Ferner ist die Pflasterung der Wollnerstraße vorgesehen. Hier betragen die Kosten 53 900 M. Noch nicht sicher ist, ob auch die Osthälfte der Priesterstraße neues Pflaster erhalten wird. Sollte diese Pflasterung beschlossen werden, wird sich der oben angegebene Betrag um 15 900 M. erhöhen. Eine Zusammenstellung der Straßen, die der Neupflasterung bedürfen, hat ergeben, daß der Betrag von 619 125 M. notwendig sein würde, wenn sie alle im kommenden Jahre berücksichtigt werden sollten.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Mariendorf. Donnerstag, den 5. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Rathause, Kaiserstraße.

Neukölln. Donnerstag, den 5. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Rathause, Berliner Str. 63.

Rosenthal. Am Donnerstag, den 5. Februar, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Schillerstraße.

Tempelhof. Am Donnerstag, nachmittags 5½ Uhr, im Gemeindesitzungszimmer, Dorfstr. 42.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Pankow-Niederschönhausen. Jugendheim. Heute Mittwoch, Mädchenabend. Freitag, den 6. Februar, dritter Vortrag des Herrn Ingenieur Meixner über: „Das alte Testament". Sonntag, den 8. Febr., nachmittags 1½ Uhr, Spielen im Freien auf dem Spielplatz, Kissingenstraße (Amtsgericht). Abends zwanglose Unterhaltung im Heim.

Das Sportkartell von Ober- und Nieder-Schöneweide hält heute abend im Waldhaus in Nieder-Schöneweide eine Versammlung ab, zu der die Arbeitersport treibenden Genossen eingeladen sind.

Marktpreise von Berlin am 2. Februar 1914. nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums. Mais (mixed), gute Sorte 16,90—17,20. Donau 16,00—16,30. Mais runder), gute Sorte 14,90—15,30. Richtstroh 0,00—0,00.

Marktballenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 36,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,60. Aale 1,60—3,40. Zander 1,20—3,20. Hechte 1,60—2,80. Barsche 0,80—2,20. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—24,00.

Witterungsübersicht vom 3. Februar 1914.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°C = 32°F	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°C = 32°F
Swinemde.	766	SSW	3	heiter	2	Hadaranda	742	N	4	wolkenl	—10
Hamburg	766	SW	3	halb bd.	2	Petersburg	746	WSW	3	Regen	4
Berlin	768	S	1	heiter	—0	Scilly	761	S	4	bedeckt	11
Frankf. a. M	772	Still		Nebel	—3	Aberdeen	757	SW	1	wolkenl	3
München	774	SSW	2	heiter	—6	Paris	769	SSO	2	wolkenl	0
Wien	775	O	1	Nebel	—8						

Wetterprognose für Mittwoch, den 4. Februar 1914.

Vielfach heiter und am Tage mild bei mäßigen südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 2. 2. cm	seit 1. 2. cm[1]	Wasserstand	am 2. 2. cm	seit 1. 2. cm[1]
Memel, Tilsit	457	+57	Saale, Grochlitz	171[5]	+1
Pregel, Insterburg	258[3]	+95	Havel, Spandau[3]	96[3]	0
Weichsel, Thorn	180[4]	+7	„ Rathenow[3]	120	—10
Oder, Ratibor	159[3]	—2	Spree, Spremberg[3]	106	0
„ Krossen	147	—3	„ Beeskow	138	—4
„ Frankfurt	278	—15	Weser, Münden	163	+1
Warthe, Schrimm	216	—10	„ Minden	254	0
„ Landsberg	237[3]	+1	Rhein, Maximiliansau	346	—4
Netze, Bordamm	79	—29	„ Kaub	174	—3
Elbe, Leitmeritz	117	—2	„ Köln	179	—7
„ Dresden	—150	—2	Neckar, Heilbronn	88	+10
„ Barby	109	+2	Main, Hanau	317[5]	—5
„ Magdeburg	82	+2	Mosel, Trier	89	—2

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. [4]) Treibeis.

Amol das Hausmittel!

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Allgemein-Verschiedenes

Grunow's Kaffee-Versd. Dresdenerst. 76
C. Kisch Lindenstr. 105 Speck- und Schinkensalzerei.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Jamb. Messina- u. Römertrank-Kell. C.25 Barnimstr. 9a, Fernsp. Kgst. 12706

Arbeiter-Berufskleidung

Kelner, Otto, Gerichtstraße 86.
Partiewareng., Tegel, Brunowst. 49
F. Zillnt, Waldemarstr. 64 a.

Auto-Fahrschule

Centr. Auto Technikum Norden Prinzen-Allee 42/43 Chauffeurschule
Tages- und Abend-Kursus
Eintritt jederzeit. Prospekte gratis.

Bade-Anstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Bad Alt-Moabit 104 Liefr. aller Krank.-Kass.
Bad Landsbergerstr. 107 Gollnowstr. 41.
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Bad Frankfurt, Gr. Frkft. Str. 130. Lieferant sämtl. Krankenkassen
Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.
Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. a. Bh.
Kur-Bad Treptow, Bouchéstr. 18
Lindenbad Lindenstr. 109 Soolquelle Friedrichst. 8. Lief. a. Kass.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bad Ostend Boxhag.-Str. 17 Lief. all. Kassen
Original Lohtannin-Bad Wallstr. 70/71 früh. Münsel Smtl. Bäder, auch f. Krankenk.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Reform-Bad Weißensee, Lehderst. 104
Schiller-Bad, Müllerstr. 153a.
Silesia -Bad- Schlesische Str. 21.

Bandagen, Gummiwaren

R. Banke, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166
Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 39.
Meyer, P., Nkln., Berlinerstr. 49—50
H. Neusch, Breitest. 24, Spandau.
J. Ch. Pollmann, Lothringerstr. 60.
M. Spranger, Reinickend. Str. 11.

Bäcker- u. Konditoreien

C. Adameck, Nkln., Jonasstr. 22
A. Albat, Marktst. 12/13, Reinickendorf
Albrecht, E., Fruchtstr. 29.
Landbrotbäcker. Herm. Albrecht
P. Andersch, Zionskirchstr. 17.
R. Anderson, Thüringerstr. 32
Asmus, Wilh., Esplanadenstr. 11.
K. Aust, Drontheimer Str. 40.
Wilh. Bagge, Wiclefstr. 55/6.
Willy Bär, Stromstr. 48.
Paul Berger, Mirbachstr. 29
P. Bethge, Nkln. Kais. Friedrichst. 234
E. Beyer, Thornerstr. 6.
Josef Brefka, Kirchhofstr. 46/47
A. Bickel, Elbingerstraße 33.
Otto Billepp, Kastanien-Allee 21 u. 69
Reinh. Blenkle, Wiesenstr. 10 a
R. Block, Soranerstr. 18.
Alw. Brämer, Romintenerstr. 40
Brotfabrik Reinersdorfer Mühle
F. Bockenkamp, Camphausenst. 6
Paul Bochnig, Pankow, Görschstr. 11
Rudolf Brechlin, Ockerst. 3 Nkln.
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19 a.
Waldemar Brose, Driesenerst. 3
Hermann Buß, Grünauerstr. 12.
Ewald Buchler, Weserstr. 47.
Ernst Buller, Brüsselerstr. 43.
Gust. Böhm, Gubenerstr. 26
G. Büchner, Nordhausenerstr. 20
Alb. Dachwitz, Kamerunerstr. 16.
Davids Landbrot, Reinickendorferstr. 39 Pallisadenstr. 44, Weißensee, E. Elisabethst.
Paul Delly, Markusstraße 15.
Albert Denkewitz, Jablonskistr. 14
Doliwa, Ferdinand Torellstr. 4
Otto Donath, Stolpischestr. 22.
H. Donner, Dunckerstr. 78.
Rud. Duncker, Pankow, Mühlenst. 71
Fritz Eichler, Bastianstr. 18.
W. Ernst, Pücklerstr. 42.
Franz Faulwetter, Manteuffelstr. 87.
Carl Feist, Friedenstr. 101.
Friedr. Flemming, Boxhagenerstr. 27.
Paul Freitag, Stuttgarterstr. 12.
E. Freyer, Blumenstr. 72, E. Markusstr.
R. Friedrich, Marienburgerstr. 28.
Heinrich Frister, Pankow, Florast. 60
Rob. Gebler, Wildenbruchstr. 68.
F. George, Wilhelmshavenerstr. 21.
Fritz Glauner, Chausseestr. 80.
Gumnior, R. Posenerstr. 16.
Wilh. Godt, Emdenerstr. 38.
R. Gonsior, Treptow, Grätzstr. 65.
O. Görh, Winsstr. 31, [illegible]
Große-Rhode, Reinickendorferst. 95
Groß-Bäckerei „Berolina" i. West.
Paul Grisard, Pankow, Florastr. 10.
Paul Gärtner, Treskowstr. 44
A. Günther, Gr. Frankfurterst. 75
F. Haase, [illegible] Marienburgerst. 7
Karl Heidenreich, Münchenerst. 44
Karl Hennig, Steinmetzstr. 74
Gust. Heintschel, Havelbergerstr. 24.
G. Henning, Schmidtstr. 8a.
Joh. Hildebrandt, Rykestr. 32
Paul Hoppe, Hermsdorferstr. 8
Hoppe's Nachf. Kramarek, Adalbertst. 56
P. Husgen, Berlinerstr. [illegible]
L. Ihle, Gerichtstr. 58.
Max Jacob, Pflügerstr. 76-1.
Bernh. Jahn, Residenzst. 75, T. 563
Reinickendorf, Hauserstr. 3.
Paul Jarzasch, Sprengelstr. 33
Jendreyko, Immanuelkirchstr. 10
Fr. Jendreyko, Ohmstr. 9.
Max Jesse, Bandelstr. 27.
O. Jeske, Libauerstr. 1
F. Kanthak, Lichtenbergerstr. 21
Georg Kappe, Wilhelmshavenerstr. 8.
A. Kelb, Rostockerstr. 21.
F. Kiesewetter, Schivelbeinerstr. 16.
Friedr. Klinder, Mirbachstr. 57
R. Klinke, Weißens., Lehderst. 120.
J. Kluck, Residenzst. 155, Reinickend.
R. Kleiner, Schulstr. 102
Bäckerei, Conditorei Paul Koehn Bandelstr. 42.
Max Kniffert, Landsb. Allee 29.
Friedrich Knop, Bodestr. 31
Paul Köbernick, Wilh. Stolzestr. 35
A. Kosmehl, Nkln., Donaustr. 52-53

Bäcker- u. Conditoreien

A. Kosubeck, Sparrstr. 4
Josef Kroll, Weserstr. 179
Alb. Kratky, Cadinerstr. 19.
Landbr.-Bäck. Kröcher, Saalestr. 35a
C. Kunze, Liebigstr. 1.
Karl Kunerle Langestr. 48. Torten u. Altdeutsche
Max Kühl, Triftstr. 9
Felix Kynast, Dänenstr. 5.
Bäckerei Künscher Kastanien-Allee 87
P. Lamla, Immanuelkirchstr. 20
Ew. Liesegang, Danzigerstr. 42
Adolf Linde, Lichtbg., Wilhelmstr. 73
Carl Lindenberg, Lychenerstr. 4.
H. Löhn, Reinickend.-Ost, Kamekestr. 13
Fritz Lungwitz, Hohenlohestr. 3.
W. Luzemann, O., Gabriel Maxst. 5
W. Megow, Lichtenbg., Gürtelstr. 5
H. Markgraf, Charl., Goethestr. 49.
E. Markwerth, Pflügerstr. 11.
E. Maschler, Lichtenberg, Oderstr. 27
Anton Meyner, Landsbergerst. 17
Alfred Megner, Fuldastr. 55/6
Mühlstoff, Spandau, Bismarckstr. 1.
G. Mosler, Weißenburgerstr. 42
E. Muhle, Manteuffelstr. 87
Max Muth, Falkensteinstr. 37
Carl Neuendorff, Sickingenstr. 76
Wilhelm Niklau, Malplaquetst. 6.
Gustav Nielsen, Lindowerstr. 9
P. Nitschke, Cadinerstr. 4.
Paul Otto, Danzigerstr. 31
Robert Pötschke, Sprengelstr. 45.
J. H. Pepp, Amendestr. 104, Reinickend.-Ost
Herm. Prager, Gr. Frankfurterst. 3
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26.
Richard Rasch, Weichselstr. 64
Fritz Richter jr., Liebenwalderst. 13
Rob. Riedel Rekordbrotbäckerei Schulzendorferst. 38.
G. Riewe, Baumschlw., Baumschulenst. 87
C. Reisch, Bäcker, Hermannstr. 14 Nkölln.
F. Radloff, Nkln., Allerstr. 37,
Osw. Rauhut, Gürtelstr. 27
Gust. Rautenberg, Metzerstr. 11
Kurt Reinecke, Franzstr. 13
P. Reinholz, Treptow Kiefholzst. 17
Richard Rieger, Triftst. 55, Sparrst. 29
Otto Rectwisch, Simon Dachstr. 1.
F. Risleben, Samariterstr. 11.
R. Riemer, Pannierstr. 4.
Willy Rohde, Zellestr. 11
Hubert Rösner, Triftstr. 4
Alfred Rost, Reichenbergerst. 135
F. Sandmann, Treptow, Grätzstr. 35.
Wilhelm Sauter, Usedomerstr. 14.
W. Schaaf, Reinickend.-Ost, Provinzst. 83
Emil Schaller, Schreinerstr. 52.
P. Schinauer, Anklamerstr. 15.
P. Schirmer, Reinickend.-O., Provinzst. 53
Carl Schleich, O., Wühlischst. 3
Wilh. Schmidt, Liebenwalderst. 10
Paul Schmoll, Amsterdamerstr. 8.
O. Schneider, NW., Sömmeringstr. 18.
Willy Schneider, Melanchthonstr. 13.
Gustav Schöffisch, Dolzigerstr. 31
Paul Schön, Kopenhagenerstr. 74.
Eberhard Schönwiese, Lüderitzstr. 5
Paul Schröder, Reinickendorferstr. 27
E. Schön, Kniprodestr. 8
W. Schönwiese, Romintenerst. 54
Carl Schulz, Neukölln, Ilsestr. 30
Paul Schulz, Hufelandstr. 7
Paul Schunert, Stolpischestr. 28,
Adolf Schulz, Florastr. 78 Pank.
Paul Schürer, Tilsiterstr. 12.
Reinh. Schurwanz, Kastanien-Allee 46
Karl Schwarz, Thaerstr. 21
P. Schwarzbeck, Wiclefstr. 37.
Bruno Schwarz, Andreasplatz 3.
Schwencke, Herm. Rykestr. 23
E. Seelländer, Lennestr. 7.
Ernst Seifert, Reuterstr. 79
Robert Sell, Mainzerstr. 15
Reinhold Sperling, Jahnstr. 18.
E. Spiecmöder, Charlottb., Kantst. 83
Otto Stieler, Warschauerstr. 69.
P. Syguach, Schönh. Allee 150
Georg Tank, Christburgerstr. 30
Carl Täulges, Wildenowstr. 17
Carl Tennert, Schlesischestr. 19.
E. Tessmer, Residenzst. 125, Reinickend.
Emil Thomas, Voigtstr. 17
R. Tittel, Nkln., Selchowerstr. 29
Johann Troffer, Alleestr. 46
Turban Filialen in allen Stadtteilen.
F. Tzschetzsch, Wrangelst. 48
A. Unkrodt, Nkln., Weserstr. 47.
Otto Wagnitz, Müllerstr. 28
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.
C. Wackerhagen, Pank. Brehmestr. 41
Max Walter, Sebastianstr. 82
E. Weber, Provinzst. 87, Reinickend.-O.
Karl Weinholz, Kamerunerstr. 57
W. Wellnitz, Kopernikusst. 8 Wühlischst. 27
Arthur Wenner, Schillerpromenade 33
Clemens Weise, Jablonskistr. 1
Otto Winkler, Naunynstr. 73.
Fr. Wittig, Nordhausenerstr. 23.
O. Welschendorf, Waldstr. 22.
Otto Woworiera, Oldenburgstr. 8
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 85a
Paul Zastrow, Stromstr. 32.
M. Zeese, Immanuelkirchstr. 29
J. Zindler, Dahlwg., Behringstr. 9.
Zühlke, Glatzerstr. 7, Gürtelst. 23a

Beerdigungsanst. Sargmagz.

Berl. H.-Sargfabr. A. Lehmann, Gerichtst. 35
J. Liszczinski, Gerichtstr. 20.
Max Fuchs Oppelnerstr. 1 Frankfurter-Allee 170
F. Herhog, Kottbuserstr. 7.
O. Liedemit Berl. Christinenst. 14 Pankow, Berlin. St. 13
Hilde, Reinickendorf-W. Aug.-Vikt.-Allee 85
W. Pade, Reinickendorferstr. 119
H. Petermeier, Strelitzerstr. 8.
Theod. Poeschke, [illegible] Gr. K.-Allee
A. Sprinkmann, Schöneberg, Kolonnenst. 47

Beleuchtungsgegenstände

Büttner, A., Danzigerstr. 96.

Bettfedern, Betten

H. Holtz, Braunsbergerstr. 4 Reinickend.
W. Liebreich, Jablonskistr. 4.

Blumen und Kränze

G. Damerius, Maxstr. 13c.
Drescher jr., Landsbergerstr. 116
Blumen-Fischer-Zöllner Seestr. 60
Jul. Großer, Pankow, Florastr. 94
M. Klinkow, Triftstr. 63
Menzel, Neukölln, Bergstr. 110/111
A. Mielitz, Scharnweberst. 3, Reinickend. W
A. Schneider, Baerwaldstr. 66.
Tomaszewski, Weißens., Lichtenbgst. 12.
R. Wagner, Pankow, Wollankstr. 114
W. Wilke Friedenstr. 96

Bierbrauerei., Bierhandlg.

W. Adelung & A. Hoffmann Akt.-Brauer. Potsdam. Eig. Niederl. Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15 Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferst. 116 Spez. Potsd. Stangenbier

Berliner Bierbrauerei-Gesellschaft m. b. H. Ausschk. Brunnenstr. 3, Kastanienallee 63.

Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.

Ender's Brauerei G. m. b. H. Malzbier, Chausseest. 40/41 T. N. 10058

Groterjan Malzbier, Prinzen-Allee 78/80. Nb. 8763

Hempel, E., Müllerstr. 138 d.
Luisenbrauerei Weißensee.
Schulz, Herm., Schönleinstr. 22

C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.

Unser **Goldbier** ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges. Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Weissbier - Caramelbier Brauerei E. Willner Pankow.

Löwen-Brauerei vorzügliche Faß- und Flaschen-Biere.

Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg

Schloßbräu-Flaschenbier die Qualität ist hervorragend

Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Weissbier, C. Breithaupt, Pallisadenstr. 87. Tel -A. VII, 3684.

Brotfabrik

Liebing's Zerpenschleuser Landbrot Zu fordern in allen Geschäften

Bürsten u. Seilerwaren

H. Wallhauser, Teg., Bahnhofst. 15

Bildereinrahmg., Glaserei

H. Belahn & Co., Wiclefstr. 42

Butter, Eier, Käse

H. P. Biedermann, Immanuelkirchst. 38
Danne, Karl Chorinerstr. 36.
Eier Storch, engros- en det. Admiralst. 9
Bruno Freche 15 Detailgeschäfte
Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.
Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten
August Holtz 13 Detail-Geschäfte.
F. HAGEN 22 Verkaufsstellen 22
Hubertus, Butterhdlg. Strausberg.
Herm. Kunert, Culmstr. 29
A. Liepold, Antonstr. 1, Milchhdlg.
Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte
Wilh. Pieß, Buttergroßhdlg. Berlin C. 54, Rosenthalerst. 40 (Hackescher Hof) Fernsp. A. Nord. 2817
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Paul Reinike Butter en gros Berlin S. 53. T. Amt Moritzpl. 2190 Direkterimport. Lieferant viel. Konsum-Vereine. Verl. Sie Offerte.
Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43
Gust. Schultze & Sohn
Ch. Sternschein Wrangelstr. 64 Eiergroßhdlg.
Uhly & Wolfram
Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen.
C. F. Wienstruck en-gros Butter en-detail S.-W., Leipzigerstr. 82.

Cacao, Schokolad., Confitür.

Adler's Konditorei, Wrangelstr. 87.
Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg
Cyliax, G., Filialen i. all. Stadtteilen.
Seiffert, E., Filial. in Berlin und Vororten

Cigarrenfabriken

W. Herbst Elberstr. 53, Tel. Moritzpl. 2879 Cigarrenhändl. empf.

Cigarrenhandlungen

Cigarren-Adler, Insterburgerst. 1
Fanny Baumert, Lindowerst. 29
Blankenburg, Reinickendorferstr. 118
E. Dorsch, Pankow, Breitestr. 40.
H. Franz, Seestr. 49.
E. Giese, Müllerstr. 12a.
L. Hartung, Pankow, Brehmestr. 62
O. Klose, Reinickendorferstr. 36.
F. Jakob, Müllerstr. 12.
O. Kunze, Reinickendorfer St. 14
Carl Lange, Lindenstr. 2.
F. Laufmann, Reinickendorferst. 92
O. Quies, Höll. 117, Reinickend.-O.
Willy Rosenow, Camphausenst. 4.
K. Schotte, Pankow, Florastr. 94
M. Torge, Schöneberg, Kaiserst. 64
Ch. Voegerau, Pank. Berlinerst. 11.

Damen-Konfektion

M. Brölling, Weißensee, Langhansst. 140
Otto Güße, Prenzlauer Allee 27
Marlajahn, Spand., Potsdamerst. 46

Dampf-Waschanstalt

Ideal Reinickendorf Hauptstr. 25-27.

Drogen und Farben

O. Barkow, Weidenweg 72.
Beussel-Drogerie Scocz, Beusselst. 85
E. Beckmann, Woldenbergstr. 10
Drogerie Lippehnerstr. 32
Drogerie Sedrow, Ebertystr. 28.
Alt-Glienicke, H. Klocke, Köpen. Str. 46.
M. Gärich, Drog., Schönfließerst. 11
G. Jürgens, Winsstr. 32.
F. Kullmann, Prinzen-Allee 87.
Otto Kretschmar Rosenthalerst. 6-7
Krehl's Drogerie, Fennstr. 51.
Lankwitz Rieckmann, K.-Wilhelmst. 25.
Mäge Nchf. Immanuelkirchst. 39, E. Winsst.
Alfr. Marsch, Culmstr. 27.
Rathaus-Drogerie, Nkln. Donaustr. 24.
Rathaus-Drogerie, Pankow Breitest.
W. Rauhut, Gerichtstr. 54.
Schivelbeiner-Drogerie, Schivelb. St. 26
Franz Rick, Schliemannstr. 18.
Hermannstr. 57 Neukölln G. R. Prenzel.
Hugo Schultz, Müllerstr. 166a.. Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel.
E. Schürmann, Wichertstr. 10
Werder-Drogerie, Britz, Badewerst. 5a

Eisen, Stahlwaren, Waffen, Werkzeuge

W. Allner, Mulackstr. 24.
K. Baumann, Reinickendorferst. 116
Beutel, C., Neue Bahnh.-St. 26
Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.
Otto Belig Grüner Weg 49 Wrangelstr. 59.
Emil Braun, Andreasst. 75 Ecke Breslauer
G. Brucklacher, Oranienstraße 43,
Fleck, E., Spandau, Schönwalderstr. 24.
Carl Jung, Stromstr. 31.
A. Ibold, Tempelh., Berlinerst. 119
W. Knoth, Wiclefst., E. Oldenbgst.
Kuhnt, Reinickend.-W. Scharnweb.-St. 147
Otto Lehmann, Neuk., Friedelst. 8.
Carl Pagel, Winsstr. 63
H. Palme, Frankf. Chaussee 61o-d
Röhlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest.
F. Schubelt, Voigtst. 10, E. Schreinerstr.
G. Wernicke vorm. Alb. Blanke, Reinickend. Str. 122.

Fahrräder, Nähmaschinen

Otto Heinze, Brückenstr. 6.
Fahrrd.-Schaltpltz., Weißenburgst. 47a

Fische u. Conserven

Hoffmann, Cotth. St. 17, Moritz. 11299

Färbereien, Wäschereien

Groß-Dampfwäscherei „Spreenixe" Berlin SO., Forsterstr. 5-6 Tadellose Wäsche! Billigste Preise!

O. Naefe Färberei u. chem. Wäscherei f. Herren- u. Damengarder. Läden in allen Stadtteilen Berlin, Rixdorf, Schöneberg

Fleisch- u. Wurstwaren

St. Aust, Alexandrinen-, E. Wassertorstr.
A. Bentele, Thaerstr. 21.
P. Bertram, Frankfurter Allee 70.
Rich. Beust, Kastanien-Allee 103.
X. Biskupski, Pflugstr. 17
Fr. Brauer, Neukölln, Wolterstr. 55
Willy Dorfmann, Wienerstr. 62.
Thilo Dorgerloh, Lithauerstr. 21
Gust. Ehrenberg, Brandenburgstr. 36
August Fenger, Grünauerstr. 3
Fleisch-Verkaufs-Halle R. Winter, Cotheniusstr. 12
O. Friedrich, Melchiorstr. 27
Paul Friedrichs, Stephanstr. 44
Fritsch Landsbg. Allee 123 E. D. Kronenst. 1
Oskar Gabler Fleischwaren u. Wurstfabrik Berlin N., Oranienburgerstr. 6.
Emil Getzlaff, Treskowstr. 48
Rudolf Galle, Pankow, Florastr. 43.
Wilh. Geisler, Weißensee, Lehderstr. 4.
E. Görlitz, Chodowieckistr. 41
O. Göring, Greifswalderstr. 163
Willy Gericke, Petersburgerstr. 21
Albert Golz, Frankf. Allee 171.
Fr. Gerlach, Tauroggenerstr. 1 a.
K. Germann, Schreinerstr. 22
Gusinde, Rich. Oranienstraße 17.
Getschmann's Fleisch- u. Aufschn.-Centr., Wichertst. 150.
F. Gutschmiedt, Koloniestr. 92.
E. Harzbecher Dolziger Straße 8
Rudolf Hamann, Ackerstr. 62
G. Herrmann, Lichtnbg., Oderst. 4
P. Hindemith, Cadinerstr. 14
A. Honisch, Kniprodestr. 16
R. Hoffmann, Petersburgerstr. 74
V. Hubalovsky, Zellerstr. 10
Fr. Jalte, Bornholmerstr. 79.
Janik, C. Köpenickerstr. 5.
J. Jaszchowski, Bornholmerstr. 15
Fr. Jenbeck, Kottbus. Damm 35, Fleisch, Wurst.
H. Junge, Pasteurstr. 12
R. Jost, Memelerstr. 6.
Robert Kaner, Weinbergsweg 6
W. Kessner, Czarnikauerstr. 22.
Carl Kresse, Lüderitzstr. 60
Emil Krüger, Skalitzerstr. 21.
Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 15
H. Köpke, Raumerstr. 30.
Krumm, Reinh., Greifenhagener Str 16
H. Kunert, Schönebg. Gothenst. 41
O. Lange, Lübeckerstr. 30.

Fleisch- u. Wurstwaren

Rob. Lindner, Neukölln, Niemetzstr. 8.
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.
Lochmann, Malplaquetstr. 32.
O. Loose, Nkln., Kaiser Friedrichstr. 78
Loebbe, Joh. Rostockerstraße 43. Fleisch- u. Wurstfabr.
A. Maar, Reinickend. Scharnweberst. 150
Märk. Fleischkons., Nkln., Warthest. 73
Paul Matschke, Thaerstr. 17
Moers, Otto Greifenhagener-Straße 39
M. Mauersberger, Nkln., Kaiserstr. 18
Martin Mosig, Schlesische Str. 36
G. A. Müller Neu-Isenburg — Frankfurt a. M. Spezialität: Frankfurter Würstchen
Nord-Deutsche Fleisch- u. Wurst-Zentrale F. Zimmermann Seestr. 113. Anklamerst. 17
A. Möbes Nchf. Fleischwaren u. Wurstfabrik Berlin N 24 Oranienburgerst. 4
Otto Müller, Zorndorferstr. 58.
Jos. Otte, O., Scharnweberstr. 6/7.
Th. Prenzlow, Naunynstr. 6
Curt Passow, Schulzendorferstr. 3 a.
Gustav Pfennig, Gotzkowskyst. 12
Jos. Rachfahl, Adalbertstr. 69.
Herm. Rauchhold, Ziethenstr. 12
Hermann Rauhut, Elisabethstr. 34
Fritz Reichelt, Emdenerstr. 48
G. Rohloff, Naunynstr. 8
W. Roloff, fr. A. Haffer, Kastan.-Allee 87
E. Rummelandt, Thaerstr. 40.
Alfr. Richter, Stralauerstr. 10
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 31a
H. Schmidt, Friedelstr. 51
Leberecht Schröder, Waldst. 48.
Seyfart, Gr.-Lichterf., Chausseest. 84.
Hermann Schmidt, Thaerstr. 48.
K. Scheffler, Chodowieckistr. 23
Paul Seidel, Schönhaus. Allee 80
J. Suchorsky, O., Libauerstr. 13
Gebr. Schulz, Lithauerstr. 7.
Willi Schwarz, Königsbergerst. 25
Heinr. Schilz, Danzigerstr. 37
E. Scherzberg, Reinickendf., Hausot. 9,
Otto Schneider, Rostockerstr. 30
Otto Schreiber Hohenfriedbergerstr. 1.
Paul Sonnabend, Crossenerstr. 35
Stargard. Fleisch-Zentrale, Stargarderst. 62
Gustav Stolz, Hussitenstr. 44.
P. Tauche, Wrangelstr. 129.
Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr F. Sommermann, [illegible] 38
Tscherbner, Straßmannstr. 5.
Max Tümmel, Christburgerstr. 24.
H. Thomas, Köpenickerstr. 64a
G. Vettin Grüner Weg 57 — 57
F. Wendt, Simon Dachstr. 37.
W. Wiese, Lichtenberg, Kreftnerst. 5a
Paul Zwarg, Landsberg. Allee 136.
P. Zimmer, Fleisch-, Wurstw. Waldstr. 14
L. Zimmermann, Kottb. Damm 94

Fuhrwesen

F. Roland Immanuelkirchstr. 25 T.

Glas, Porzellan

G. Krüger, Weißenburgerstr. 79.

Haarartikel

R. Laub, Neukölln, Berlin. St. 103 (Herm.-Pl.) II. Gesch. Halle-Alliancest. 95 (3%, Rab.) III. Rixdorf, Frankfurter All. 197, 3%, Rab.

Haus- u. Küchengeräte

Drewicke, Seil. u. Bürstw., Reinickd. St. 165
G. Geiger, Schleiferei, Müllerst. 7
Frz. Kamerowsky Reinickend. St. 8. Bill. Bezugsqu.
A. Voß, Böttcher, Gerichtsst. 52.

Heilgehilfen u. Masseure

Fr. Raffeld, SW., Gitschinerstrasse 91, Heilgehilfe u. Masseur, gewerksch. org., billig. bei Bed. best. empf. Lief. a. Krankk.

Herren-Artikel

G. Cohnheim, Reinickend. Str. 5.
A. Löck, Markst. 2, Reinickendorf.
Wrangelstr. 45 W. Sendler
G. Wolters, Klosterst. 30, Spand.

Herren- u. Knabengard.

J. Baer Badstr. 24, Ecke Prinzen-Allee.
A. Hannemann, Tegel, Berl. St. 88.
Lesko & Slupecki, Schönh.-Allee 79 a
S. Rosenberg, Reinickend. St. 118.

Holzschuh-, Pantinenfabrik

A. Dierke, Frankfurter Chaussee 145.

Hüte, Mützen, Pelzwar.

Beiße, Rud., Chausseestr. 68.
B. R. Hesse, Tegel, Schlieperst. 11
! Kauft beim Hutmacher ! Gebr. Beisse Müllerstraße 155.
Huthaus Consum, Kastan.-Allee 2
Huthaus Monopol, Müllerstr. 166.
A. Lemaitre, Wilmsdf., Berlinerst. 133.
Rieck, Em. Badstr. 64. Gerichtstr. 48.
A. Ring, Inh. B. Ring Rosenthalerstr. 19
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 44.
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19
Zum Hutwinkel S. Kobis, Chausseestr. 85.

Kaffeerösterei

Niedrl. d. Götzen-Kafferöst., Lessingst. 5

Kaufhäuser

Kaufhaus Britz Chausseest. 81 bill. Einkaufsqu.
A. Elmer, Tegel, Brunowstr. 6.
Paul Falkenstein Hochstätter Str. 1 - Rabattmarken -

Kontor- u. Ladeneinrichtg.

H. Edlon, Immanuelkirchstr. 61 T.-
Bauchspies & Gorn, Warschauerstr. 58

Konzerthaus, Wirtschaft.

Restaurant und Café „Alter Kuhstall" Invaliden-, Ecke Chausseestr. Täglich Künstler-Konzerte

Kolonialwaren

G. Behrens, Schöneberg Akazienstr. 9
F. Belle, Schöneberg, Tempelhoferst. 10
C. Böse, Provinzst. 109, Reinickend.-Ost
W. Bornefeld, Liebenwalderstr. 41
A. Buchholz, G. Frkfrtst. 19, Milch, Backw.
A. Crone, Liebenwalderstr. 50.
Gg. Feist, Nkl., Weserstr. 4.
Fr. Fischler, Heidenfeldstr. 6.
Karl Grensing Stolpische Straße 34.
Gühler-Honig
R. Hartung, Berlinerst. 124, Reinickd.-W.
Max Heeder, Neukölln, Pannierst. 39
E. Höhne, Residenzst. 80, Reinickd.
Hohenkamp & Neumann Crossenerstr. 18. Kopernikusstr. 19. Niederbarnimstr. 16.
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Fritz Klocke, Stephanstr. 59.
M. Krügers Speiseleinöl, Marke Spreewälderin 4. Beste.
A. Lange, Weißens., Berl. Allee 255.
F. Lange, Waldemarstr. 40
B. Ludwig, Scharnw.-St. 65, Rckd.-W.
Fr. Pawlitzki, Provinzst. 100, Rckd.
O. Pöhsch, Schwedenstr. 18.
A. Rambold, Prinzen-Allee 18.
Alfred Richter, Stromstr. 24.
Franz Richter, Malplaquetstr. 25/26
Runge, Otto, Nkln., Hermannst. 55.
A. Sägebarth, Fehrbelliner Str. 94.
Fritz Schoel, Schwedterstr. 47.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.
Emil Schulze, Residenzst. 90, Reinickd.
A. Silkinat, [illegible] Reinickd. St. 109
Wilh. Thomas, Reinickend.-Str. 44.
Erich Thiel, Weißs., Langhansstr. 139.
H. Vogel, Inh. E. Schreiber, Wilhelmstr. 11
Aug. Würke, Müllerstr 165.
G. Zimmerling, Weinbergsweg 4.

Kohlen, Koks, Holz, Briketts

W. Busslan, Immanuelkirchst. 11
Otto Müller, O., Romintenerst. 22
Franz Reichert, Maxstr. 18/19.
C. Richter, Inh. W. Richter Hauptst. 9 T 3186
Ferd. Wree, Reinickendorferst. 86

Kurz-, Weiß-, Wollwaren Trikotagen

Alb. Bork, Pankow, Florastr. 41
Herm. Engel, Tegel, Schlieperst. 25
M. Gardels Beusselstraße 76 Tauroggenerst. 19
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Carl Klein, Höchstestr. 16, N. O. 18
Kaufhaus Henkel Winsst. 31, 10% Rab.
Hermann Meyer, Schivelbeinerst. 21.
H. Peck, O. 112, Scharnweberstr. 48.
Rosenthal, Reinickend W Scharnweb-St. 123
Albert Vogt Urbanstr. — 31. —

Lederhandlung

H. Schwarz, Petersburgerstr. 80.

Lehranstalten

Maschinisten- u. Heizerausbildg. Elektr. Licht-, Kraftanl., Fahrstuhlführer, Zentralheiz., Urbanstr. 64.
Handels-Kurse Bücherrev. Senst Reinickend.-St. 110

Mehlhandlungen

Bethke, Georg, Mahlowerstraße 44. Neukölln, Elbestr. 33, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 189, Friedelstr. 32, Treptow, Grätz-Straße 44.
Prese, Ernst 5 Geschäfte im SO.
Gaege, Otto Charlottenburg.
Wilh. Grahé Wrangelstr. 81 Ecke Falkensteinstr.
Korn, Hugo Wrangelstr. 117.
E. Janouschek, Nkölln, Harzerstr. 90
W. Lau, Ch. Krumme Str. 54.
M. Manke, C., Münzstr. 12 Nd. 2249
R. Mai, Kaiser Friedrichstr. 223.
C. Neugebauer Ober-Schöneweide
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
Paul Schönberg, Charl., Pestalozzist. 87
F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.
M. Welter, Wrangelstr. 3.

Molkereien

C. Braun, Niederbarnimstr. 18.
H. Brückner, Friedenst. 2, Adlersh.
Carl Braune, Steinmetzstr. 42
Gust. Hoppe, Spandau Achenbachstr. 19, Telephon 912.

Interessengemeinschaft Märkischer Milchproduzenten O. 27, Schillingstr. 12
Vollmilch, 3 %, Fettgehalt, zum billigsten Tagespreis.
Zweiggeschäfte:
Berlin-O., Marsiliusstr. 17.
Berlin-NW., Luisenstr. 25, Fernsprecher: Amt Norden 1790.
Neukölln, Berlinerstr. 18/19.
Schöneberg, Barbarossastr. 36a, Grunewaldstr. 71, Habsburgerstr. 3, Fernspr.: Amt Lützow 5044.
Wilmersdorf, Meierottostr. 1 (am Fasanenplatz), Fernspr.: Amt Uhland Nr. 3016; Uhlandstr. 79a.
Zehlendorf, Wannseebahn, Potsdamerst. 40, Fernspr.: Amt Zehlendf. 1361
Grünheide b. Erkner, Schulstr. 21.

Arth. Kambach, Schwedenst. 11a.
Rud. Kiesel, Mirbachstr. 64.
G. Miericke, Tegel, Brunowstr. 13
„Schweizerhof", Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 45. :: Tel. II 2565.
H. Treger, Tegel, Bahnhofst. 7-8.

Möbelfabrik und -Versand

Rossien-Möbel Kastanien-Allee 57
Gustav Richter Köpenick, Grünauerstr. 9

Musik-Lehranstalten

B. Leissring Schwedenstr. 21. Gewissenh. Ausbild.
Scholz Frankfurter-Allee 73b Frankf.-Chaussee 115.

Musikalien u. Instrumente

A. Ax, R. Weigel, [illegible], Adalbertstr. 81
Gg. Liebsch Musikinstrum. Skalitzerstr. 34a

Möbelmagazine

P. Bock, Klosterstr. 8/9, Spandau.
Daehne, F., Ri., Neue Jonasstr. 36.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 82.
Görz Auguststr. 19. Billigste Bezugsqu. in neuen u. gebr. Möbeln, Betten Gardinen und Portieren.
Hoche & Co., Tegel Berliner-Str. 17.
Ferd. Joachim Nachfolg. Gneisenau-Str. 15. 33 Jahre bestehend Auch Zahlungserleichterung.
Möbel-Kamerling Brückenstr. 6. Kastanien-Allee 58.
Herm. Kogel Neukölln, Hermannstr. 12.
Lange, Max Schwedter St. 26 e. d. Kast. Allee.
C. Linkogel, Nostizstr. 45
H. Nolte, Zionskirchstr. 28/29. Teilzahlung gestattet.
Wilh. Strohscheer Tegel Berliner-Str.
Heinrich Stumpe, Buckowerstr. 8
R. Theuer, Elsasserstr. 78.

Möbeltransport

F. Bartels, Gerichtsstr. 50, Tel. T. 2927
C. Berner, Gubenst. 29 Tel. Lützow 9403
O. Fahrenkrug, Nkölln Walterstr. 31
Paul Schur, G. m. b. H. Dirksenstr. 22

Nahrungsmittel

H. John, Wörtherstr. 39.

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 38. Waschmasch.
Ed. Hruda, Frister & Roßmann Nähmaschinen, Rosenthalerstr. 19
Littauer Nähmasch., Spandau 5 Jahre Garantie, Teilzahlung Nähm.-Spz.-Gesch., Potsdamerstr. 18.
Littauer Fechner, Weißens., Berl. All. 234
Alb. Ruhnke, Berlinerst. 112, Pank.
Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.

Obst, Gemüse

C. Batt, NW., Turmstr. 60.
Ernst Göthling, Schwedenstr. 1.
Kleine Markthalle E. Engelhardt Pank., Florast. 14b
Fritz Wolff, Naugarderstr. 45.

Optiker, Mechaniker

Daase, Paul, N. Müllerstr. 174.
K. Groß, O., Frankfurt. Allee 18
Groß, Paul, Warschauerstr. 56.
Leop. Patecka, Brandenburgstr 44.
Schubert, Carl, Nkln. Bergstr. 148
W. Zapletal, Frankfurter Allee 168.

Partiewaren u. Reifelager

G. Claaß, Weißens., Berl. Allee 65

Patentanwälte

A. Kuhn, Dipl.-Ing., Gitschinerstr. 106a

Pfandleihen

Schmidt, Fennstr. 3

Photographische Ateliers

Adolf Kube, Badstr. 32
R. Maerz, Badstrasse 66.
Rud. Obigt, N. Reinickendorferst. 3
Gg. Wilke, Badstr. 35, Tel. Moabit 4240

Photogr. Apparate

M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 2. auch Gelegenheitskf.
Hugo Schultz Müllerstraße 166a Gelegenheitskäufe
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Pianos

Cesare Donadoni & Pohl Berlin NO., Landsberger Allee 18. Neue Pianos von 350 Mark an.

Rechtsbüros, Detektivs

Gustav Frank, Ackerstr. 135.
Neisser Brunnenstr. 155 Nord 2030, allerbilligst.

Roßschlächtereien

H. Kahlbrock, Danzigerstr. 49.

Räucherwaren, Fische

D. Danielsohn, Kottbuserdamm 6.
M. Kielow, Prinzenstr. 43, Neanderstr. 8.
K. Opalke, Pankow, Florastr. 14

Schneiderei

Ernst-Schneid., Spand., Pichelsdorferst. 24

Schneidereiartikel

Fritz Wildenhayn, Elsaßerstr. 2

Schirme, Stöcke

P. Knappe, Goebenstr. 9.

Schreibwaren

Rich. Blume, Pankow, Florastr. 11.
O. Prochnow, Nkln. Sonnenstr. 69
Gg. Velten, Pankow, Florastr. 21

Schuhwaren, Schuhmach.

Fidelack, Lief. d. K., Kamerunerstr. 2.
A. Hackbarth, Charl., Pestalozzistr. 32a
Ernst Hoffmann, Pank., Florastr. 9.
Wilh. Hitschke, Skalitzerstr. 12.
Joh. Mazurek, Eichhornstr. 92.
Willy Kunetz, Hasenheide 48.
K. Lück, Charl., Tauroggenerstr. 48.
Emil Mierisch, Florastr. 31 Pank.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 165.
J. Petrahn, Marienbg. Str. 10. 5%
V. Smiejkowski, Zorndorferstr. 19.
M. Ruda, Pankow, Brehmestr. 63
Tschecke's Schuhw., Mühlenst. 44, Ost 17
B. Wolff, Pankow, Wollankstr. 117.

Tapeten, Wachstuche

Max Märzel, Pankow, Schloßst. 18.
W. Pietzker, Lichtenbg., Boltestr. 18.

Fortsetzung s. nächste Seite.

Seifen
A.Kraschinski, Pank., Brehmestr.4.
Heidke, Paul, Burgsdorfstr. 13.
Gl.Schumann, Tegel, Schlieperstr.35
F. Schwericke, Florastr. 91 Pank.

Uhren und Goldwaren
Kesslers Rep.-Werkst. Reinickend.-St.107

Jonass & Co. BERLIN S.W.309 Teilzahlung Kataloge gratis u. franko.

O.Assmann, Tempelhof, Berlinerst.121
A. Bartsch, Weißens., Gust.-Adolfst.157.
Bährmann, A., Spandau, Schönw.St.106
Max Eisermann, Charl., Nehringstr.16.
Max Busse Brunnenstr. 175/177.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
E. Hempel, Goldschmiedemeister, Fennstr. 1a a. Weddingplatz
G. Kerger, O., Grünbergerstr. 15
Kniebusch, W., Frft. Chaussee 96
H. Kühn, N.-Schönhaus., K.-Wilh.-St.85.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40
Schrammek, G.Frkfst.7 u. N.Jacobst.19
W. Schroeder, Immanuelkirchstr. 35
O.Scheriz, Dresdn.-St.80?. Wecker-Zentr.
F. Seffner Nachf. Schöneberg Kolonnenst. 60
Max Storch, Elbingerstr. 100.
C.Wagner, Reinickendorf. Str. 94
Georg Weigel, Wrangelstr. 47.

Versicherungen
„Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Sterbekassenversicherg. Schützenstraße 3
„Iduna“ zu Halle a.S. Berlin, Charlottenstr. 82 Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser
Carl Hoffmann Schöneberg Herbertstr. 4.

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Beling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Franz Max Höppener Großdestillation, Ritterstr. 95.
Conrad, Großdestillat. Oranienst.207
Groß-Destillat. Schiefe Haube Frankf. Allee 127. Einzelvk. z. en gros-Preis.
Hermann Meyer & Co., Act.-Ges.
Großd. „Zur Sonne“, P. Freudenberg.
Ignatz Sello Brunnenstr. 16 und Filialen. Einzelverk. z. Engr.-Preis

Wirtschaften, Etablissements
Kino-Variété Sanssouci, Cottbuser Str. 6, Erstklassiges Programm Gut gepflegte Biere Dienst. Donnerst. Sonnt. Ball. Volkstümliche Preise

„Auerhof“ Alte Jacobstr. 139.
Café Metropol Köpenicker-, Ecke Brückenstr. Tägl. gr. Künstler-Konzert
Grand-Café „Zeppelin“ Frankfurterallee 76, Ecke Tilsiterstr. Täglich großes Künstler-Konzert
Dresdener Bierhalle Dresdener- Ecke Alexandrinenstr.
L.Goetze, Schulstr., Ecke Maxstr.
A. Groll, Henningsdorferstr. 10.
Großdest. z. Sonne, Straßburgerstr.24
„Hagenbeck“ Café und Restaurant Müllerstraße Ecke Seestr.
Otto Hensel Patzenhofer-Ausschank. Brunnenst.77
Kino, Reichenbergerstr. 150.
Ww. E. Koloski, Stendalerst. 11.
G. Lehmann Lübbener- und Wrangelstr.-Ecke
Lindentheater, Lindenstr. 116.
Die erste selbstspiel. Doppelgeige Patzenhofer E. Klein. Rosenthalerstr. 54.
Patzenhofer-Aussch., Kottbuserstr.8
Riebeck-Bier-Ausschank Brunnenstr. 78, Ecke Lortzingstr.
O. Rönnfeldts Hackepeter, Müllerstr. 168. Ecke Lynarstr.
Konzert-Café Nord-Palast Brunnenstr.18, E.Veteranenstr.
Riebeck-Ausschank, gr. Frkfst. 34.
O. Rohloff, Uferstr. 1, Ecke.
Patzenhofer Ausschank Robert Balzer Gr.Frankfurterstr.104 Am Straußbg.Platz

Großdestillation Zum Afrikaner Inh. Bernhard Tiedmann.
Großdestill. G.Wolf, Kastan.-Allee 50-51

Wild- u. Geflügel
Georg Riedl, Elsaßerstr. 57.

Zahnatelier
Max Alm, Franseckistr. 15
P. Barein, Steinmetzstr. 30.
W.Best, Skalitzerstr.62 E.Wrangelstr.
M.Dresler, Grätzstr.70, Treptow.
Düby, H., Neukölln, Bergst. 45-K.1179
Alb. Endter, Alvenslebenst. 21
Goetze, Kais.-Friedr.-St.19 II, N.-Kölln.
E. Junk, Blumenstr. 88 Kgst. 13846
H. Lindeke, Warschauerstr. 9.
R.Meude, Schulstr.117, Ecke Maxstr.
Ernst Müller, Invalidenstr. 160.
Zahn-Atel. Volkswohl, Müllerst. 128a b
M. Raseske, Birkenstr. 22.
Reimmann, Residenzst.115, Reinickend.
E. Sager, N.-Kölln, Bergst.63, Tel.8594.
Hermann Schultze, Beusselstr.15
Emil Sann Große Frankfurterst. 4 Ecke Fruchtstraße.
Karl Sommer, Frankfurter Allee 104.
Strauchmann Reinickend.St.5,II.R. Tel. Norden 7766
W.Thiedt, Reinickendorferstr. 7.
Weiss, Max Reinickendrfrst.110 Teilzlg.gest.Bar10%
Wiedstruck Nchf. P. Schultze Fennst.1
Witte, Max Muskauerstr. 16 Ecke Manteuffelstr.
Zahnpraxis Nordas, Meizerst. 42. Teilzahlg.

Adlershof
Phot.-Atel. R.Klietmann, Bismarckst.11a
P. Riedel, Zahn-Atelier, Bismarckst.8.
Kaufhaus Julius Weil Nachfl.

Bohnsdorf
G.Schüler Rind-u.Schweinemetzg

Britz
Emil Gold, Bäckerei, Germania-Promen.8
E.Pasewald, Fleischerei Rudowerst.18
E.Schröder, Bäck. Chausseest.101a u.26a
St.Sorowka, Bäckerei Rudowerst.34a
Fr.Tzschentke, Bäck., Chausseestr.73.

Fredersdorf
H. Götz, Drogen und Farben.
Carl Schleßer, Brot-u. Feinbäcker.
Gust. Schönfeld, Schuhw. u. Rep.
Carl Tegel, Brot- u. Feinbäckerei

Königs-Wusterhausen
Butterhandlung Monopol
G.Hübscher, Uhren, Goldw., Bahnhofst.10
Kaufhaus Emil Bergmann
Otto Krusche, Fris., Kottbuser Str. 14
Max Leiß Pelzwaren, Hüte, Mützen Herrenartik. Gegr. 1867
Franz Püschner, Haus- u. Küchengeräte.
Otto Schampe, Eisenhandlg., Bauartikel, Haus- u. Küchengeräte.
R.Schatte, Schlächtermstr. Potsdamerstr.
Schloß-Drogerie Paul Malzahn Läuse-Aether
Rich. Scholz, Bäckerei u. Konditor.
W. Werdermann Kolonialwaren Gastwirtschaft
E.Stark, Bäckerei, Berlinerstr.26.
R. Wilke Schuhwaren u. Reparaturen.

Lichterfelde
Königsberger & Co. Lankwitzerstr.1 Herrenartikel und Konfektion.

Mariendorf
A. Böckmann Gärtnerei u. Samenhandlg. Fil. Nklln, Hermannst.116
Ferdinand Titel, Kaiserstr. 57.
Konfitüren-Weber, Chausseest.45

Mahlsdorf
Rud. Grunow Bäck.-, Conditorei, Café, Bahnhofstr. 31
Lehnhardt, Bäck.-Conditorei Bahnhofstr. 2.
Wahlig, Eisenw., Werkzeuge, Bahnhofst.44

Neukölln
E. Groß, Steilg. Str. 44 Bäck., Kondit.
Heinbar, Bäcker- u. Konditorei, Niemetzstr.
B.Jaenichen, Bäckerei, Hermannstr. 4
K.Karpmann, Pap., Schrbw., Emserst.103
C.Kampfer, Bergst.137, Uhr., Goldw.
Kaufhaus Felix Levy Nchfl. Hermannst.52, Eck. Herrfurth Str.
E.Kegel, Kais. Friedr.Str.30 Bäckerei
R. Kerstian Bergstr. 122. Fourage Spez.: Geflügelfutter.
Krause, Kais.Friedr.St.79 Schweineschl.
Matzel, Treptowerst.14 Schweineschl.
Fr.Panneck, Bergst 135, Leder w.
E. Schüler, Hertzbergpl. Posamentierw.

Schöneberg
W. Hübner, Bülowstr. 61 Möbel.
O.Kurzweg, Schuhm. Feurigstr. 37.

Tegel
F.Scheller, Arb.-, Berfskl. Berlinerst.4

Spandau
J. Bode, Pichelsdorferst. 96.
W.Lutter, Fahrr., Pichelsdorferstr. 98.
O.Rauer, Pichelsdrfrst.117, Möbelgesch.
O. Wenzel, Pichelsdorfer Str. 3a.

Straußberg
G.Kessel, Uhren u. Goldw., optische War.
C. Klöpfer, Möbelhandlung.
Rottkovsky, Fleisch-, Wurstw., Gr.St.19

Weltend
Beerdigungs-Inst. Stawrow Spand. Berg.3
O.Kammer, Spand.Berg21, Obst, Gemüse.
K.Zarthe, Barsalerst.14e, Obst u. Gemüse.

Weißensee
Wilh. Koch, Schlächter, Lehderstr. 9
Mehlhdlg. Pastorino, Gust.-Ad.-Str.17.
Thüsing's Drogerien Weißensee.
E.Gleising Fil. a. Warsw. Langhansstr.142
Kaiser & Roxlau, Maßsch., Gust.Ad.St.17

Wilhelmsruh
Carl Gahl, Schlächterei, Edelweißstr.36.
M.Kempe, Seifengesch., Hauptstr.28
J.Laschinski, Bäck., Edelweißst.11.
P.Megow, Milchgsch. Lindenallee 13
W. Sillack, Sargmagaz., Hauptstr. 28
A.Trenner, Uhren u. Goldw., Hauptstr.12
R.Weisdorf, Kolonialw., Hauptstr.8.

Zossen
Butterhandlung Monopol
Warenhaus S. Cohen.

Die Vorliebe der Kinder

für Quaker Oats beweist den delikaten Geschmack. Geben Sie Ihren Kindern soviel Quaker Oats, wie sie nur essen wollen, und Sie werden merken, wie gesund und tatkräftig sie heranwachsen, es muss aber Quaker Oats sein.

Genaue Abbildung in Naturgrösse. Ohne Reklameaufdruck.

Gratis-Löffel für Quaker Oats Konsumenten

Quaker Oats Pakete enthalten Gutscheine, für welche wertvolle, schwer versilberte Löffel gänzlich kostenlos erhältlich sind. Diese Löffel tragen keinen Reklameaufdruck, sind von grosser Haltbarkeit und eine Zierde für jeden Tisch.

Nur in Paketen erhältlich, um den Inhalt vor Staub und Schmutz zu schützen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Bettenstand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200K*

Teppich-Thomas. Oranienstr. 44 farbfehlerhafte Teppiche spottbillig; Gardinen, Steppdecken, Tischdecken halben Preis. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. 785K*

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Spottbilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenlager. Riesenauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—60 Mark, Hosen 6—18 Mark. Versandhaus **Germania**, Unter den Linden 21. *

Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraliste gratis. 2031K*

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Ratz, Mulackstraße 14. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Ohne Anzahlung, 50 Pfennig Wochenrate an, liefere Bilder, Wanduhren, Teppiche, Gardinen, Portieren, Tischdecken, Steppdecken. Strengste Diskretion zugesichert. Auf Wunsch Auswahlsendung. Bestellungen erbitte „Postlagerkarte 9“, Postamt 102. *

Teppiche. Vorwärtsleser erhalten 20 Prozent. Große Partien Teppiche mit kleinen Webefehlern, jetzt Größe zirka 200 : 300 13,50, 250 : 350 22,50, 300 : 400 28,50. Gardinen, Portieren, Tischdecken, Sofadecken, Felle, Läuferstoffe spottbillig. Therese Lefevre, Teppich-Spezialhaus mit Fabrikation, Potsdamerstraße 106b (kein Laden). Hausnummer beachten.

Bettenverkauf! Prachtbetten 7,50! 9,75! 12,75! Brautbetten! 15,75! 18,75! Daunenbetten! 19,75! Neue Aussteuerwäsche spottbillig! Pfandleihe Brunnenstraße 47. 2062K*

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Aenderung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fürstenzelt, Schneidermeister, Rosenthalerstraße 10. 1579K

Teppiche (Farbenfehler) spottbillig. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. „Vorwärts“-Leser zehn Prozent Extrarabatt! 1236K*

Gestickte Fries-Fenstermäntel 2,15, hochelegant 3,50, Inventur-Extrapreis. Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158. 2040K*

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Legehühner, billig. Seitz, Elbingerstraße 27, Seitenflügel. 17/7

Geschäftsverkäufe.

Eckrestaurant, 34 Jahre in einer Hand, sehr gute Gelegenheit für Parteigenossen, junge Anfänger, alters- und krankheitshalber sofort billig zu verkaufen. Näheres Weise, Georgenkirchstraße 61. †151

Milchgeschäft wegen Verzug nach außerhalb billig. Auskunft Thüringerstraße 34, Bäckerei. †63

Zigarrengeschäft sofort besonderer Umstände halber billig zu verkaufen. Neukölln, Steinmetzstraße 45, nahe Hermannstraße. 799b

Möbel.

Möbel (diskret). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei kleinster Anzahlung und den allerbequemsten Ratenzahlungen. Postlagerkarte 3, Postamt 22. 2629K*

Bildschöne Wohnungseinrichtung, noch neu, staunend billig. (Gewerblich). Händler verbeten. Rosenthalerstraße 37, vorn III rechts. 16/14*

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung bei beliebiger Anzahlung zum Kassenpreis. Stets Gelegenheitskäufe in gebrauchten und zurückgesetzten Möbeln, auch auf Teilzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Offerten Postamt 90 „Lagerkarte 44“.

Wohnzimmer für 265 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Vertiko, modernen Bettstellen mit Matratzen, komplett, modernen Stühlen, modernem Spiegel und Sofa nach Wahl; ferner Kücheneinrichtung (siebenteilig) 52 Mark. Sehen Sie sich die Einrichtung vor Ankauf genau an, ohne jede Kaufverpflichtung. Möbel-Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 2027K*

Bequem. Möbel für Stube und Küche, geringste Anzahlung, kleine Raten. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 2028K*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Cohn, 1. Geschäft: Große Frankfurterstraße 58, 2. Geschäft: Grüner Weg 109. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 12—2 geöffnet. 2005K*

Schlafzimmer „Siegfried“! echt eiche, mit aparter Schnitzerei, komplett, mit dreitürigem Ankleideschrank und Patentmatratzen 320 Mark. Nie wiederkehrend preiswert! „Möbelhaus“ M. Hirschowitz, nur Skalitzerstraße 25. 2048K

Sparen Sie bei den schlechten Zeiten. Sie erhalten von mir gegen ganz kleine An- und Abzahlung nach Ihrem Wunsche ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke. Ein- und Zweizimmereinrichtungen von 200 Mark bis 1000 Mark. Spezialität: Vorbildliche Musterwohnungen für Handwerker, Arbeiter und Beamte. Auch gebrauchte, guterhaltene Möbel sehr billig. Garantie! Umtausch oder Geld zurück, wenn nicht gefällt. Bei pünktlicher Zahlung hohe Prämien in bar, also große Vorteile für den reellen Käufer. Gewerkschaftsmitgliedern 5 Prozent Rabatt. Bekannte Rücksicht bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik usw. A. Schatz sen., seit 1866 Brunnenstraße 160, Eingang Anklamer Straße. — Kein Abzahlungsgeschäft. 1726K*

Konkurrenzlos billig kaufen Sie Ihre Möbel auch bei ganz geringer Anzahlung und kleinster Ratentilgung nur in meinem Kassageschäft. Ich stelle streng reelle Kassapreise mit reeller Zinsberechnung. Zahlungsfrist bei Streik, Krankheit usw. Große Auswahl in fünf Etagen. Hauptsächlich Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel. Langjährige schriftliche Garantie! Umtausch gern gestattet. Kein Abzahlungsgeschäft, keine Kassierer. Empfehlenswert ist frühzeitige Bestellung. Aufbewahrung, Transport frei. Anzahlung ist erst bei Lieferung erforderlich. Tischlermeister Rejewski, Badstraße 66, zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 16/10*

Brautleuten verkaufe spottbillig Einrichtungen, dabei bildschöne Stube, herrliche Küche, Plüschsofa, Wandbilder, Sofaumbau. Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe. Händler verbeten. 16/20

Nußbaum-Wirtschaften unglaublich billig. Moderne Schränke mit Buchenscheiben 55 Mark. Bettstellen mit Matratzen 35 Mark. Bildschöne Küchen 60 Mark. Enorm große Auswahl in vier Etagen. Hans Lennert, Spezialhaus für Gelegenheitskäufe, Lothringerstraße Nr. 55, Rosenthaler Platz. 2064K*

Metallbetten, zwei, modern, Kinderbett, spottbillig verkäuflich. Zwirn, Zossenerstraße 10. 11/19*

Verkäuflich: Wirtschaften, Schlafzimmer 225,—, darunter prachtvolles Plüschsofa, Sofaumbau 38,—, Hutbodenschrank, Trumeau 30,—, Spiegelvertiko, Muschelbett 22,—, englische Bettstellen 38,—, Prachtküche, Gaskrone 14,—. Löwestraße 16, vorn I. Wiese. 17/8

Umzugshalber Bettstelle mit Matratze, Vertiko, Kleiderschrank billig zu verkaufen Liebigstraße 3, parterre.

Großer Möbelausverkauf wegen Umbau des Hauses. Schlafzimmer 200,—, 220,—, Wohnzimmer 150,—, 180,—, 210,—, bunte Küchen 50,—, 65,—, 70,—, englische Bettstellen 25,—, 35,—, 45, Chaiselongues, Plüschsofa 45,—, 55,—, 65,—, Kleiderspinden, Büfetts, Umbauten, äußerst herabgesetzte Preise. Dresdenerstraße 107—108. 2110K*

Musikinstrumente.

Panzerpianos, fast neu, nichtzahlhalber zurückgenommen, 270,—. Neuköllner Pianofabrik, Juliusstraße 59. 16/18*

Fahrräder.

Fahrräder 15,— bis zu feinsten Garantierädern. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. 2057K.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, Freilaufrad, 28,00, nebst Garantieschein, aufgabehalber. Frankfurter Allee 104, II links. 17/1

Reste.

Fränkels Resterhandlung, Kottbuserstraße 2, staunenswert billig: Herren-, Damenstoffe, Plüsche, Seide, Besatzartikel, Pelzwaren. 1508K*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Broh, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. 1927K*

Platinabfälle, Gramm 5,60, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Glühstrumpfasche, Quecksilber kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III.

Fahrradankauf, Linienstraße 27.

Goldschmelze kauft höchstzahlend Zahngebisse, alle Metalle. Witwe Rieper, nur Köpenickerstraße 157.

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/1*

Fahrradankauf, höchstzahlend, Weberstraße 42. 16/15*

Platin, Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Quecksilber. „Metallschmelze“ Cohn, Brunnenstraße 25. 7936*

Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei. „Metallschmelze“ Cohn, Brunnenstraße 25. 7294b*

Zahngebisse, Gold, Silber, Platina kauft höchstzahlend Blumenreich, Brunnenstraße 3, Rosenthaler Tor. *

Unterricht.

Auto-Fahrschulen. Achtung, unentgeltliche Auskunft wird erteilt im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 II, Zimmer 43/44. 61/1*

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44K*

Tangozirkel, Twostep, Boston, Monatsbeitrag, Herren 3 Mark, Damen 2 Mark. Näheres Postamt 76, Lagerkarte 55. *

Mustergültiges Deutsch sprechen und schreiben lehrt billig (auch abends) erfahrener Privatlehrer. Anfragen unter „Postlagerkarte 658“, Briefpostamt, Berlin. †89*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Nähmaschinenreparaturen sachgemäß, schnell, billigst, in eigener Werkstatt, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 292K*

Köpenicker Waschanstalt, Bleichanstalt Fr. Recker, Grünauerstraße 40, liefert tadellose, im Freien getrocknete Wäsche, Bettwäsche, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung Sonnabends. 801b

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16.

Handwäscherei Frau Hönick, Köpenick, Karlstraße 16, wäscht chlorfrei Leibwäsche, Bettwäsche, 4 Handtücher, 5 Taschentücher 0,10. Abholung täglich. 2111K

Anfertigung eleganter Herrengarderobe Dragonerstraße 27. Ratenzahlungen. 230/20

Gefunden u. verloren

Belohnung. Am 2. Februar ist in dem Fernzuge von Oranienburg nach Berlin (8 Uhr morgens) ein Paket mit Heften, für jeden Fremden wertlos, liegen geblieben. Abzugeben Barthel, Frobenstraße 10, Kontor.

Vermietungen.

Büfett an Ehepaar ohne Anhang zu vergeben. Bedingung: organisiert, kleine Kaution. Offerten M. Sch. 71, Postamt 2, Neukölln. 800b

Wohnungen.

1 große Stube, Kammer, Küche sofort. Herdt, Große Hamburgerstraße 13/14. 17/6

2- und **3-**Zimmer-Wohnungen, Bad, viel Zubehör, auch einzelne Stuben. Wartenburgstraße 5. 17/5

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Parteigenosse sucht Stellung für seine Tochter als Kontoristin, Schreibmaschine, Stenographie. Offerten G. L. „Vorwärts“ausgabe Reinickendorf, Provinzstraße 56.

Saubere Frau wünscht Waschstellen, Klamt, Swinemünderstraße 39, 2. Quergebäude IV. †42

Stellenangebote.

Einrichter für Schraubenautomaten, perfekter, gesucht. Offerten erbeten SO 2452 an Rudolf Mosse, Wienerstraße 1—6. 17/2

Tüchtige Blusenstepperinnen im und außerm Hause, Winkler, Hermannstraße 78. †56

Achtung! Achtung!

Café-Angestellte!

Nachstehende Betriebe sind für organisierte Gehilfen bis auf weiteres **gesperrt:**

Café Pfeiffer, Alt-Moab. 126
„ **Fried,** Belle-Alliance-platz 9;
„ **Oranienpalast.** Inh. Barton u. Sohn, am Oranienplatz.

Infolge Anerkennung unserer Forderungen ist die Sperre über das **Café Tivoli,** Inh. Haasemann, Bergmannstr. 109 aufgehoben.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Zweigverein der Café-Angestellten Große Hamburger Straße 18/19.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Grubenkatastrophe vor dem Landtage.

17. Sitzung. Dienstag, den 3. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Das Unglück auf der Zeche Achenbach.

Abg. **Imbusch** (Z.)

begründet folgende Interpellation: Ist die Regierung in der Lage, Auskunft über die Ursachen des Grubenunglücks auf Achenbach am 30. Januar d. J. zu geben und was will sie tun, um der häufigen Wiederholung solcher Unglücksfälle vorzubeugen? — Die Treiberei, um jeden Preis Kohlen, Kohlen zu fördern, ist schuld an den Grubenkatastrophen. Die Ueberarbeit muß die Arbeiter nervös machen. Die Arbeiter auf den Schlagwettergruben — es sind das Zehntausende Arbeiter im Ruhrbergbau — müssen über die Schlagwettergefahr aufgeklärt werden. Die Ersetzung der Sicherheitslampen durch elektrische erhöht die Schlagwettergefahr. Wie steht es mit der Erprobung der Schlagwetterpfeife? Die Unfallziffer ist immer noch im Steigen begriffen, trotz der Einführung der Sicherheitsmänner, denen die Zechenverwaltungen vielfach nicht die nötige Freiheit lassen. Da können die Sicherheitsmänner, die im Fall der Pflichterfüllung Lohnreduzierung zu erwarten haben, freilich keine Erfolge erzielen! (Zustimmung im Zentrum.)

Handelsminister Dr. **Sydow**

führt nach einigen Worten des Beileids aus: Nach den amtlichen Feststellungen hat die letzte Befahrung durch einen Sicherheitsmann am 26. Juli v. J. stattgefunden (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten!) Aber er war als Schießmeister täglich an der Unglücksstelle. Schlagwetter wurden nie gefunden, es wurden Sicherheitssprengstoff und Sicherheitslampen verwendet. Die Bewetterung ging weit über die bergpolizeilichen Vorschriften hinaus. Der Minister schildert dann den Verlauf der Explosion, die 24 Knappen und Steiger tötete und 7 so schwer verletzte, daß sie noch nicht vernehmungsfähig sind. Es war eine reine Schlagwetterexplosion; woher die Schlagwetter gekommen sind, ist noch nicht aufgeklärt, eben so wenig die Zündungsursache. Neuerdings wurden Risse gefunden, aus denen Schlagwetter steigen. Die Ermittelungen und Aufräumungsarbeiten werden hoffentlich noch Klarheit bringen. — Der seit 16 Jahren im Bergbau stehende Sicherheitsmann berichtete, daß niemals Schlagwetter auftraten, die Arbeiterschaft ziemlich ständig ist und vor dem Unfall nicht geschossen wurde. Der Achenbach-Unfall im Dezember 1912 ist ebenfalls im Südfeld, jedoch auf einem anderen Flötz passiert. — Die Bergverwaltung führt seit jeher einen Kampf gegen die Gefahren des Bergbaus. Stein- und Kohlenfall verursachen viel mehr Unfälle als Schlagwetter, wirken jedoch nicht so elementar und erregen deshalb nicht ein solches Aufsehen wie die großen Schlagwetterexplosionen. Wir haben in allen Sicherheitsfragen besondere Kommissionen eingesetzt, die gründlich gearbeitet haben. Die Bergpolizeivorschriften enthalten eingehende Anordnungen für die Minderung der Gefahren. Die Explosionsgefahren wollen wir durch Sicherheitssprengstoffe, einschränkende Bestimmungen für den Abbau in gefährlichen Betrieben und Vorsichtsmaßregeln beim Schießen vermindern. Die Habersche Schlagwetterpfeife muß erst praktisch erprobt werden, auch Zeiß in Jena hat einen derartigen Apparat zur Erkennung des Methangehalts in der Luft konstruiert.

Eine allgemeine Verminderung der Unfälle ist nicht erreicht worden, aber es ist wenigstens die Zahl der Explosionen erheblich zurückgegangen. — Die Steigerung der Kohlenproduktion entspricht dem gesteigerten Bedürfnis der Industrie. Da wir dafür nicht genug deutsche Arbeiter haben, müssen die Bergherren zu ihrem Leidwesen auch Ausländer beschäftigen. Die Ausländer müssen aber nach der Bergpolizeiverordnung die deutsche Sprache beherrschen. Ihre Aufklärung ist daher möglich und wünschenswert. Wir vermehren unausgesetzt die Aufsichtsbeamten, Einfahrer usw. und haben die Sicherheitsmänner eingeführt. Es ist unrichtig, daß der Staat es an der Förderung der Sicherheitsmänner fehlen ließe. Aber wiederholt haben die Sicherheitsmänner Mängel übersehen und haben auch Verfehlungen ihrer Mitarbeiter nicht angezeigt, weil sie dann die größten Unannehmlichkeiten zu befürchten hätten. (Hört! hört! rechts und bei den Nationalliberalen.) Unabhängige Arbeiterkontrolleure würden sich lediglich als Angestellte ihres Verbandes fühlen und agitieren. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Baukontrolle durch Arbeiter in Bayern hat die Unfälle noch nicht so heruntergedrückt wie die polizeiliche Bautenkontrolle in Preußen. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Wir werden im Kampf gegen die Gefahren des Bergbaues nicht erlahmen, so lange aber ihrer nicht ganz Herr werden, als ihre Bekämpfung in der Hand von Menschen mit ihren Fehlern und ihrer Unzulänglichkeit liegt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Brust** (Z.) beantragt die Besprechung der Interpellation. Sie wird beschlossen.

Abg. **Schulze-Pelkum** (k.)

ist mit der Antwort des Ministers vollkommen einverstanden. Da die Ursache noch nicht feststeht, läßt sich im Augenblick nicht mehr sagen. (Beifall rechts.)

Abg. **Traub** (Vp.):

Wir begrüßen die Interpellation, da sie uns Gelegenheit gibt, uns das Schicksal der Bergleute vor Augen zu halten. Hinsichtlich der Sicherheitsvorrichtungen stehen wir leider hinter den Engländern zurück. Aber was nutzen sie alle, wenn sie nicht in dem erforderlichen Maße von den Bergleuten angewendet werden können? Die Ermüdung der Arbeiter ist die Ursache für eine unzureichende Verhinderung der Unfälle. Vor allem betonen wir den erzieherischen Wert der Arbeiterorganisationen im Hinblick auf die Unfallverhütung. Die englischen Bergarbeiter stehen in einem engeren Verhältnis zu ihrer Verkleitung. Das ist für die Sicherheit des Betriebes wichtig. Im Unterschied zu England ist es uns in Preußen noch immer nicht gelungen, die Unglücksziffer zu senken. Wir müssen die Produktivität der Menschen, des deutschen Arbeiters stets über die Produktivität des Betriebes stellen. (Beifall links.)

Abg. **Althoff** (natl.):

Auf der Grube Achenbach herrschten gute Verhältnisse. Der Vorwurf des Interpellanten, die Jagd nach Kohlen sei die Ursache der meisten Katastrophen, ist zurückzuweisen und kann jedenfalls auf diesen letzten Fall nicht bezogen werden. Die Sicherheitsmänner haben sich nicht so bewährt, wie man erwartete, da diese Einrichtung mit anderen, abliegenden Zwecken verbunden worden ist. Ausländische Arbeiter sind nicht an verantwortungsvollen Stellen verwendet worden. Gewiß muß alles geschehen, um die Unfälle zu vermeiden, aber man darf nicht überhastete Maßnahmen treffen, die später wieder zurückgenommen werden müssen. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. **Hue** (Soz.):

Bei dieser Katastrophe ist irgend etwas Rätselhaftes vorgekommen. Sie bestätigt aber, daß bei einigermaßen genügenden Berieselungen eine Schlagwetterexplosion niemals jenen grauenhaften Umfang annehmen kann, wie auf der Zeche Radbod und auf manchen anderen. Das wird vielleicht für die Bergbehörde der Anlaß sein, sich über die Berieselung auf den Gruben zu orientieren. Die Erklärung des Ministers, daß sich in diesem Bergwerk niemals Schlagwetter vorgefunden hätten, ist außerordentlich merkwürdig. Es passieren im deutschen Bergbau eine ganze Reihe Schlagwetterexplosionen ohne Menschenopfer; wenn nun 24 Bergarbeiter getötet wurden, so kann man sehr wohl annehmen, daß dort auch schon vorher Schlagwetter aufgetreten sein mußten. Immerhin zeigt die Statistik, daß man doch in der Lage war, durch technische Maßnahmen und scharfe Kontrolle die Zahl der Opfer von Schlagwetterkatastrophen zu vermindern. Aber gegen die ganze Gesetzgebung sind schon in den 60er Jahren hier in diesem Hause dieselben Gründe eingewendet worden, die man noch jetzt gegen das Verlangen nach besserem Arbeiterschutz anführt. Es ist absolut falsch, die Gefährlichkeit des Bergbaues nach den Massenunglücken zu bewerten. Von den

2000 Toten jährlich

im deutschen Bergbau kommen nur 10 bis 15 Prozent auf Massenunglücke. Gegen kleinere Unglücksfälle aber werden die Arbeiter und die Oeffentlichkeit in trauriger Weise immer mehr abgestumpft und gerade aus dieser zunehmenden Gleichgültigkeit erklärt sich manches Unglück. **Die Unfallziffer im deutschen Bergbau steigt!** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber es ist amtlich nachgewiesen, daß die Quote der auf Verschulden der Arbeiter zurückzuführenden Unglücksfälle von 1893 bis 1912 gesunken ist von 46,89 Prozent auf 31,37 Prozent. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen im europäischen Bergbau an der Spitze der Unfallziffer. Das preußische Berggesetz hat in den 50er Jahren die alten guten Schutzbestimmungen radikal beseitigt und die Manchestertheorie, das freie Walten auf dem Gebiet der Sozialpolitik anerkannt, zu selben Zeit, wo man auf Grund der schlechten Erfahrungen sich in England davon abwandte. Die tödlichen Unfälle sind in Preußen seit 1850/60 von 1,91 auf 2,37 pro Tausend gestiegen, in Großbritannien aber in derselben Zeit von 4,30 auf 1,17 pro Tausend gefallen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Nationalliberalen). Sie werden natürlich wieder behaupten, das liege an den geologischen Verhältnissen usw. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Nun, von den gesamten Unfällen kamen auf Steinfall in Preußen 28 Proz., in England 50 Proz. — Da kann es doch nicht auf die Gesteinsverhältnisse zurückzuführen sein, daß in Preußen sich mehr Unfälle ereignen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In einem Brief über das Begräbnis der Opfer schreibt mir ein Herr, daß er dabei an das Wort von den

zwei Nationen im selben Volke

habe denken müssen, als er die Vertreter der Zechenherren und der Behörden den blassen und hohlwangigen Bergarbeitern gegenüberstehen sah. Nicht ein Arbeiter schreibt mir das, die sind dagegen abgestumpft, sondern ein akademisch gebildeter Herr! Dem Vorredner gegenüber stelle ich fest, daß Zehntausende von den ins Ruhrgebiet hingeschleppten fremden Arbeitern völlig betriebsunkundig sind, trotzdem aber auch an gefahrvollen Stellen verwendet werden. Der Knappschaftsverein Bochum weist denn auch nach, daß 233 verunglückten Ausländern 163 verunglückte westdeutsche Arbeiter gegenüberstehen. Es ist frivol, betriebsunkundige Leute an gefährdete Arbeitspunkte zu stellen, wo Unvorsichtigkeit und Unkenntnis jederzeit ein großes Unglück anrichten kann. Hier kommen Sie uns nicht damit, daß man Kohlen liefern müsse — hier hat allein die Menschlichkeit zu sprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister sagte, auf Achenbach seien meistens ältere ständige Arbeiter beschäftigt, nun, von den 24 Toten sind **zehn unter 25 Jahren und zwanzig unter 34 Jahren!** Freilich, wenn einer als Bergarbeiter 40 Jahre alt wird, dann wird er ja schon zum alten Eisen geworfen. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Wollen Sie bestreiten, daß nach amtlichen Mitteilungen im Bezirk Bochum Bergarbeiter mit 18 bis 20 Dienstjahren schon Ganzinvalide sind? Die Grube Achenbach gehört zu den Schlagwettergruben, das wurde seinerzeit bei dem Unglück von 1912 als Entschuldigungsgrund angeführt; da war also besondere Vorsicht am Platze. Aber Vorsicht und Akkordsystem sind freilich unvereinbar. Aeußerst gefährlich sind die Hohlräume, in denen sich Schlagwetter ansammeln, die dann bei einer Explosion als Ueberträger dienen. Man stellt aber nicht Reparaturarbeiter an, um solche Hohlräume zu verhauen, sondern man nimmt diese Arbeiten in das Gedinge hinein, das völlig einseitig von der Zeche und den Steigern, die ihr Soll möglichst billig liefern müssen, festgesetzt wird. Wenn nun Ende Dezember den Leuten noch angekündigt wird, daß das Gedinge im Januar **um 10 Prozent weniger** beträgt, dann wird natürlich gehörig geschuftet und auf Gefahren gar nicht mehr geachtet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Fachleute halten es übrigens nicht für ausgeschlossen, daß die Zündung auf Achenbach durch den elektrischen Strom geschehen ist. Vielleicht liegt hier eine große neue Gefahrenquelle und man prüfe rechtzeitig, ob man diese Gefahren nicht durch Isolierung der elektrischen Leitungen beseitigen kann. Jedenfalls hat auch dieses Unglück wieder gezeigt, daß, wenn irgendwo, so im Bergbau

Akkordsystem Mordsystem

ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Etwas anderes wäre es, wenn das Gedinge noch nach altdeutscher Weise gemacht würde auf Grund eines Mindestlohns. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Nun, Sie legen doch auch bei dem Verkauf der Kohle einen Mindestpreis zugrunde, warum soll das der Arbeiter nicht auch bei dem Verkauf seiner Arbeitskraft tun dürfen?! (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wo er sein Leben gefährdet!)

Tarifverträge sind im deutschen Bergbau durchaus möglich. Die jetzige Gedingeabreißerei aber wirkt darauf hin, daß die der Willkür der Beamten ausgelieferten Arbeiter — das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ist graue Theorie! — schließlich alle Vorsicht beiseite setzen. Die hohen Strafen zwingen den Arbeiter, seine Arbeitsleistungen noch zu steigern, so daß er noch mehr abgestumpft wird. Strafen bis zu fünf Mark pro Wagen und pro Mann kommen vor. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Juli vorigen Jahres wurden auf Zeche Rheinbaben an einem Tage für einen unreinen Wagen **32 M. erhoben, am anderen Tage 40 M.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei müßte doch auf die Unreinheit der Saarflöze Bedacht genommen werden. Die gute Ernährung der Bergarbeiter hängt zusammen mit der Unfallverhütung. Die absolute Lohnziffer sagt noch gar nichts, da die Lebensmittelpreise viel stärker gestiegen sind, als die Löhne. Besonders schlimm steht es um die soziale Rechtslage des sogenannten neuen Mittelstandes. Es ist doch eine tolle Geschichte, wenn überhaupt ein Wettersteiger noch zugleich Betriebs- oder Fahrsteiger ist. Die Wettersteiger sitzen an und für sich schon zwischen zwei Stühlen, auf der einen Seite sollen sie billige Erzeugnisse liefern, auf der anderen für die Betriebssicherheit verantwortlich sein. Oft läßt man sie noch

Strafschichten

machen. Da ist es kein Wunder, wenn die Beamten nervenkrank werden.

Meine Partei hat nicht für das Sicherheitsmännergesetz gestimmt. Die Regierung muß das soziale Recht der Unterbeamten ausbauen. Dieselben Klagen, die jetzt vorgetragen werden, wurden von uns zu seiner Abwehr vorgebracht. Jetzt wird gesagt, das Interesse habe nachgelassen, es fänden weniger Befahrungen statt. Richtig ist, daß die gewerkschaftlich organisierten Sicherheitsmänner schikaniert werden, weil sie ihre Aufgabe ernst nehmen. Die Ausführungen des Ministers werden nicht dazu beitragen, sie anzutreiben, darin weiterzugehen. Auf der Zeche Achenbach werden die Sicherheitsmänner schikaniert, man gab ihnen schlechte Arbeit, sie mußten sich quälen und blieben unter dem Durchschnittslohn. Das ist dem Minister wohl unbekannt geblieben, ebenso, daß man sie mit schweren Vorwürfen bedachte, Drohungen und Beleidigungen ausstieß und die Arbeiter gegen sie aufhetzte, indem man diese befragte und ihnen dann sagte, das habt Ihr den Sicherheitsmännern zu verdanken. Jene Sicherheitsmänner, die vor dem Streik auf Zeche Achenbach kritische Eintragungen über schlechte Verbauungen, lebensgefährliche Betriebszustände, Wettergehalt gemacht hatten, wurden nicht wieder eingestellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Kontrollgänge sind die reinsten Hetzjagden. Der Sicherheitsmann kann außerdem nur befahren, aber nicht kontrollieren, ob die Mißstände auch beseitigt werden. Ein Bergassessor hat einmal gesagt, die Sicherheitsmänner sind nicht gefährlich, weil sie in dem Dienst der Zeche bleiben, der Steiger hat sie mit dem Lohn in der Hand,

„mit Geld ist alles zu machen".

Durch künstliche Reviereinteilung vermindert man die Zahl der Sicherheitsmänner. Im Palasthotel war im Juni 1909, kurz nach dem Radbod-Unglück, eine Konferenz der Koryphäen der Bergwerksindustrie, in der gegen das Sicherheitsmännergesetz Stellung genommen wurde. Das Protokoll kann ich in Abschrift vorlegen. Da erklärte der frühere Vorsitzende der Bergwerksdirektion Saarbrücken Hilger, um Schlimmeres zu verhüten, habe er die Sicherheitsmännereinrichtung eingeführt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) „Nach meiner Auffassung sollte die ganze Sache weiße Salbe sein und ist es geblieben". (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wird dann dargelegt, wie man durch Zusammenwerfen und Aufteilung von Revieren die Sicherheitsmänner aus dem Amt bringen kann. Ein Oberbergmann schleuderte der Regierung die schwere Anklage zu, sie habe den Bergwerksbesitzern erklärt, das Sicherheitsmännergesetz sei eine Police, hinter der sich die verantwortlichen Herren verstecken können. Von Regierungsseite sollte sogar erklärt worden sein, daß man in eine Teufelsküche gekommen wäre, wenn man nicht das Sicherheitsmännergesetz gebracht hätte. Ein anderer empfahl als taktische Maßnahme, um das ganze Gesetz zu schmeißen, zu erklären,

der Minister gehe Arm in Arm mit der Sozialdemokratie.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Not am größten, ist der rote Lappen am nächsten. (Heiterkeit.)

Durch die Ausführungen des Ministers bin ich zu der Auffassung gekommen, daß an eine Einführung von Arbeiterkontrolleuren, die von Arbeitern gewählt und vom Staate besoldet werden, einstweilen in Preußen nicht zu denken ist. Dann muß mindestens das Gesetz dahin reformiert werden, daß man den Sicherheitsmann während seiner Amtszeit vor wirtschaftlichen Schädigungen besser schützt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es muß ein Mindestlohn festgesetzt werden, sonst ist er jeder Willkür ausgesetzt. So entsteht Interesselosigkeit, es werden Eintragungen in das Fahrbuch gemacht, die der Wahrheit nicht entsprechen; die Leute sehen manches, wagen es aber nicht einzutragen, um nicht schikaniert zu werden. Wird diese Verbesserung nicht vorgenommen, so ist es besser, die ganze Einrichtung umzustoßen. Heute will man den Armen schuldig machen und dann überläßt man ihn der Pein. In Holland hat man unabhängige Grubenkontrolleure, die von Arbeiterausschüssen gewählt und vom Staat bezahlt werden. Die holländische Regierung hat in die Praxis der preußischen Sicherheitsmänner Einblick erhalten wollen. Die Auskunft, die ihr von der Regierung erteilt wurde, ist eine Herabwürdigung der Tätigkeit der Sicherheitsmänner. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer hat der Regierung das Material dazu geliefert? Warum können wir nicht soweit kommen, wie in England, wo es heute schon einen Mindestlohn für Untertagearbeiter gibt? Und wann kommt ein Gesetz zur Schichtbeschränkung? In Frankreich, Belgien und Holland haben wir seit Jahren den 9- und 8stündigen Arbeitstag, trotz durchaus nicht günstigerer Selbstkostenbedingung. In Preußen wird noch bis zu 12 Stunden gearbeitet, es werden viele Ueberschichten gemacht, die die Ermüdung übermäßig steigern und dadurch eine Vermehrung der Unfälle bewirken.

35—40 und mehr Schichten im Monat

kommen vor und Doppelschichten, wo die Leute 16—18 Stunden ununterbrochen arbeiten. Dazu gehen die neuen Schächte immer mehr in die Tiefe, bis zu 1000 Meter, wo bei einer Temperatur von manchmal über 30 Graden die Leute splitternackt arbeiten müssen. Der Schweiß rinnt diesen armen Menschen am Leib herunter. Kann man sich wundern, daß sie ausgemergelt aussehen und daß das Volk degeneriert? Da scheint doch nicht die Menschlichkeit, sondern die Wirtschaftlichkeit ausschlaggebend zu sein, das ist keine Kultur, sondern barbarisch, das würdigt den Menschen zum Arbeitstier herab. Dr. Delbrück hat im Reichstag von dem Abschluß der sozialen Gesetzgebung gesprochen. Ich meine, wir stehen im Bergarbeiterschutz erst am Anfang, obwohl wir eine Menge Gesetze und Polizeiverordnungen haben. Hoffentlich sind die Toten von Achenbach nicht nutzlos gefallen. Sie sagen uns, daß wir vor dem Kapitalismus kapitulieren sollen — wir sagen: „Nein! Und müssen ihn aus menschlichen und kulturellen Gründen überwinden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberberghauptmann **v. Velsen**:

Auf alle Einzelheiten kann ich nicht eingehen. (Der Redner ist zunächst schwer verständlich und gibt Zahlen über die Beamten im preußischen Bergbau usw.) Bei seinen Zahlenangaben stützt sich Abg. Hue immer auf 1912; das ist aber nicht richtig. Wenn man aber längere Zeiten in Betracht zieht, so erhält man ein anderes Bild. Immerhin haben wir in dem sich so rasch entwickelnden preußischen Bergbau bedauerlich viel Unfälle.

Abg. **Schrader** (fk.):

Die Beunruhigung des Bergmannes hat ihren Grund nicht in Unfallgefahren, sondern in politischer Beeinflussung. Es ist unrichtig, daß nur der organisierte Bergmann über berufliche Gefahren aufgeklärt wäre. Die politischen Organisationen sollten auch solche Aufklärungsarbeit leisten. Die Berufsgenossenschaften können stolz sein auf ihre Leistungen. Von Hues Geschichte der Bergarbeiter ist der erste Band sehr lesenswert, aber der zweite ist tendenziös und verhetzend, und das hätte Herr Hue anderen überlassen können. Die politischen Organisationen rauben den Arbeitern die Freude am Beruf, der deutsche Bergmann soll nur ein Proletarier sein — aber das wird er nie sein, er wird diesen Verführungen nie folgen! (Bravo! rechts — Abg. Ad. Hoffmann [Soz.]: Warum regen Sie sich denn

so auf? — Heiterkeit.) Ach Herr Hoffmann: Ihnen sage ich mit dem Erdgeist im „Faust“: „Du gleichst dem Geist, den Du begreifst, nicht mir!“ (Große Heiterkeit links.)

Abg. **Korfanty** (Pole):

Zu parteipolitischen Reden ist dieses Unglück doch zu traurig! (Zustimmung links.) Um wieviel sachlicher war die Rede Hues als die des Vorredners! — Der Redner beklagt die Abstumpfung gegen die Unglücksnachrichten, gibt der Jagd nach Kohle die Schuld an den Unglücksfällen und bespricht dann oberschlesische Verhältnisse. Den Berginspektoren wird bei ihren vorher bekannt gegebenen Besuchen immer größte Ordnung vorgespiegelt. Die Sicherheitsmänner sind nur weiße Salbe!

Abg. **Hasenclever** (natl.):

Soviel Menschlichkeit wie die Sozialdemokraten haben die Bergwerksbesitzer noch lange; sie machen sich sofort jede technische Neuerung zur Verminderung der Unfälle zunutze. Die jährlich neueingestellten zehntausend Arbeiter kommen zum großen Teil aus Westfalen, wo es noch keinen Geburtenrückgang gibt. Tarifverträge können im Bergbau nicht eingeführt werden, denn der Unternehmer muß auch seinen Verdienst finden! 1913 wurden die höchsten Löhne bezahlt. Die Angaben des Abg. Hue über die Strafen waren übertrieben.

Abg. **Brust** (Z.)

widerspricht der Behauptung, daß die Arbeiter selbst kein Interesse mehr an den Sicherheitsmännern nähmen. Die Sicherheitsmänner müssen unabhängiger gemacht werden und wenn es ihnen an Fachkenntnissen fehlen sollte, dann muß man eben Kurse für sie einrichten. Wir hoffen, daß diese Interpellationsdebatte die Erregung unter den Bergarbeitern einigermaßen beschwichtigen wird. (Beifall im Zentrum.)

Ein Schlußantrag der Rechten wird angenommen.

Abg. Dr. **Cremer** (natl.), der nicht mehr zum Wort gelangt, spricht „zur Geschäftsordnung“ die Hoffnung aus, daß die rheinisch-westfälische Bevölkerung nicht weiter im sozialdemokratischen Sinne beunruhigt werde.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 11 Uhr: Justizetat.
Schluß 4 Uhr.

Reichstag.

204. Sitzung. Dienstag, den 3. Februar 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Präsident **Kaempf** macht Mitteilung von dem heute nacht erfolgten Ableben des Abg. Preuß (Z.). (Die Mitglieder ehren das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.) Der Präsident gedenkt dann des Unglücks, das die Handelsmarine betroffen, indem ein Schiff in stürmischer Nacht an der Küste Englands zerschellt ist, wobei 19 brave Seeleute mit dem Kapitän den Tod fanden, und weist darauf hin, daß unbeirrt durch alle Mißgeschicke und Widerstände die deutsche Technik fortschreite und Beweise ihrer Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit erbringe. Er verweist auf das Begrüßungstelegramm, das der Kaiser auf drahtlosem Wege an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gesandt hat, und auf die Vollendung der Gleis spitze der Ostafrikanischen Bahn. (Bravo!)

Kurze Anfragen.

Abg. **Gothein** (Vp.)

fragt an, ob der Reichskanzler die Prüfung des von den Herren Krüger und Krause entdeckten Mittels gegen die Maul- und Klauenseuche veranlaßt habe, und ob er das Mittel für das Reich zu erwerben gewillt sei, um es den deutschen Viehhaltern gegen Erstattung der Selbstkosten zur Verfügung zu stellen.

Ministerialdirektor **v. Jonquières**:

Ein abschließendes Urteil über die Brauchbarkeit des neuen Mittels läßt sich noch nicht gewinnen. Die Reichsverwaltung wird ihr Augenmerk auf die weiteren Versuche richten. Zu Erwägungen wegen Erwerb des Mittels hat bisher ein Anlaß nicht vorgelegen.

Abg. **Kunert** (Soz.)

erinnert, daß bereits vor drei Jahren eine Denkschrift über die Reformbedürftigkeit und Vereinfachung der Heeresverwaltung, insbesondere der Armeeintendantur versprochen worden ist. Er fragt, in welches Stadium der Erwägungen und Vorbereitungen diese Reform gelangt ist, und wann die Veröffentlichung der Denkschrift erfolgen soll.

Oberst **Schenck**:

Die Beantwortung ist im Rahmen der Erledigung einer solchen Anfrage jetzt nicht möglich; sie wird bei der Beratung des Militäretats erfolgen.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Vp.)

fragt an, ob ein Gesetzentwurf zur Beseitigung der schweren Schäden, die der Grundkredit durch die übermäßige Erstreckung der Fristen der Mietszessionen erleidet, noch in dieser Session zu erwarten ist.

Direktor im Reichsjustizamt **Delbrück**:

Ein entsprechender Gesetzentwurf ist bereits fertiggestellt und wird alsbald dem Bundesrat vorgelegt werden.

Etat des Reichsamts des Innern.

Die Beratung wird fortgesetzt beim Titel Förderung der Hochseefischerei.

Abg. **Noske** (soz.):

Meine Parteifreunde haben die Einstellung größerer Mittel für diesen Zweck mit Genugtuung begrüßt. Eine weitere Förderung der Hochseefischerei muß in der Weise geschehen, daß die Fischer Mittel zur Verfügung bekommen, um sich die Fortschritte der Technik zunutze zu machen. Trotz des erfreulichen Aufschwunges der Hochseefischerei ist sie noch keineswegs imstande, den Verbrauch der deutschen Bevölkerung an Seefischen zu decken. Viele Fischer können aus Mangel an Mitteln nicht zur Hochseefischerei übergehen, ein erheblicher Mangel ist auch das Fehlen von Fischereihäfen an der Ostseeküste. Wenn man aber Mittel für die Fischerei auswirft, so darf man den Arbeiter in diesem Berufe nicht vergessen. Die geplagte Mannschaft muß vor Unfällen soweit Schutz finden, wie es überhaupt möglich ist. Leider zeigt ein großer Teil der Unternehmer sehr wenig guten Willen, die Lage der Mannschaften zu verbessern. Die Ruhezeit der Angestellten in der Hochseefischerei ist sehr gering und außerdem müssen die Mannschaften sie noch in äußerst engen Mannschaftskabinen zubringen, die zugleich als Küche dienen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Leute sind beschäftigt von Mai bis November, was den Winter aus ihnen wird, darum kümmert sich der Reeder nicht. Die festen Wochenlöhne sind äußerst gering, außerdem erhalten die Leute einen Fanganteil, der sie zu einer rasenden Akkordarbeit verleitet. Nur große Reedereien zahlen ein bestimmtes Mindesteinkommen, das aber angesichts der mörderischen Arbeit keineswegs genügt. Die Beköstigung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Frisches Gemüse gibt es nur in ganz ungenügender Menge; Butter gibt es bei manchen Reedereien gar nicht. Desto schlimmer steht es mit der Zubereitung der Speisen. Der sogenannte Koch ist ein Teil der Schiffsmannschaften, der bei Fängen mitarbeiten muß. Die Kontrakte bei der Heringsfischerei werden den Leuten nicht bei Beginn der Arbeit vorgelegt, sondern im Winter, wenn ihnen am meisten daran liegen muß, wieder Arbeit zu erhalten. Selbst bei den größten Gesellschaften findet man

die reinen Sklavenkontrakte,

nach denen der Arbeiter fast nur Pflichten, der Arbeitgeber nur Rechte hat. Wird die Arbeit nicht angetreten, so verfallen 100 M. Konventionalstrafe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei Beschädigungen der Netze erfolgen Lohnabzüge. Einen Freibrief auf Lohndrückerei und Entlassung bedeutet die Bestimmung, wonach der Reeder berechtigt ist, einen Mann, der sich nicht als geeignet erweist für die Stellung, für die er angemustert wurde, seinen Fähigkeiten entsprechend zu bezahlen. Der Bundesrat sollte dafür sorgen, daß die ärgsten Mißstände in den Arbeitsverhältnissen der Hochseefischerei, die eines Kulturstaates unwürdig sind, schleunigst beseitigt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schwabach** (natl.):

Durch Sturmschäden sind nicht nur die Fischer in Pommern und Westpreußen, sondern auch an der Ostsee schwer geschädigt worden. Das Reich, das Zuschüsse für die Hochsee und Binnenfischerei zahlt, ist verpflichtet dafür zu sorgen, daß diese Bevölkerungskreise nicht zugrunde gehen. Im Gegenteil hat das Reich ein Interesse daran, daß die Fischerei sich immer mehr entwickelt, damit der Fisch in erhöhtem Maße zum Volksnahrungsmittel wird.

Abg. **v. Böhlendorff-Kölpin**:

Auch wir bedauern die schweren Schädigungen der Seefischer durch die Stürme dieses Winters. Es sollten bis zur dritten Lesung Mittel zur Entschädigung dieser Fischer in den Etat eingestellt werden. Die Fischerei muß so entwickelt werden, daß sie imstande ist, uns vom Ausland unabhängig zu machen. Dazu muß sie kräftig unterstützt werden, viel mehr als jetzt im Etat vorgesehen ist. Nicht 500 000 M., sondern 1 000 000 müßten dem Deutschen Seefischereiverein zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist auch die Erziehung der Fischer zur Selbsthilfe. Man muß ihnen das Genossenschaftswesen geben, das die übrigen Zweige der Landwirtschaft haben.

Abg. Dr. **Struve** (Vp.):

Meine Freunde bedauern ebenfalls herzlich das Unglück, das die Seefischerei betroffen hat. Ich wundere mich, daß noch immer kein Regierungsvertreter gesprochen hat, um zu erklären, was nun eigentlich von den geäußerten Anregungen verwirklicht werden soll. Auch wir unterstützen die Forderung, daß die Fischer aus Reichsmitteln entschädigt werden. — Ich freue mich, daß die Konservativen jetzt auf ihre frühere Forderung des Fischzolls verzichtet haben; ich hoffe, daß das eine dauernde Einrichtung der konservativen Partei werden wird. (Heiterkeit.) — Auch an den schweren Klagen der Arbeiter, die Kollege Noske vorgetragen hat, darf die Reichsregierung nicht achtlos vorübergehen. — Die Konservativen sollten ferner auch dafür sorgen, daß der Wunsch der Fischer, auch etwas Land zu bekommen, endlich erfüllt wird. (Sehr gut! links.) Eine große Schuld Preußens ist es, daß an der pommerschen Küste noch so wenig Fischereihäfen angelegt sind. (Sehr richtig! links.) In der Ostsee sollte nur ein Fischereirecht herrschen, mit Bestimmungen über die Schonzeit, über die Maße usw. Mehr Mittel müssen endlich eingestellt werden für die internationale Forschung auf diesem Gebiete. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (natl.):

Auch wir würden es begrüßen, wenn angesichts der Einmütigkeit des Hauses die Regierung endlich zur Materie das Wort nehmen würde. Einen Seefischzoll halten wir ebenfalls nicht für angebracht.

Ministerialdirektor **v. Jonquières**:

Im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel werden wir den Fischereibetrieb gern fördern. Ob es aber möglich sein wird, für diesen Zweck mehr Mittel in den Etat einzustellen, ist eine reine etat-technische Frage, die nur bei Abwägung aller anderen Bedürfnisse beantwortet werden kann. — Entgegen den Klagen über die preußische Regierung möchte ich betonen, daß sie tut, was in ihren Kräften steht, speziell die preußische Eisenbahnverwaltung hat sich der Fischereiinteressen in dankenswerter Weise angenommen. (Bravo! rechts.) — Die Verhältnisse in der deutschen Fischerei haben sich in den letzten Jahren erheblich gebessert. — Entschädigungen für die Sturmschäden kann nicht das Reich leisten, hier müssen die Einzelstaaten eintreten. — Die Verhältnisse auf den Fischereifahrzeugen sind gewiß nicht ideale, der Beruf ist sehr gefährlich. Aber dem Abg. Noske muß ich doch bemerken, daß die Sicherheitseinrichtungen den Vorschriften der Seemannsordnung entsprechen. Die Arbeitszeit und die Verpflegung ist absichtlich in der Seemannsordnung nicht geregelt, weil das Fischereigewerbe eine Schematisierung nicht verträgt. So schlecht, wie es nach den Ausführungen des Abg. Noske scheinen könnte, geht es unseren Fischerleuten nicht.

Abg. **Körsten** (Soz.):

Das Klagelied über die Fischerei, das heute wieder erklungen ist, ist berechtigt. Die Fischerei ist eben das Stiefkind unserer Gewerbe. Es wird noch mit mittelalterlichen Einrichtungen gearbeitet. Ich habe hier **Bestimmungen aus dem 14. Jahrhundert, die heute noch genau so gelten.** In der Fischerei gilt noch

das Erstgeburtsrecht,

nur der älteste Sohn erbt das Fischereirecht. Die Söhne dienen alle drei Jahre in der Marine, aber wenn sie nach Hause kommen, dürfen sie nicht fischen, ja im Betriebe des eigenen Vaters dürfen sie nicht arbeiten. In Bezug auf die Strafen ist es bei den Fischern nicht um ein Jota besser geworden. Bei der kleinsten Uebertretung wird auf 30 M. Strafe erkannt, beim zweiten Mal auf 50 M., beim dritten auf 100 M. und Konzessionsentziehung. Will man den Fischern helfen, so schaffe man diese

drakonischen Strafen

ab, durch die die Fischer noch schlimmer als unter der Gesindeordnung stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Den armen Fischern verweigert man oft die Fischereierlaubnis, den großen Kapitalisten aber kommt man entgegen und gestattet an derselben Stelle das Fischen zum Vergnügen, wo dem armen Fischer verboten wird, sein Brot mit Fischen zu erwerben. — Schließlich sollte die Regierung auch ihre Aufmerksamkeit auf die Wasserverhältnisse im Stettiner Haff richten, die durch den Stettiner Großschiffahrtskanal ungünstig beeinflußt sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Fegter** (Vp.):

Man sollte alles versuchen, den Fischkonsum zu heben. Dazu gehört auch eine Beschleunigung des Transports der Fische nach dem Inland. An Geld sollte es in diesem Jubel-Wehrbeitragsjahr wirklich nicht fehlen.

Abg. **Noske** (Soz.):

Es ist außerordentlich charakteristisch für die deutschen Zustände, daß der Herr Regierungsvertreter bewegliche Klagen über die Finanznot anstimmte in dem Moment, wo es sich um lumpige 100,000 Mark für die Hebung der Seefischerei handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Milliarden für Heereszwecke verlangt werden, ist von der Finanznot keine Rede. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei meinen Beschwerden habe ich vor allem auf die Mängel der Seemannsordnung hingewiesen, wo man wichtige Lebensinteressen der Seefischer aus Entgegenkommen für die Reeder vernachlässigt hat. Wenn man schon eine übermäßig hohe Arbeitszeit in den Zeiten der Fänge für notwendig hält, so müßte doch auf jeden Fall die Regierung gegen die Vertragsbestimmung vorgehen, die es den Arbeitern verbietet, auch nur einmal einen Vertreter zu stellen, um sich einen freien Tag zur Erholung zu verschaffen. Die Seefischer werden hoffentlich aus der Haltung der Regierung die Folgerung ziehen, daß sie **für möglichste Stärkung ihrer Organisation sorgen,** um sich dadurch aus eigener Kraft selbst zu helfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Ein Antrag Bassermann (natl.) auf Erhöhung des Fonds bis zur dritten Lesung wird einstimmig angenommen. Beim Titel „Unterstützung deutscher Seemannsheime im Ausland“ begrüßt

Abg. **Meyer-Herford** (natl.)

die Erhöhung des Titels um 6000 M. und wünscht noch weitergehende Unterstützung dieser christlich-nationalen Liebeswerke.

Abg. **Sivkovich** (Vp.)

betont ebenfalls die nationale und wirtschaftliche Bedeutung der Seemannsheime. Es folgt der Titel

Maßregeln gegen die Reblauskrankheit.

Abg. **Peirotes** (soz.):

In Elsaß-Lothringen ist ein großer Teil des Areals der Weinbauern durch die Reblaus versucht. Leider sieht die Reichsregierung dieser Verwüstung unseres Rebgeländes tatenlos zu. Die elsässischen Rebbauern fordern den Anbau der Amerikanerrebe in weitem Umfange. Die Reichsregierung hat ganze 1000 M. zur Bekämpfung der Reblaus ausgeworfen und diese 1000 M. werden nicht einmal ausgegeben. Elsaß-Lothringen dagegen hat seit Bestehen des Gesetzes 5½ Millionen zur Bekämpfung der Reblaus ausgegeben. Trotzdem ist ¼ des Rebgeländes verseucht. Da versteht man den Unwillen der Winzer, die durch das Gesetz am Anbau der Amerikanerrebe gehindert werden. Sie verlangen eine Aenderung des Gesetzes, das sie ein häßliches, ein Lausgesetz nennen. Daß die Abänderung des Gesetzes notwendig ist, hat auch der gewesene Staatssekretär Zorn v. Bulach im elsässischen Landtag zugegeben, wo er bedauerte, daß die elsässische Regierung diesem berechtigten Wunsche der elsässischen Winzer nicht nachkommen könne.

Ministerialdirektor **v. Jonquières**:

Die Verhandlungen über die Auslegung des Gesetzes zur Bekämpfung der Reblaus und über den Anbau der Amerikanerrebe sind fast zum Abschluß gelangt. Es fehlt nur noch die Verständigung über einige technische Einzelheiten. Sobald diese erfolgt ist, wird eine entsprechende Vorlage zur Aenderung des Gesetzes dem Bundesrat zugehen.

Abg. Dr. **Haegy** (Elf.):

Die Erfahrungen, die wir heute durchmachen, hat Frankreich schon früher durchgemacht, und es hat seinen Rebbestand durch den Anbau der Amerikanerrebe wieder rekonstruiert. Die Schweiz hat dasselbe getan. Wir wünschen, daß auch uns der Anbau der Amerikanerrebe gestattet wird.

Abg. Dr. **Becker-Hessen** (bei keiner Fraktion):

Die Winzer unserer Gegend wollen durchaus an dem Reblausgesetz festgehalten wissen, wir sind mit dem jetzigen Ausrottungsverfahren der Reblaus gut gefahren. Wir wünschen aber, daß größere Versuche mit dem Anbau der Amerikanerrebe gemacht werden.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.):

An dem Reblausgesetz wollen auch wir festhalten, aber soweit irgend möglich, wollen wir den Wünschen der Winzer, deren Besitz von der Reblaus verheert wird, entgegenkommen. Eine einheitliche Handhabung des Gesetzes ist gewiß wünschenswert; doch sind die Wünsche der Winzer auf mildere Handhabung des Gesetzes gerechtfertigt.

Die Diskussion schließt. Der Titel wird angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr (Handhabung des Vereinsrechts).

Schluß 6 Uhr.

Jugendbewegung.

Wie die Gegner auf das Vereinsgesetz pfeifen.

Der § 17 des Reichsvereinsgesetzes, der Jugendlichen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen verbietet, existiert für die gesamte bürgerliche Jugendbewegung bekanntlich nicht. Täglich übertreten unsere Gegner mit klarem Bewußtsein das Vereinsgesetz und zwar unter den Augen der Aufsichtsorgane. Von der großen Zahl konkreter Fälle seien aus letzter Zeit nur zwei typische Beispiele von verschiedenen Lagern mitgeteilt.

Die „Nationale Arbeiterjugend“, ein Kopfblatt der „Jungdeutschlandpost“ und Organ der gelben Jugendbewegung im Rheinland berichtet, daß auf einer Konferenz der gelben Jugendleiter und Helfer, die am 11. Dezember in Essen abgehalten wurde, ein Dr. Arnold einen Vortrag über „Die sozialdemokratische Jugendbewegung“ gehalten hat. Aus dem Thema geht deutlich hervor, daß der Vortrag einen politischen Inhalt hatte und auch haben sollte.

Die „Präsides-Korrespondenz“, Zeitschrift für das katholische soziale Vereinswesen, herausgegeben von dem katholischen Generalissimus Dr. August Pieper, bringt in ihrer Nummer 12 vom vorigen Jahre das Winterprogramm einer Jünglingskongregation, das für Dienstag, den 10. Februar 1914 einen Vortrag über „Wie hast du als deutscher und christlicher Jüngling über die Sozialdemokratie zu urteilen? Redner: Herr Stadtverordneter Klokt, Essen-Ruhr, vorsieht.

Derartige offenkundige politische Jugendveranstaltungen dürfen unsere Gegner in voller Oeffentlichkeit abhalten, ohne sich der Gefahr einer Bestrafung auszusetzen. Und obwohl fast alle bürgerlichen Jugendvereine politische Tendenzen verfolgen, also den Strafgesetzen zuwiderlaufen, werden sie dennoch von allen staatlichen Organen kräftig unterstützt.

Aber zur Knebelung der Bildungsbestrebungen der proletarischen Jugend findet die mißbräuchliche Anwendung des § 17 keine Grenzen.

Die „Arbeiter-Jugend“ im Urteile der Gegner.

Die Arbeiter-Jugendbewegung wird von den Gegnern fortgesetzt mit grimmigem Haß verfolgt und nach Reichsverbandsmanier verunglimpft. Dabei spielt das Buch des evangelischen Pfarrers Illgenstein eine große Rolle. In dieser Reichsverbandsfibel wird ein Zerrbild gegeben von der Bewegung des jungen Proletariats, von dessen Wesen und Streben. Wie aber ehrliche Gegner, die durch eigenes Studium die Arbeiter-Jugendbewegung kennen zu lernen sich bemühten, über sie denken, zeigt das Urteil des Pastors Johannes Herz-Chemnitz in einer Diözesanversammlung, also einer Konferenz von Sachverständigen, worüber der „Jünglings-Verein“, die Monatsschrift für die Leiter evangelischer Jünglingsvereine, in seiner Januar Nummer berichtet. Pastor Herz empfahl den Vertretern der Kirchengemeinden unsere Werbearbeit zur Nacheiferung, beklagte weiter das Fehlen einer geeigneten, wirklich packenden bürgerlichen Zeitschrift, und urteilte über den literarischen Wert unserer „Arbeiter-Jugend“ folgendermaßen:

„In wieviel günstigerer Lage ist da wieder die Sozialdemokratie, die in ihrer „Arbeiter-Jugend“ sich für die Mitglieder ihrer Jugendvereine ein Organ geschaffen hat, das zwar vom einseitigsten Klassenstandpunkt aus geschrieben ist und an Verhetzung oft Unerträgliches leistet, dabei aber — wie verschiedene Leiter kirchlicher Jugendvereine, die das Blatt lesen, mir wiederholt bezeugt haben und wie ich selber auf Grund eigener Lektüre bestätigen muß, geradezu glänzend redigiert wird, in seinen wissenschaftlichen Artikeln meist Vortreffliches bietet, in seinem belletristischen Teil selbst hohen Anforderungen gerecht zu werden vermag und mit seinem energischen Kampf gegen Alkohol- und Tabakgenuß, Schundliteratur und Kinematographenunwesen zweifellos manches Gute stiftet.“

Wenn wieder irgendein Gegner mit der Illgensteinschen Fibel die freie Jugendbewegung verleumdet, sollte man ihm das in sachverständigen Kreisen abgegebene sachverständige Urteil des Pastors Herz gründlich unter die Nase reiben.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.